

JAHRESBERICHT 2012

VERTRAUEN SCHAFFEN

OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Anmerkung:

Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten gleichermaßen für männliche und weibliche Amtsinhaber.

DIE WELTWEIT GRÖSSTE REGIONALE SICHERHEITSORGANISATION

Aus ihren Anfängen 1975 als Konferenz, die mithilfe, die Rivalen im Kalten Krieg an einen Tisch zu bringen, hat sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zur weltweit größten regionalen Sicherheitsorganisation entwickelt, die über einer Milliarde Menschen zwischen Vancouver und Wladiwostok Frieden, Demokratie und Stabilität bringen will.

INHALT

BOTSCHAFT DES GENERALEKRETÄRS	6
DIE DREI DIMENSIONEN DER SICHERHEIT	8
DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE	10
BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES.....	13
DER STÄNDIGE RAT.....	32
DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION	36
DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE.....	43
DIE FELDOPERATIONEN	46
SÜDOSTEUROPA	
Die Präsenz in Albanien.....	49
Die Mission in Bosnien und Herzegowina	53
Die Mission im Kosovo	56
Die Mission in Montenegro	60
Die Mission in Serbien.....	63
Die Mission in Skopje.....	67
OSTEUROPA	
Die Mission in Moldau	71
Der Projektkoordinator in der Ukraine	74
SÜDKAUKASUS	
Das Büro in Baku.....	78
Das Büro in Eriwan.....	81
ZENTRALASIEN	
Das Zentrum in Aschgabat.....	84
Das Zentrum in Astana	88
Das Zentrum in Bischkek.....	91
Das Büro in Tadschikistan	94
Der Projektkoordinator in Usbekistan	97
UNTERSTÜTZUNG BEI DER UMSETZUNG BILATERALER ABKOMMEN	
Der Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige	100
DIE INSTITUTIONEN	102
Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte.....	103
Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten.....	109
Der Beauftragte für Medienfreiheit	112

DAS SEKRETARIAT	115
Das Sekretariat der OSZE.....	116
Das Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels	117
Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen	120
Das Konfliktverhütungszentrum.....	123
Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE.....	126

PARTNERSCHAFT FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT.....	129
Dialog mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum	130
Dialog mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen.....	135

ANHÄNGE

OSZE-Personal mit befristetem Dienstvertrag
OSZE-Gesamthaushaltsplan 2012
Außerbudgetäre Beiträge
Kontakt
Impressum

BOTSCHAFT DES GENERALESEKRETÄRS

Generalsekretär: **Lamberto Zannier**

Das Jahresende 2012 begeht die OSZE gestärkt durch einen neuen Teilnehmerstaat. Als Organisation stehen wir wie eh und je fest zu unseren grundlegenden Prinzipien. Mit Freude heiße ich die **Mongolei** als jüngsten Teilnehmerstaat in unserer Gemeinschaft willkommen, der nunmehr 57 Staaten angehören – ein Beweis für die ungebrochene Bedeutung des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE und die Fähigkeit der Organisation, ein Forum zu bieten, in dem in aller Offenheit und ohne jemanden auszuschließen Sicherheitsfragen erörtert und Lösungen gesucht werden können.

Dieses Jahr brachte noch eine weitere Neuerung: Die **Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen**, die für die Koordinierung und Kohärenz der OSZE-weiten Aktivitäten sorgen soll. Die neue Abteilung TNTD bündelt die OSZE-Ressourcen in den Bereichen Polizeiarbeit, Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung und Internetsicherheit und erschließt damit neue Möglichkeiten für eine verstärkte integrierte Zusammenarbeit mit vielen Partnerorganisationen wie der NATO, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, dem Europarat und der Europäischen Union.

Die Teilnehmerstaaten unterstützen ohne Vorbehalte den stetigen Ausbau unserer Aktivitäten gegen grenzüberschreitende Bedrohungen, doch gibt es nach wie vor unterschiedliche Auffassungen in anderen Bereichen unserer Agenda. Das hat teilweise mit der Frage der – sowohl geopolitischen als auch thematischen – Ausgewogenheit unserer Aktivitäten insgesamt zu tun, doch sind davon auch Fragen wie die Rolle der OSZE bei Bemühungen zur Lösung von Langzeitkonflikten und in der Auseinandersetzung mit Fragen der Internetsicherheit und der Freiheit der elektronischen Medien betroffen.

In diesem Jahr habe ich damit begonnen, sogenannte **Security Days** abzuhalten, Veranstaltungen, bei denen namhafte Experten und Mitglieder von Think Tanks, Vertreter der Zivilgesellschaft und OSZE-Delegierte zusammenkommen, um über aktuelle Herausforderungen und die Rolle der Staaten und der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung einer Sicherheitsgemeinschaft zu diskutieren. Im Juni debattierten mehr als 250 Teilnehmer über die euroatlantische und eurasische Sicherheit und bewirkten damit eine verstärkte Interaktion zwischen der OSZE und maßgeblichen Partnern. Das ist eine der Methoden, mit denen wir größere Ausgewogenheit in die Agenda der Organisation bringen wollen, indem wir den Fokus verstärkt und gezielt auf die Aktivitäten im politisch-militärischen Bereich richten.

Uns geht es um Vertrauen und Dialog. In diesem Jahr feiern wir das zwanzigjährige Bestehen von zwei Foren, die Stützpfeiler unserer Organisation sind:

Das **Forum für Sicherheitskooperation** ging aus den erfolgreichen Diskussionen in der OSZE über die Entwicklung einzigartiger vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen hervor, die nicht nur dafür sorgen, dass die Parteien miteinander im Gespräch bleiben, sondern auch reale Erfolge vorzuweisen haben.

Die Erfahrungen des **Wirtschafts- und Umweltforums** beweisen, dass sich die Sicherheit erhöht, wenn alle Staaten sich gemeinsam um vorbildliche Methoden in Fragen der guten Regierungsführung, der Erhaltung einer unversehrten Umwelt, des Verkehrs, der Migration und der Energie bemühen.

Fortschritte waren in diesem Jahr auch im Prozess zur **Beilegung der Transnistrienfrage** zu verzeichnen, deren bisheriger Höhepunkt eine Erklärung des Ministerrats in Dublin war – die erste seit zehn Jahren. Die Minister erteilten dem Prozess zur Beilegung der Transnistrienfrage ihre einhellige Unterstützung und verliehen damit den offiziellen Verhandlungen, die 2011 nach einer sechsjährigen Pause wiederaufgenommen wurden, neue politische Impulse.

Die OSZE verfügt über große Erfahrung in der Beobachtung und Organisation von Wahlen. Unter der Federführung des Amtierenden Vorsitzes leistete sie auch erfolgreich Hilfestellung bei der Organisation der serbischen Präsidenten- und Parlamentswahlen im Kosovo.

Und alle diese Aufgaben versuchen wir nach Kräften zu erfüllen, obwohl die weltweite Finanzkrise uns immer weitere Mittelkürzungen auferlegt. Diese finanziell schwierigen Zeiten bedeuten für die OSZE, dass sie noch effizienter arbeiten muss. Ich habe versucht, das durch die Schaffung von Synergien mit regionalen und internationalen Akteuren und mit unseren Kooperationspartnern zu erreichen. Dieselbe Strategie verfolgen wir auch mit Think Tanks, wissenschaftlichen Organisationen und Regierungen. Ich möchte an dieser Stelle allen unseren Partnern, die mit solcher Einsatzfreude mit uns zusammenarbeiten, ihre Ideen mit uns teilen und sich mit uns gemeinsam engagieren, unseren Dank aussprechen.

Mein Dank geht auch an den Tánaiste Eamon Gilmore, dessen ausgezeichnete Vorsitzführung 2012 ich besonders hervorheben möchte. Unterstützt von einem hoch motivierten Arbeitsstab setzte er sich das ganze Jahr hindurch mit großer Zielstrebigkeit für wichtige Fragen wie Förderung von Konfliktlösungen, freie Meinungsäußerung und gute Regierungsführung ein, die er höchst erfolgreich ins öffentliche Bewusstsein rückte.

Und schließlich gilt mein aufrichtiger Dank auch den vielen engagierten Frauen und Männern, die der OSZE mit ihrer Arbeit im Sekretariat, in den Institutionen, den Feldoperationen und der Parlamentarischen Versammlung dienen.

Lamberto Zannier
Generalsekretär der OSZE
Wien, 2012

DIE DREI DIMENSIONEN DER SICHERHEIT

Die auf dem Gipfeltreffen von Helsinki 1975 unterzeichnete Schlussakte von Helsinki ist ein politisch verbindliches Dokument und bildet sozusagen das Rückgrat sämtlicher OSZE-Aktivitäten. Sie gliedert die Tätigkeitsbereiche in drei sogenannte „Körbe“, die wir heute als die drei Dimensionen der OSZE bezeichnen:

DIE POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

- Rüstungskontrolle
- Querschnittsdimension
- Bekämpfung der Internetkriminalität
- Bekämpfung des Terrorismus
- Konfliktverhütung und Konfliktlösung
- Militärreform
- Polizeireform

DIE WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

- Bekämpfung der Geldwäsche
- Wirtschaft
- Energie
- Unternehmertum
- Umwelt
- Good Governance

DIMENSIONENÜBERGREIFEND

- Nationale Minderheiten
- Gleichstellung der Geschlechter
- Menschenhandel
- Sonstiges

DIE MENSCHLICHE DIMENSION

- Wahlen
- Menschenrechte
- Medien- und Meinungsfreiheit
- Roma und Sinti
- Rechtsstaatlichkeit
- Toleranz

DIE POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

Sie umfasst Aktivitäten im Zusammenhang mit einer Reihe von Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten und mit Mechanismen zur Konfliktverhütung und Konfliktlösung. Die Organisation ist auch bestrebt, die militärische Sicherheit durch Förderung von Offenheit, Transparenz und Zusammenarbeit zu erhöhen.

DIE WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

Hier konzentrieren sich die Aktivitäten der Organisation darauf, die Entwicklungen in diesem Bereich in den Teilnehmerstaaten laufend zu beobachten, um diese gegebenenfalls auf Bedrohungen und Konflikte aufmerksam machen zu können, und auf die Unterstützung bei der Entwicklung wirtschafts- und umweltpolitischer Strategien und damit zusammenhängender Initiativen zur Förderung der Sicherheit in der OSZE-Region.

DIE MENSCHLICHE DIMENSION

Die Tätigkeit in diesem Bereich zielt darauf ab, den für die Sicherheit so wichtigen Menschenrechten und Grundfreiheiten volle Achtung zu verschaffen, zur Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien anzuhalten, die demokratischen Grundsätze durch den Aufbau, die Stärkung und den Schutz demokratischer Institutionen zu fördern und im ganzen OSZE-Raum für Toleranz einzutreten.

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

In Zeiten stagnierender Haushalte und zunehmender Auffassungsunterschiede kam die OSZE unter der starken und kompetenten Führung des irischen Amtierenden Vorsitzes weiter ihrem Auftrag in allen drei Dimensionen nach.

Die Minister kamen auf ihrem Treffen in Dublin überein, einen Prozess zum Aufbau einer Sicherheitsgemeinschaft bis zum Jahr 2015 einzuleiten, dem Jahr des 40-jährigen Jubiläums der wegbereitenden KSZE-Konferenz in Helsinki. Ein weiteres Highlight war die Erklärung über die Stärkung von guter Regierungsführung. Die OSZE-Staaten beschlossen ferner, dass die Schweiz 2014 den Amtierenden Vorsitz übernimmt, gefolgt von Serbien im Jahr 2015.

POLITISCH-MILITÄRISCHES

Neue Partnerschaften wurden eingegangen, alte wurden gefestigt. Wir organisierten die ersten „Sicherheitstage“, eine Konferenz, bei der 250 namhafte Experten, Mitglieder von Denkwerkstätten und OSZE-Delegierte zusammenkamen, um über aktuelle Herausforderungen und die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung einer Sicherheitsgemeinschaft zu diskutieren.

Zum ersten Mal seit zehn Jahren äußerten sich die Teilnehmerstaaten mit einer Stimme positiv zu den Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Moldau und der abtrünnigen Region Transnistrien. Mitarbeiter der OSZE organisierten unter der Führung des irischen Vorsitzes die Stimmabgabe bei den serbischen Wahlen im Kosovo.

Die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen nahm in diesem Jahr ihre Arbeit auf. Sie wird die OSZE-Ressourcen in den Bereichen Polizeiarbeit, Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung und Internetsicherheit koordinieren und die integrierte Zusammenarbeit mit der NATO, der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit, dem Europarat und der Europäischen Union vertiefen. Dank unserer Initiative für kommunale Sicherheit konnte überdies die Polizeiarbeit in Südkirgisistan verbessert werden.

20 JAHRE FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION:

15 MILLIONEN EURO FÜR

40 PROJEKTE

ZUR UNTERSTÜTZUNG FÜR STAATEN BEI DER LÖSUNG VON PROBLEMEN MIT KLEINWAFFEN, LEICHTEN WAFFEN UND KONVENTIONELLER MUNITION.

STÄRKUNG DES HANDELS UND DER SICHERHEIT ÜBER GRENZEN HINWEG:

1809 GRENZBEAMTE AUSGEBILDET

VERNICHTET:

10 023 TONNEN VON GIFTIGEM RAKETENTREIBSTOFF

110 TONNEN NAPALM

650 BOMBEN

22 600 TONNEN INSTABILER ODER ÜBERSCHÜSSIGER MUNITION

Geräumt:

231 HEKTAR LAND VON LANDMINEN

WIRTSCHAFT UND UMWELT

Bei der Stärkung von guter Staatsführung und der Bekämpfung der Geldwäsche machten wir große Fortschritte. Dazu veranstalteten wir Schulungskurse für Polizei- und Grenzbeamte sowie für Staatsbedienstete und Parlamentarier in zumindest 14 Ländern. Außerdem berieten wir 13 Regierungen bei der Reform ihrer Justizsysteme bzw. bei der Überarbeitung bestimmter Gesetze und Verordnungen.

Auch in sicherheitsrelevanten Umweltfragen kamen wir gut voran. In vielen Teilnehmerstaaten spielen Wasser- und Gasrechte nach wie vor eine bestimmende Rolle; OSZE-Mitarbeiter halfen bei der besseren Nutzung und vermittelten Konfliktlösungskompetenzen. Mit Nachdruck unterstützten wir die Aarhus-Zentren und setzten uns für die Mitsprache der Zivilgesellschaft in der ganzen OSZE-Region ein

Fortgesetzt wurde auch die Ausbildung und Unterstützung von Unternehmern. So etwa in Tadschikistan, wo wir 178 Frauen in der Verwendung von Computern unterwies. Noch eindrucksvoller ist die Rechtsberatung, die wir über 800 Unternehmern aus der ganzen OSZE-Region als Starthilfe erteilten.

48 STAATEN VERABSCHIEDETEN EINE ERKLÄRUNG ÜBER DIE STÄRKUNG VON GUTER REGIERUNGSFÜHRUNG

ÜBER 800 UNTERNEHMER ERHIELTEN UNTERSTÜTZUNG BEI DER UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND DER SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN

UNTERSTÜTZUNG DER DEMOKRATIE: MEHR ALS 15 000 FRAUEN IN 8 LÄNDERN WURDEN ZUR TEILNAHME AM POLITISCHEN UND ÖFFENTLICHEN LEBEN ERMUTIGT

WIR HALFEN DUTZENDEN GEMEINSCHAFTEN IN 5 LÄNDERN BEI DER WASSERBEWIRTSCHAFTUNG UND KONFLIKTLÖSUNG

MENSCHLICHE DIMENSION

In der menschlichen Dimension wurde eine Vielzahl unterschiedlichster Aktivitäten unternommen. Der irische Amtierende Vorsitz organisierte eine Konferenz auf hoher Ebene, die sich mit den Herausforderungen in diesem Bereich befasste. Die Außenstellen nahmen das Thema ebenfalls auf. Die Beauftragte für Medienfreiheit intervenierte 2012 in über 150 Fällen in 38 Teilnehmerstaaten, bei denen es um Gewalt gegen Journalisten und straf- und verwaltungsrechtliche Schikanen gegen die Medien ging.

Eine unserer Hauptaufgaben ist die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Durchführung demokratischer Wahlen. 2012 entsandte das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte Wahlbeobachter in 14 Länder.

Ein weiterer Erfolg war auch der erste einer Reihe von Workshops über die Verhütung von Menschenhandel für Hausangestellte in Diplomatenhaushalten. Wir führten innovative Untersuchungen zum Thema Menschenhandel für die Zwecke der Organentnahme durch.

Wir bauten ein Mentoring-Netzwerk auf, mit dessen Hilfe Frauen aus Migranten- und Minderheitengemeinschaften sowie der Roma und Sinti in die Lage versetzt werden, in der Gesellschaft als treibende Kräfte des Wandels zu wirken.

Bei der Europameisterschaft Euro 2012 in Polen und der Ukraine sowie bei den Olympischen Spielen in London leistete die OSZE Aufklärungsarbeit zum Thema Sport als Medium für die Bekämpfung von Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung in der Gesellschaft.

**14 WAHLEN VON BEOBACHTER AUS 47 VERSCHIEDENEN LÄNDERN
ÜBERWACHT**

**150 INTERVENTIONEN ZUGUNSTEN VON JOURNALISTEN IN 38
TEILNEHMERSTAATEN**

**3997 POTENZIELLE OPFER DES MENSCHENHANDELS IN
LEBENSKOMPETENZEN GESCHULT**

**ERRICHTUNG EINES NETZWERKES ZUR STÄRKUNG VON FRAUEN AUS
MIGRANTEN- UND MINDERHEITENGEMEINSCHAFTEN SOWIE DER ROMA UND
SINTI**

BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES

Der Vorsitz wechselt jährlich, wobei der jeweilige Außenminister Amtierender Vorsitzender ist.

SCHREIBEN VON EAMON GILMORE

OSZE-Vorsitzender 2012: **Eamon Gilmore**

Es war eine Ehre für Irland, im abgelaufenen Jahr erstmals den Vorsitz in der größten Sicherheitsorganisation der Welt, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zu übernehmen. Die OSZE spielt eine Schlüsselrolle für die Gewährleistung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in unserer Region, und es erfüllt mich mit Befriedigung, dass Irland mit seiner Vorsitzführung mithelfen konnte, die Organisation dabei zu unterstützen und zu stärken.

Als wichtiges Ziel dieses Jahres hatten wir uns vorgenommen, die Sicherheit in allen Dimensionen zu erhöhen und die Organisation auf dem Weg zur Verwirklichung ihrer grundlegenden Ziele zu unterstützen. Ich meine, die OSZE hat dank der Beschlüsse, die im Laufe des Jahres 2012 und auf dem Ministerratstreffen in Dublin gefasst wurden, an Stärke gewonnen.

Ich plante von Anfang an, als Amtierender Vorsitzender pragmatisch und unparteiisch an die Aufgaben des Vorsitzes heranzugehen. Die von Irland festgelegten Prioritäten waren in allen Dimensionen ausgewogen und klar erkennbar. Ein besonderes Anliegen des Vorsitzes und von mir persönlich war die Konfliktbeilegung, bei der wir unsere Erfahrungen mit dem Friedensprozess in Nordirland nutzen konnten. In meiner Eigenschaft als Amtierender Vorsitzender reiste ich im Juni nach Armenien, Georgien und Aserbaidschan, um dort die Hauptakteure zu treffen und deutlich zu machen, dass Irland fest entschlossen sei, Lösungen für die Langzeitkonflikte in der Region zu finden.

Einen besonderen Höhepunkt bildete die hochrangige Konferenz „Gemeinsame Zukunft – Friedensstiftung und Friedenserhaltung, die Fallstudie Nordirland“, zu der ich im April nach Dublin einlud. Diese Veranstaltung bot die einmalige Gelegenheit, aus erster Hand Berichte hochrangiger Persönlichkeiten aus der Welt der Politik über ihre Erfahrungen mit dem Friedensprozess zu hören.

Der Vorsitz organisierte ferner im Juni eine weitere erfolgreiche Konferenz auf hoher Ebene über Internetfreiheit, an der Vertreter nicht nur der 56 Teilnehmerstaaten, sondern auch internationaler Organisationen, der Zivilgesellschaft, der IT-Gemeinde und der Medien teilnahmen. Die Konferenz gipfelte in der Erkenntnis, dass wir uns weiter um ein gemeinsames Verständnis der Menschenrechte und Grundfreiheiten online wie offline bemühen müssen.

Im November hatte ich die besondere Freude, die Mongolei, einen jahrelangen Kooperationspartner in Asien, als 57. Teilnehmerstaat der OSZE willkommen heißen zu dürfen.

Als größter Erfolg des Ministerrats von Dublin ist sicherlich die politische Vereinbarung zu werten, den „Helsinki+40“-Prozess in Gang zu setzen, der klare Arbeitsvorgaben bis 2015 enthält und eine Stärkung der Organisation in Aussicht stellt. Wesentliche Ergebnisse waren auch die Erklärung über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Unterstützungserklärung der Minister für die Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrienfrage. Ich freue mich auch über das Paket von Beschlüssen über grenzüberschreitende Bedrohungen, das den Schlusspunkt unter die diesbezüglich umfangreichen Arbeiten der letzten Jahre setzt.

Leider gab es keine Einigung in Bezug auf Beschlüsse zur menschlichen Dimension. Als Mitglied der OSZE-Troika werde ich mich gemeinsam mit der Ukraine bemühen, hier eine Trendumkehr zu bewirken.

Wenn ich rückblickend unsere Prioritäten dem gegenüberstelle, was Irland 2012 erreicht hat, kann ich mit Stolz sagen, dass uns konkrete positive Fortschritte gelungen sind. Ich bin dem Generalsekretär und dem gesamten OSZE-Team – dem Sekretariat, den Feldoperationen, den Institutionen und der Parlamentarischen Versammlung – zutiefst dankbar für ihre Unterstützung. Mein besonderer Dank gilt auch all jenen, die ihre Erfahrung großzügig zur Verfügung gestellt haben und das ganze Jahr hindurch als Sonderbeauftragte oder Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzes tätig waren.

Abschließend wünsche ich dem gegenwärtigen Amtierenden Vorsitzenden, Leonid Koschara aus der Ukraine, viel Erfolg und versichere ihm meiner vollen Unterstützung in unserer gemeinsamen Arbeit in der OSZE-Troika.

Eamon Gilmore T.D.
OSZE-Vorsitzender 2012

BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZES

DER IRISCHE AMTIERENDE VORSITZ 2012

Oberstes Ziel des irischen Amtierenden Vorsitzes war die Erhöhung der Sicherheit in der OSZE-Region in allen Dimensionen sowie der Fähigkeit der Organisation, ihre grundlegenden Ziele zu verwirklichen.

Gleich zu Beginn stellte der irische Vorsitz fest, dass der 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 2015 den bis zu diesem Jubiläum vorsitzführenden Ländern die Chance bot, zusammen mit allen Teilnehmerstaaten gemeinsame Grundsätze dafür herauszuarbeiten, mit deren Hilfe wir ausgehend von den der OSZE eigenen Stärken den konkreten Beitrag entwickeln können, den die Organisation zur Bewältigung der globalen Herausforderungen leisten kann. Diese Überlegung bewog letztendlich die in Dublin versammelten Minister, einen Beschluss über den „Helsinki+40“-Prozess zu verabschieden, der einen Fahrplan für einen koordinierten strategischen Ansatz der drei designierten Vorsitze im Hinblick auf den 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki vorsieht.

DIPLOMATIC JOURNAL

Irischer Amtierender Vorsitz

12. Januar 2012

Wien

Der Amtierende Vorsitzende Eamon Gilmore T.D., Tánaiste und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel, legt im Ständigen Rat die **Prioritäten Irlands** als Amtierendes Vorsitzland 2012 dar.

6. – 7. Februar

Wien

Teilnehmerstaaten, Investigativjournalisten, Vertreter der Zivilgesellschaft und internationaler Organisationen sowie Experten aus der Privatwirtschaft diskutieren über den praktischen Beitrag der OSZE zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

13. – 14. Februar 2012

Chiang Mai, Thailand

Auf der OSZE/Thailand-Konferenz 2012 über die Stärkung der Sicherheit durch regionale Zusammenarbeit wird über das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE 2012 und über Erfahrungen der Kooperationspartner in Asien diskutiert.

28. – 29. Februar 2012

Dublin

Der Prozess zur Beilegung der Transnistrienfrage: Während des irischen Vorsitzes kommt es zur ersten Verhandlungsrunde im „5+2“-Format. Der Amtierende Vorsitzende ermutigt die Verhandler, „den Schritt weiter zu gehen“, der eine umfassende Lösung ermöglicht.

19. – 20. April 2012

Dublin

Korruptionsbekämpfung sowie die Förderung von guter Regierungsführung und Transparenz stehen im Mittelpunkt eines hochrangigen OSZE-Treffens in Dublin.

19. – 20. April 2012

Wien

Das 1. Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension betonte die wichtige Rolle des Sports bei der Bekämpfung aller Äußerungen von Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung in der Gesellschaft.

27. April 2012

Dublin

Die Konferenz „Gemeinsame Zukunft“ gibt den Teilnehmerstaaten Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch über Friedensstiftung und Friedenserhaltung auf der irischen Insel. US-Senator George Mitchell: „[Konflikte] werden von Menschen ausgelöst und ausgetragen, und sie können von Menschen beendet werden.“

14. – 16. Mai 2012

Warschau

Experten und Praktiker untersuchen beim Seminar zur menschlichen Dimension Möglichkeiten zur Verstärkung des rechtlichen Rahmens zur Bekämpfung des Menschenhandels.

28. Mai 2012

Rom

Eine Fachkonferenz zum Thema „Die OSZE und ein neuer Rahmen für regionale Zusammenarbeit im Mittelmeerraum“ erörtert Möglichkeiten zur Stärkung der Partnerschaft zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum sowie mögliche Reaktionen der OSZE auf die jüngsten Entwicklungen in der Region.

28. – 31. Mai 2012

Dublin und Belfast

In Dublin und Belfast wird für die Verhandlungsteams der „5+2“-Verhandlungen zur Beilegung des Transnistrienkonflikts ein Seminar über den nordirischen Friedensprozess abgehalten.

3. – 6. Juni 2012

Ulan Bator

In Durchführung des Ministerratsbeschlusses Nr. 12/11 über den Beitrittsantrag der Mongolei begibt sich ein Expertenteam unter der Leitung des Vorsitzenden des Ständigen Rates und des Generalsekretärs der OSZE zu politischen und technischen Gesprächen in die Mongolei. Es wird ein Bericht über die Vorstellungen der Mongolei von den Verpflichtungen eines OSZE-Teilnehmerstaats und über ihr Bekenntnis zu diesen Verpflichtungen verfasst.

11. – 14. Juni 2012

Südkaucasus

Der Amtierende Vorsitzende besucht Armenien, Georgien und Aserbaidschan.

18. – 19. Juni 2012

Dublin

Auf der Konferenz von Dublin über Internetfreiheit wird bekräftigt, dass unsere OSZE-Verpflichtungen für alle Medien und ungeachtet neuer Technologien gelten.

25. – 28. Juni 2012

Wien

Die Teilnehmerstaaten erörtern bei den Security Days und der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE Schlüsselfragen der politisch-militärischen Agenda wie Rüstungskontrolle, grenzüberschreitende Bedrohungen und den Konfliktzyklus sowie verstärkte Kontakte zwischen der OSZE und einschlägigen Initiativen der Track-II-Diplomatie in euroatlantischen und eurasischen Sicherheitsfragen.

12. – 13. Juli 2012

Wien

Das 2. Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension unterstreicht die überragende Bedeutung der Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR und die Notwendigkeit, dass die Teilnehmerstaaten die Empfehlungen befolgen.

3. – 5. September 2012

Wien

Nationale und internationale Experten beraten über Möglichkeiten zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Wiedererlangung illegal erworbener Vermögenswerte.

12. – 15. September 2012

Prag

Beim OSZE-Wirtschafts- und Umweltforum in Prag werden Möglichkeiten der Förderung von Sicherheit und Stabilität durch gute Regierungsführung und durch die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung untersucht.

24. Sept. – 5. Okt. 2012

Warschau

Das Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension 2012 gibt Gelegenheit zu einem ausführlichen Gedankenaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten, der Zivilgesellschaft, Wissenschaftlern sowie anderen internationalen Organisationen und liefert den Beweis für den unverzichtbaren Beitrag von NGOs zur OSZE.

1. – 5. Oktober 2012

Dublin und Belfast

Vertreter der Zivilgesellschaft und der Medien von beiden Seiten des Dnjestr/Nistru besuchten Dublin und Belfast, um mehr über den nordirischen Friedensprozess zu erfahren.

24. Oktober 2012

Dublin

Wissenschaftler, Journalisten und Kommunikationsexperten diskutieren beim OSZE-Gesprächsseminar in Dublin, das gemeinsam mit der *Trinity College Philosophical Society* veranstaltet wurde, über die Rolle der Kommunikation in der Konfliktbeilegung.

30. – 31. Oktober 2012

Rom

Das OSZE-Mittelmeerseminar 2012 widmet sich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Partnern im Mittelmeerraum in demokratischen Übergangsprozessen und bei politischen Reformen.

8. – 9. November 2012

Wien

Beim 3. Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension über Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und auf dem unmittelbar davor abgehaltenen Forum der Zivilgesellschaft wird betont, dass diese Freiheitsrechte für das Entstehen und die Aufrechterhaltung einer gesunden Demokratie unverzichtbar sind.

21. November 2012

Die Mongolei wird 57. Teilnehmerstaat der OSZE.

28. – 30. November 2012

Dublin

Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts: Schlussrunde der „5+2“-Verhandlungen während des irischen Vorsitzes in Dublin. Anschließend verabschiedete der Ministerrat am 7. Dezember die erste Erklärung zu den „5+2“-Verhandlungen.

7. Dezember 2012

Dublin

Am Rande des Ministerratstreffens in Dublin finden Treffen der Ministertroika mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum statt.

6. – 7. Dezember 2012

Dublin

19. OSZE-Ministerratstreffen in Dublin.

DIE MONGOLEI WIRD 57. TEILNEHMERSTAAT DER OSZE

Auf Grundlage des Beschlusses Nr. 12/11 des Ministerrats über den Antrag der Mongolei auf Beitritt zur OSZE bemühte sich der Vorsitz 2012 weiter um eine Einigung über die Aufnahme des Landes in die Organisation. Im Juni begab sich eine Expertengruppe unter der Führung des Vorsitzenden des Ständigen Rates, Botschafter O’Leary, und von Generalsekretär Zannier in die Mongolei, um sich in politischen und technischen Gesprächen ein genaueres Bild von den Vorstellungen der Mongolei von den Verpflichtungen eines OSZE-Teilnehmerstaats und von ihrem Bekenntnis zu diesen Verpflichtungen zu machen. Der Bericht über den Besuch bildete die Grundlage der weiteren Diskussionen in Wien und in den Hauptstädten über das Beitrittsgesuch der Mongolei. Am 21. November wurde die Mongolei nach Ablauf einer Einspruchsfrist der 57. Teilnehmerstaat der Organisation.

LANGZEITKONFLIKTE

Der irische Vorsitz sah in der Lösung der Langzeitkonflikte eine vordringliche Aufgabe und wollte seine auf der irischen Insel gewonnenen Konfliktlösungserfahrungen nutzbringend einsetzen, indem er alle Teilnehmerstaaten zu einer Konferenz am 27. April nach Dublin einlud.

Der Amtierende Vorsitz bestellte zwei Sonderbeauftragte für Langzeitkonflikte:

- **Botschafter Erwan Fouéré für den Prozess zur Beilegung der Transnistrienfrage**
- **Botschafter Pádraig Murphy für den Südkaukasus**

Botschafter Fouéré reiste mehrmals nach Chişinău und Tiraspol und führte in fünf Runden der „5+2“-Verhandlungen, zwei davon in Irland, den Vorsitz. Bei diesen Gesprächen einigte man sich auf die Grundsätze und Verfahren für den Ablauf der Verhandlungen sowie auf die Tagesordnung des Verhandlungsprozesses. Im Mai besuchten die Verhandlungsführer beider Seiten dann mit ihren Teams Dublin und Belfast, um die Erfahrungen im nordirischen Friedensprozess kennenzulernen. Im Oktober wurde ein ähnlicher Besuch für Vertreter der Zivilgesellschaft und der Medien organisiert. Zu Jahresende verabschiedete der Ministerrat die erste Erklärung über die Verhandlungen zur Beilegung der Transnistrienfrage im „5+2“-Format. (Siehe S. 71)

Botschafter Murphy führte gemeinsam mit UN- und EU-Vertretern den Vorsitz in den Genfer Gesprächen, die nach dem Konflikt in Georgien vom August 2008 aufgenommen worden waren, und vermittelte mehr Treffen als je zuvor im Rahmen des mit dieser Frage verwandten Mechanismus von Ergneti/Dwani zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen. Der irische Vorsitzende setzte sich aktiv für die Wasserprojekte der OSZE ein, mit denen den vom Konflikt betroffenen Menschen geholfen werden soll. Zur wichtigen Frage des Schicksals der Vermissten war der irische Vorsitz im Rahmen der Bemühungen um Aussöhnung nach dem Konflikt bei der Organisation einer Sitzung behilflich, bei der die Teilnehmer der Genfer Gespräche über vergleichbare Konzepte in Bezug auf die Opfer des Nordirlandkonflikts informiert wurden. Außerdem finanzierte er ein Projekt zur Identifizierung der sterblichen Überreste von seit dem Konflikt in Georgien vom August 2008 vermissten Personen.

Der Amtierende Vorsitz unterstrich die Notwendigkeit von Fortschritten bei der Lösung des Berg-Karabach-Konflikts, unter anderem anlässlich seiner Besuche in Eriwan und Baku im Juni. Der Vorsitzende arbeitete eng mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe zusammen, sowohl direkt als auch über den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzes, Botschafter Andrzej Kasprzyk.

Im Sinne des vom Ministerrat in Wilna mit Beschluss Nr. 3 über Elemente des Konfliktzyklus erteilten Auftrags wurde unter der gemeinsamen Leitung durch den Vorsitz und das Konfliktverhütungszentrum eine offene Arbeitsgruppe zum Thema Konfliktzyklus eingerichtet. Die Arbeitsgruppe tagte fünf Mal und bot den Delegationen und dem Sekretariat Gelegenheit zum Gedankenaustausch über die geeignetste Art und Weise, den in dem Beschluss enthaltenen Auftrag zu erfüllen.

BESCHLÜSSE

Nr. 1/12 über die aufeinanderfolgenden OSZE-Vorsitze in den Jahren 2014 [Schweiz] und 2015 [Serbien]

Nr. 2/12 über den Beitritt der Mongolei zur OSZE

Nr. 3/12 über den „Helsinki+40“-Prozess der OSZE

Nr. 4/12 über die Bemühungen der OSZE im Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen

Nr. 5/12 über Zeit und Ort des nächsten Treffens des OSZE-Ministerrats [Kiew, 5. und 6. Dezember 2013]

Erklärung über die Stärkung von guter Regierungsführung und die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Erklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrienfrage im „5+2“-Format

DER PERSÖNLICHE BEAUFTRAGTE DES AMTIERENDEN VORSITZES DER OSZE FÜR DEN KONFLIKT, MIT DEM SICH DIE MINSK-KONFERENZ DER OSZE BEFASST

Der Persönliche Beauftragte, **Botschafter Andrzej Kasprzyk**, unterstützte den Vorsitzenden sowie die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE (MG) weiter in ihren Bemühungen um **eine Verhandlungslösung im Berg-Karabach-Konflikt** und unterstützte den Vorsitzenden bei seinem Besuch im Südkaukasus im Juni sowie die MG-Kovorsitzenden bei ihren Besuchen in der Region. Bei ihren Reisen in die Region Kelbajar sowie nach Zangilan und Jabrail konnten sie sich Bild von den Entwicklungen seit ihrem Besuch im Oktober machen.

Dank seiner regelmäßigen Gespräche mit Vertretern aller Seiten, auch auf höchster militärischer und politischer Ebene, konnte der Persönliche Beauftragte den Vorsitzenden und die MG-Kovorsitzenden stets über die neuesten Entwicklungen auf dem Laufenden halten. Diese Kontakte ermöglichten es ihm auch, die US-Außenministerin und die Kovorsitzenden bei ihrem Besuch in der Region im Juni in ihren Bemühungen um die Wiederherstellung der Waffenruhe zu unterstützen, nachdem es kurz vor ihrem Eintreffen zu schweren Verstößen gegen die Waffenruhe und Grenzverletzungen gekommen war, die eine Eskalation unvermeidlich erscheinen ließen.

Das Büro des Persönlichen Beauftragten half den Kovorsitzen bei der Vorbereitung eines Treffens der Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans im Januar, zu dem der russische Präsident eingeladen hatte, sowie von 18 späteren Treffen der Kovorsitze mit den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans.

Mit Unterstützung der beteiligten Seiten führte das Büro 16 Kontrollgänge an der Kontaktlinie durch, drei davon unter Beteiligung von Mitgliedern der Hochrangigen Planungsgruppe, sowie acht Kontrollen an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze.

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

Ein wichtiges Anliegen des Vorsitzes war es, die hervorragende Arbeit des litauischen Vorsitzes gegen **grenzüberschreitende Bedrohungen** aus dem Vorjahr weiterzuführen und insbesondere eine endgültige Einigung zu vier Dokumenten zustande zu bringen, in denen die strategischen Schwerpunkte OSZE in den Bereichen Internetsicherheit, Polizeiarbeit, Bekämpfung illegaler Drogen und Drogenausgangsstoffe sowie Festigung des Mandats der Organisation zur Bekämpfung des Terrorismus festgelegt werden sollten. Nach intensiven Beratungen im Sicherheitsausschuss unter dem Vorsitz des Ständigen Vertreters der Türkei bei der OSZE, Botschafter Tacan Ildem, verabschiedete der Ständige Rat 2012 Beschlüsse in allen vier Arbeitsbereichen, die später von den Ministern in Dublin bestätigt wurden.

Im April beschloss der Ständige Rat, eine informelle Arbeitsgruppe einzusetzen, die vertrauensbildende Maßnahmen zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben, ausarbeiten sollte. Die von Botschafter Ian Kelly aus den Vereinigten Staaten geleitete Gruppe arbeitete zügig an einem ersten Satz von vertrauensbildenden Maßnahmen, die 2013 verabschiedungsreif sein dürften. Bedrohungen aus dem Internet nehmen sowohl zahlenmäßig als auch an Komplexität zu, weshalb die OSZE unbedingt weiter ihren Teil zu den weltweiten Bemühungen gegen diese Form der Bedrohung beitragen sollte.

Anfang 2012 wurde im Sinne des Ministerratsbeschlusses Nr. 9/11 und des Beschlusses über den Gesamthaushaltsplan 2012 die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen eingerichtet, und im April wurde der Koordinator der Abteilung ernannt. Die neue Abteilung vereint in sich die Gruppe Terrorismusbekämpfung, das Grenzteam und die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, ergänzt durch einen kleinen Koordinierungsstab. Sie organisierte 2012 sowohl in als auch außerhalb von Wien mehrere Veranstaltungen, darunter einige zu thematischen Schwerpunktthemen des Vorsitzes wie etwa die beiden gut besuchten Workshops zum Thema „Gewalttätiger Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen“, und ein Treffen von Polizeiexperten zu Fragen der Internetkriminalität.

Der Vorsitz arbeitete das ganze Jahr hindurch eng mit den drei Vorsitzen des Forums für Sicherheitskooperation – Kasachstan, Lettland und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien – zusammen, unter anderem bei der Vorbereitung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz. Irland und Lettland führten gemeinsam den Vorsitz in einer gemeinsamen FSK/StR-Sitzung zu Afghanistan.

DIE HOCHRANGIGE PLANUNGSGRUPPE (HLPG)

Der Amtierende Vorsitzende bestellte Oberst William Harrington zum Leiter der Hochrangigen Planungsgruppe der OSZE für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2012. Die Gruppe nahm an drei Überwachungsmissionen teil. Sie besteht aus acht Offizieren, doch sind drei dieser Posten trotz wiederholter Ersuchen an die OSZE-Teilnehmerstaaten um Entsendung von Mitarbeitern in die HLPG vakant.

TRANSNISTRIEN: GRUND ZU OPTIMISMUS

Zum ersten Mal seit zehn Jahren haben sich die Teilnehmerstaaten in einer Erklärung, in der die Abhaltung von fünf offiziellen Treffen im Lauf des Jahres 2012 begrüßt und die Reaktivierung der Arbeit der Experten-Arbeitsgruppen und der direkten Kontakte zwischen den Konfliktseiten mit Genugtuung registriert wurde, einstimmig zu den Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Moldau und der abtrünnigen Region Transnistrien geäußert.

Zuletzt war das beim Ministerratstreffen 2002 in Porto der Fall, wenn auch deutlich weniger optimistisch: „Wir sind zutiefst besorgt, dass trotz der Bemühungen der Republik Moldau und der Vermittler der OSZE, der Russischen Föderation und der Ukraine, 2002 keinerlei Fortschritte im Hinblick auf Verhandlungen über eine umfassende politische Regelung des Transnistrienproblems zu verzeichnen waren.“

Eine Beilegung dieses seit dem Zerfall der Sowjetunion vor zwei Jahrzehnten schwelenden Konflikts schien in weiter Ferne. Es vergingen sechs Jahre, bevor die Verhandlungen Ende 2011 im heutigen „5+2“-Format – neben den beiden Konfliktparteien sind die OSZE, die Russische Föderation und die Ukraine als Vermittler sowie die Europäische Union und die Vereinigten Staaten als Beobachter beteiligt – wieder aufgenommen wurden.

Trotz dieser Fortschritte bleiben noch immer viele schwierige Fragen zu lösen, und nun liegt es am designierten Vorsitz, auf dem 2011 und 2012 Erreichten weiter aufzubauen. (Siehe S. 71, Die Mission in Moldau)

PRIORITÄT DES VORSITZES:

Eine gemeinsame Zukunft – Friedensstiftung und Friedenserhaltung, die Fallstudie Nordirland

Der irische Vorsitz veranstaltete außerdem eine hochrangige Konferenz in Dublin, bei der die erfolgreiche friedliche Beilegung des Nordirlandkonflikts auf politischem Wege (gemeinhin als Karfreitagsabkommen bezeichnet) als Fallstudie präsentiert wurde, die für die Bemühungen um Konfliktlösung im OSZE-Raum und darüber hinaus relevant sein könnte.

„Wenn man mit seinem Feind Frieden schließen will, muss man mit ihm zusammenarbeiten. Dann wird er zum Partner.“

Nelson Mandela

Es war das erste Mal, dass die irische Regierung eine internationale Konferenz dieser Art über den nordirischen Friedensprozess abhielt.

Unter dem Vorsitz des Amtierenden Vorsitzenden Eamon Gilmore versammelten sich eine ganze Reihe hochrangiger Politiker, die den Friedensprozess hautnah miterlebt hatten und den OSZE-Teilnehmerstaaten über diese Erfahrung berichteten. Moderiert wurde die Konferenz vom ehemaligen finnischen Präsidenten und Nobelpreisträger Martti Ahtisaari, der die Diskussion durch seine einzigartige Erfahrung mit Konfliktlösung und Konfliktvermittlung bereicherte. Ein weiterer Vortragender war der frühere US-Senator George Mitchell, der in den Verhandlungen zum Karfreitagsabkommen den Vorsitz geführt hatte.

Die Konferenz war nicht dazu gedacht, Erfolgsrezepte zur Nachahmung vorzugeben, sondern wollte einige allgemein gültige Erkenntnisse ins Bewusstsein rücken:

- dass mit entsprechender politischer Bereitschaft und Führung das scheinbar Unmögliche möglich wird;
- dass Frieden ein Prozess ist, der mit der Unterzeichnung eines Abkommens beginnt;
- dass Dinge, die unlösbar scheinen, nicht mehr unlösbar sind, wenn durch die Umsetzung eines Abkommens Vertrauen aufgebaut wird;
- und dass durch Frieden Wohlstand, Wirtschaftswachstum und ein besseres Leben für alle entstehen kann.

Diese Konferenz sollte all jene, die sich um eine dauerhafte Beilegung der Konflikte im OSZE-Raum und andernorts bemühen, dazu anspornen, jenen Kompromiss zu suchen, der eine Einigung möglich macht. Vor allem sollten sie dazu ermutigt werden, in ihren Feinden künftige Partner zu sehen.

PRIORITÄT DES VORSITZES:

Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen

Internetkriminalität, Terrorismus und illegaler Handel: Die größten Bedrohungen für unsere Sicherheit machen heute nicht mehr an Landesgrenzen Halt. Die Außenminister billigten in Dublin ein Paket von Beschlüssen des Ständigen Rates, die dieser im Laufe des Jahres 2012 verabschiedet hatte. Die Themen:

Internetsicherheit

Zur Verminderung der Konfliktrisiken, die sich aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben, wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die 2013 weiter an vertrauensbildenden Maßnahmen arbeiten wird.

Bekämpfung des weltweiten Drogenproblems

Es wurde ein politischer Rahmen für die Bekämpfung des illegalen Handels mit Drogen und der Abzweigung von Drogenausgangsstoffen verabschiedet. Die OSZE wird mit Partnern zusammenarbeiten und zu diesem Zweck Informationen austauschen und die Zusammenarbeit nationaler Dienststellen über Landesgrenzen hinweg erleichtern.

Unterstützung für polizeibezogene Aktivitäten

Die OSZE hat einen strategischen Rahmen für ihre Aktivitäten im polizeilichen Bereich verabschiedet, etwa im Bereich der Polizeireform und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Alle diesbezüglichen Aktivitäten fördern die Grundsätze demokratischer Polizeiarbeit.

Bekämpfung des Terrorismus

In einem neuen konsolidierten Rahmen für die Bekämpfung des Terrorismus ist festgelegt, wie die OSZE ihre komparativen Vorteile, insbesondere ihr umfassendes und kooperatives Sicherheitskonzept, in diesem Bereich nutzbringend einsetzen sollte.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

In der zweiten Dimension wollte der irische Vorsitz vor allem Fragen der guten Regierungsführung in der ganzen Organisation weiter voranbringen. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Bemühungen war das jährliche Wirtschafts- und Umweltforum mit seinen zwei Vorbereitungstreffen im Februar und April und dem Abschließenden Treffen im September in Prag.

Die beiden Vorbereitungstreffen widmeten sich einerseits Fragen der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und andererseits der Förderung von Transparenz und der Bekämpfung von Korruption. Diese beiden Stränge wurden auf dem äußerst erfolgreichen Wirtschafts- und Umweltforum im September in Prag zusammengeführt und flossen in die Diskussionen zu einer Erklärung über gute Regierungsführung ein, die schließlich von den Ministern in Dublin verabschiedet wurde.

In der Erklärung, übrigens das erste OSZE-Ministerratsdokument, das sich ausschließlich mit guter Regierungsführung befasst, wird festgestellt, dass Probleme der Regierungsführung, darunter Korruption und Geldwäsche, die Sicherheit der Teilnehmerstaaten gefährden. Die Teilnehmerstaaten bekräftigen darin ihre Zusage, einzeln und gemeinsam gute Regierungsführung zu fördern und nach Lösungen für Probleme einer schwachen Regierungsführung zu suchen.

Die Erklärung enthält neue OSZE-Verpflichtungen zum Schutz von Informanten und in Bezug auf die Wiedererlangung von Vermögenswerten und wiederholt einige bestehende Verpflichtungen, etwa zur Umsetzung einschlägiger internationaler Rahmenvereinbarungen wie das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) und die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche und die Terrorismusfinanzierung“ (FATF). Anhand dieser Erklärung kann die Organisation ihre Arbeit zur Förderung von guter Regierungsführung und Transparenz vertiefen und die Teilnehmerstaaten noch wirksamer bei der Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung unterstützen. Dies soll dimensionenübergreifend gelten.

„Förderung von Sicherheit und Stabilität durch gute Regierungsführung“
Thema des 20. Wirtschafts- und Umweltforums

In enger Zusammenarbeit mit dem Ständigen Vertreter Griechenlands bei der OSZE, Botschafter Eustathios Lozos, der 2012 mit viel Geschick und Energie den Vorsitz im Wirtschafts- und Umweltausschuss führte, sowie mit dem Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE nahm sich der Vorsitz auch der vom Ständigen Rat angeordneten Überprüfung der Umsetzung des OSZE-Strategiedokuments von 2003 für die Wirtschafts- und Umweltdimension an. Im Dezember berichtete er dem Ständigen Rat über die erzielten Fortschritte.

Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Umweltausschusses veranstaltete auch mehrere Fachtagungen, bei denen Fragen von besonderem Interesse ausführlich besprochen werden konnten. 2012 wurden folgende Themen behandelt:

- Gute Regierungsführung im Umweltbereich und nachhaltige Entwicklung
- Dialog und Zusammenarbeit im Bereich der Energiesicherheit
- Gute Regierungsführung
- Förderung der Chancengleichheit von Frauen in der Wirtschaft

- Wasserwirtschaft
- Zusammenarbeit

Die Referate der Gastredner aus internationalen Organisationen, von nationalen Experten sowie von Fachleuten der OSZE-Durchführungsorgane, darunter vor allem die Wirtschafts- und Umweltreferenten der OSZE-Feldoperationen, sorgten für eine rege Diskussion.

Neben diesen Fachtagungen setzte der Vorsitzende einen neuen ständigen Punkt auf die Tagesordnung des Ausschusses, der den Teilnehmerstaaten die Möglichkeit gibt, über ihre Aktivitäten zur Umsetzung der Verpflichtungen in dieser Dimension zu berichten. Diese Initiative war einer der erfolgreichen Schritte des Ausschussvorsitzes zur weiteren Belebung der Diskussion im Ausschuss. Sie wurde sehr gut aufgenommen und viele Delegationen nutzten im Laufe des Jahres die Gelegenheit zu Vorträgen über die verschiedensten Aktivitäten.

Entsprechend dem Programmschwerpunkt des Vorsitzes, das Interesse im Bereich der Beschlagnahme von Erträgen aus Straftaten anzufachen, organisierten OSZE, UNODC und die Weltbank Anfang September ein außerordentlich nützliches Seminar, bei dem Experten auf Fragen der Ermittlung, Einziehung und Wiedererlangung von in der OSZE-Region illegal erworbenen Vermögenswerten eingingen. Die bei diesem Seminar formulierten Empfehlungen fanden ihren Niederschlag in den entsprechenden Kapiteln der in Dublin verabschiedeten Erklärung.

PRIORITÄT DES VORSITZES:

Förderung von guter Regierungsführung und Bekämpfung von Korruption

Das irische *Criminal Assets Bureau*

Ermittlungen in Fällen von illegalem Drogenhandel oder Korruption dauern oft Jahre, während sich Kriminelle weiter ungestraft bereichern und ihren Einfluss festigen können.

Das *Criminal Assets Bureau* in Irland hat eine völlig neue Methode entwickelt, wie verdächtige Straftäter um ihre unrechtmäßig erworbenen Profite erleichtert werden können. Sie wurde den anderen Teilnehmerstaaten 2012 bei mehreren OSZE-Konferenzen als nachahmenswertes Beispiel vorgestellt.

Diese 1996 geschaffene Behörde erlaubt es der irischen Regierung, wirksamer gegen die Bedrohung durch organisierte Verbrecherbanden vorzugehen. Seither hat sich das Büro zu einer wichtigen Schaltstelle zur Bekämpfung verschiedenster krimineller Machenschaften, nicht nur der organisierten Kriminalität, entwickelt.

Das Büro hat die Aufgabe, Ermittlungen aufzunehmen, wenn der Verdacht besteht, dass Erträge durch Straftaten erzielt wurden, und entsprechende Maßnahmen zu treffen, um Personen diese Erträge zu entziehen oder sie daran zu hindern, an sie heranzukommen. Es ist eine Ermittlungsbehörde, die zur Strafverfolgung die Hilfe der Gerichte in Anspruch nimmt.

Es vereint in sich die Befugnisse und Aufgaben der Polizei, der Steuerbehörden – Steuern und Zollabgaben – und des Sozialministeriums des Landes. Beamte dieser Behörden arbeiten dort mit Rechtsexperten, Analysten und Verwaltungsbeamten zusammen, die zusätzlich von Wirtschaftsfahndern – speziell ausgebildeten Polizeibeamten – aus dem ganzen Land unterstützt wurden.

Das Büro kann sich in seiner Arbeit auf ein solides Gesetzeswerk stützen. Das Gesetz über Erträge aus Straftaten ermöglicht das Einfrieren und die Beschlagnahme illegaler Erlöse auf dem Zivilrechtsweg und erfordert keine strafrechtliche Verurteilung.

Weitere Rechtsvorschriften über Besteuerung und soziale Sicherheit ermöglichen die Weitergabe von Informationen zwischen verschiedenen Zuständigkeitsbereichen. Das Büro zieht nicht nur illegale Erträge ein, es setzt auch die Steuern für illegal erzielte Erträge fest, schreibt sie vor und treibt sie ein und streicht Straftätern Sozialleistungen.

In den sechzehn Jahren seines Bestehens konnte das Büro mit Hunderten Millionen Euro an eingehobenen Steuern und eingefrorenen Profiten spektakuläre Erfolge erzielen. Sein Erfolgsrezept liegt in seiner ressortübergreifenden Struktur und seinen gesetzlich abgesicherten Fahndungsbefugnissen.

Das Büro arbeitet eng mit internationalen Fahndungsbehörden zusammen und konnte auch erfolgreich Profite aus Straftaten abschöpfen, die im Ausland verübt wurden.

Es kooperiert auch mit internationalen Gremien wie der Europäischen Kommission und dem Camdener zwischenstaatlichen Netz der Vermögensabschöpfungsstellen, einem informellen Netz von Strafverfolgungsbehörden, die Erkenntnisse und Informationen über Methoden zum Aufspüren von Vermögenswerten in einem Mitgliedstaat austauschen. Es gehört auch dem EU-Netz der Vermögensabschöpfungsstellen an.

DIE PERSÖNLICHEN BEAUFTRAGTEN FÜR DIE BEKÄMPFUNG VON INTOLERANZ UND DISKRIMINIERUNG

Die drei Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung,

- die Richterin Catherine McGuinness,
- Rabbi Andrew Baker und
- Senator Adil Achmetow,

blicken auf ein äußerst arbeitsreiches Jahr zurück. Sie absolvierten vier Länderbesuche in Norwegen, Österreich, Aserbaidshan und Armenien und Rabbi Baker drei Folgebesuche in Ungarn, Spanien und Schweden. Ihre Länderbesuche geben den Persönlichen Beauftragten Gelegenheit, das **Bewusstsein** von Ministern und anderen hochrangigen politischen Instanzen **für Fragen der Toleranz und Diskriminierung zu schärfen**, und sind eine wertvolle Ergänzung der Arbeit des BDIMR.

Neben diesen Besuchen nahmen die Persönlichen Beauftragten in offizieller Funktion auch an zahlreichen Treffen teil, wie zum Beispiel im März am Treffen des Ausschusses zur menschlichen Dimension, im Mai am Vierten Kongress der Führer der Welt- und traditionellen Religionen in Astana, am Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension in Warschau, im Oktober an der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Tirana und im Oktober an einer Sitzung des Ständigen Rates sowie einzeln an einigen anderen Treffen.

MENSCHLICHE DIMENSION

Für den irischen Vorsitz 2012 hatte die menschliche Dimension – Förderung und Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit – oberste Priorität. Es sollte insbesondere gewährleistet werden, dass die bestehenden OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension gewahrt und umgesetzt werden, doch der Vorsitz suchte auch neue Herausforderungen, auf die er sich in der Folge konzentrierte.

Einen wichtigen Schwerpunkt bildeten Fragen der freien Meinungsäußerung und der Medienfreiheit, vor allem im Hinblick auf das Internet und die digitalen Medien. Ein Höhepunkt des Jahres war die vom Vorsitz einberufene Konferenz über Internetfreiheit im Juni in Dublin. Für die gut besuchte Veranstaltung konnten mehrere hochrangige Vortragende gewonnen werden, und in den ausgezeichneten Debatten wurden Schlüsselfragen in diesem sich rasch entwickelnden Bereich erörtert. Der Vorsitz bedauert, dass kein Konsens zu einem Ministerratsbeschluss zustande kam, der die OSZE-Verpflichtungen in Sachen Medienfreiheit auf den neuesten Stand gebracht hätte. Trotzdem schlossen sich 48 OSZE-Teilnehmerstaaten einer Erklärung über die Grundfreiheiten im digitalen Zeitalter an, in der betont wurde, dass alle OSZE-Verpflichtungen sowohl online als auch offline und ungeachtet der Technologie Gültigkeit haben. Ein verwandtes Thema war die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Gegenstand eines Zusätzlichen Treffens zur menschlichen Dimension im November war.

Der Vorsitz nutzte einige in dieses Jahr fallende wichtige Sportveranstaltungen, vor allem die Europameisterschaft Euro 2012 in Polen und der Ukraine und die Olympischen Spiele in London, um auf die wichtige Rolle aufmerksam zu machen, die der Sport im Kampf gegen Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung in der Gesellschaft spielen kann. Mit diesem Thema befasste sich das erste Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension im April. Ein weiteres vorrangiges Thema des irischen Vorsitzes war die Notwendigkeit, wirksame, auf rechtsstaatlichen Grundsätzen basierende Rahmenbedingungen für die Bekämpfung des Menschenhandels zu schaffen. Dazu wurde im Mai ein sehr erfolgreiches Seminar zur menschlichen Dimension abgehalten.

Die wichtigste Veranstaltung des Jahres war natürlich das zweiwöchige Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension im September und Oktober in Warschau, bei dem der Religions- und Überzeugungsfreiheit, der Selbststärkung der Romafrauen und den Rechten der Angehörigen von nationalen Minderheiten jeweils eigene Tage gewidmet waren. Ferner wurden im Juli ein Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension über demokratische Wahlen und Wahlbeobachtung und Anfang November eine Fachtagung über grenzüberschreitende Mobilität sowie Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Migranten abgehalten.

Neben den bereits genannten Veranstaltungen boten die regelmäßigen Treffen des Ausschusses zur menschlichen Dimension unter dem Vorsitz von Botschafter Thomas Greminger aus der Schweiz das ganze Jahr hindurch eine wertvolle Gelegenheit zur Erörterung der Arbeit der Institutionen und Feldmissionen in der menschlichen Dimension und zu freiwilligen Erfahrungsberichten aus der Praxis der Teilnehmerstaaten über die Art und Weise, wie sie ihre Verpflichtungen umsetzen.

In den beiden letzten Jahren nutzte rund die Hälfte der Teilnehmerstaaten diese Sitzungen zum Austausch von Erfahrungen und Methoden, woraus sich die inzwischen weithin akzeptierte Praxis der freiwilligen Peer Review entwickelte. Der Ausschuss vertiefte auch

seine Kontakte nach außen und lud zu diesem Zweck hochrangige externe Vortragende ein, unter ihnen die drei UN-Sonderberichterstatter, Vertreter des Europarats und Mitglieder der Zivilgesellschaft.

Ein wichtiger Punkt war für den Vorsitz 2012 auch die Überprüfung der Veranstaltungen zur menschlichen Dimension, wobei er die vom litauischen Vorsitz 2011 begonnene Arbeit weiterführte und von einer Schweizer Beraterfirma einen Bericht erstellen ließ. Anschließend formulierte er mehrere Vorschläge, wie die Veranstaltungen zur menschlichen Dimension effektiver und attraktiver gestaltet werden könnten. Leider fanden Änderungen zum derzeitigen Format keinen Konsens, und es werden sich künftige Vorsitze mit dieser Frage beschäftigen müssen.

DIE SONDERBEAUFTRAGTE FÜR GENDERFRAGEN

Die Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzes für Genderfragen, **June Zeitlin**, bezeichnete Gender Mainstreaming als eines der Schwerpunktthemen des irischen Vorsitzes. Sie bewältigte 2012 ein enormes Arbeitspensum: Sie absolvierte Länderbesuche in Serbien, Kasachstan und Turkmenistan und war Teilnehmerin und Vortragende bei OSZE-Treffen, darunter jenes über „Die Verstärkung der Rolle der Frauen bei der Vermittlung in Konflikten in der OSZE-Region“, das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension in Warschau, das Treffen „Nationale Menschenrechtsinstitutionen (NMI) und Geschlechtergleichstellung in Zentralasien“, der Ständige Rat im Oktober und zahlreiche Treffen der Gender-Kontaktstellen.

SERBISCHE WAHLEN IM KOSOVO

Besondere Erwähnung verdienen die in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat, der OSZE-Mission im Kosovo, der serbischen Regierung, den Behörden in Priština und interessierten Teilnehmerstaaten unternommenen Bemühungen des Vorsitzes, die serbischen Wahlen im Kosovo im April und Mai zu ermöglichen. Eine Vereinbarung mit den interessierten Parteien sorgte dafür, dass die serbischen Bürger im Kosovo unbehindert an den serbischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen teilnehmen konnten. (Siehe S. 44)

PRIORITÄT DES VORSITZES:

Internetfreiheit

Das Internet ist die wohl revolutionärste technologische Innovation des 20. Jahrhunderts und inzwischen aus dem 21. Jahrhundert nicht mehr wegzudenken. In knapp 20 Jahren hat das Internet nicht nur Städte sondern ganze Kontinente miteinander verbunden, nicht nur mächtige Metropolen, sondern die einzelnen Bürger rund um die Welt. Es hat die Dynamik der Macht innerhalb von Landesgrenzen und über diese hinaus verändert. Es hat neue Methoden – wie wir Geschäfte tätigen, wie wir Politik machen und wie wir in der Gesellschaft leben – entstehen lassen. Doch einige Dinge haben sich nicht geändert. Und das sind die Wertvorstellungen der OSZE: das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Medienfreiheit sowie Vereinigungsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlung.

„Das Medium mag sich ändern – sogar das Medium selbst mag uns vor Herausforderungen stellen – doch die Botschaft bleibt dieselbe.“
Eamon Gilmore

Mit diesen Worten wurde im vergangenen Juni in Dublin eine Konferenz des irischen Vorsitzes über die Herausforderungen des Internets für die freie Meinungsäußerung und die Medienfreiheit online und über die Debatte um die Kontrolle des Internets eröffnet. An beiden Tagen fand eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion zur Frage statt, wie sichergestellt werden kann, dass das Internet ein offenes, globales und öffentliches Forum für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung und auch weiterhin eine Plattform bleibt, die die Ausübung anderer Menschenrechte und Grundfreiheiten erleichtert.

Prominente Redner waren unter anderen:

Frank La Rue

UN-Sonderberichterstatter über die Förderung und den Schutz der Meinungsfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung

Rebecca MacKinnon

Senior Fellow der *New America Foundation*, ehemalige Leiterin der CNN-Büros in Beijing und Tokio und Mitbegründerin von *Global Voices Online*

Nils Muižnieks

Menschenrechtskommissar des Europarats

Cory Doctorow

Science-Fiction-Autor, Aktivist, Journalist und Blogger

Alec Ross

Leitender Berater für Innovation im US-Außenministerium

Sonia Flynn

Director of Online Operations, Facebook

Dunja Mijatović

OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit

Janez Lenarčič

Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR).

Dublin Net Freedom @NetFreedom2012 @netfreedom Robert Guera fasst im Namen des Vorsitzes die wichtigsten Punkte aus den zweitägigen Sitzungen zusammen. #dcif Weiter	19. Juni
Dublin Net Freedom @NetFreedom2012 #dcif Schlüsselaussage: Die Grundfreiheiten gelten online wie offline. weiter	19. Juni
Dublin Net Freedom @NetFreedom2012 #dcif Schlüsselaussage: Ein Internet – weltweite Ressource für alle @OSCE weiter	19. Juni

Dublin Net Freedom @NetFreedom2012

19. Juni

#dcif Schlüsselaussage: In diesen Fragen müssen Akteure aus allen Bereichen zusammenwirken.
weiter

Dublin Net Freedom @NetFreedom2012

19. Juni

#dcif Schlüsselaussage: @OSCE könnte mit wissenschaftlichen Kreisen kooperieren und zur Forschung über die richtige Nutzung des Internets anregen.
weiter

DER STÄNDIGE RAT

Der Ständige Rat ist das reguläre Gremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlussfassung. Er ist für das Tagesgeschäft der Organisation zuständig.

DER STÄNDIGE RAT

BESTELLUNGEN ZUM VORSITZENDEN DER AUSSCHÜSSE DES STÄNDIGEN RATES

Botschafter Tacan Ildem

Vorsitz Sicherheitsausschuss

Botschafter Eustathios Lozos

Vorsitz Wirtschafts- und Umweltausschuss

Botschafter Thomas Greninger

Vorsitz Ausschuss für die menschliche Dimension

BESTELLUNG ZUM VORSITZENDEN FÜR DIE INFORMELLE ARBEITSGRUPPE DES STÄNDIGEN RATES

Botschafter Ian Kelly

Vorsitz der durch PC-Beschluss 1039 eingerichteten informellen Arbeitsgruppe, die vertrauensbildende Maßnahmen zur Verringerung der durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien verursachten Risiken ausarbeiten soll. (Siehe auch Seite 22)

Der Ständige Rat, das reguläre Gremium der Organisation für politische Konsultation und Beschlussfassung, ist für das Tagesgeschäft zuständig und tritt einmal pro Woche in der Wiener Hofburg zusammen. 2012 führte der irische Botschafter Eoin O’Leary den Vorsitz im Ständigen Rat, der 40 Mal tagte. Botschafter O’Leary konnte eine breite Palette von Gastrednern im Ständigen Rat begrüßen, darunter die stellvertretenden Regierungschefs von Irland und Albanien, die Außenminister von Jordanien, San Marino und der Ukraine, die Generalsekretäre des Europarats, der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung (GUAM), der Organisation für islamische Zusammenarbeit, der Parlamentarischen Versammlung der turksprachigen Nationen und des Kooperationsrats der turksprachigen Nationen.

Am 12. Januar hielt der Amtierende Vorsitzende Eamon Gilmore T.D. seine erste Ansprache im Ständigen Rat als Vertreter des irischen Vorsitzes und erläuterte seine Prioritäten für das kommende Jahr. Seine Absicht sei es, die Prinzipien und Ziele der OSZE – die Förderung friedlicher und sicherer Lebensbedingungen für alle unsere Bürger – auf ausgewogene und pragmatische Weise in allen Dimensionen der Arbeit der Organisation zu verfolgen.

Unter der Führung des Vorsitzes setzten die drei Ausschüsse – zur politisch-militärischen Dimension, zur Wirtschafts- und Umweltdimension sowie zur menschlichen Dimension – diese Worte in Taten um. Das Ergebnis ihrer Arbeit floss ebenso wie die Arbeit der Sonderbeauftragten und persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden, der Leiter der Institutionen, der Parlamentarischen Versammlung, der Feldoperationen und anderer Arbeitsgruppen in die Diskussionen, Schlussfolgerungen und Beschlüsse des Ständigen Rates im Jahr 2012 und in weiterer Folge in die Erörterungen, Beratungen und Beschlüsse des Ministerrats in Dublin im Dezember ein.

Zu dieser alle drei Dimensionen umfassenden ehrgeizigen Agenda verabschiedete der Ständige Rat 43 Beschlüsse, darunter auch einen Beschluss über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur ICT-Sicherheit, und ein aus drei Beschlüssen bestehendes Paket zu den OSZE-Bemühungen zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen.

Am 9. Mai hielten der Ständige Rat und das Forum für Sicherheitskooperation eine gemeinsame Sitzung zu Aspekten des Übergangs in Afghanistan ab.

GASTREDNER IM STÄNDIGEN RAT 2012

- | | |
|------------|--|
| 12. Januar | Eröffnungsansprache des Amtierenden Vorsitzenden, Tánaiste und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel, Eamon Gilmore T.D. |
| 2. Februar | Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg |
| 8. März | Die Präsidentin des österreichischen Nationalrats, Barbara Prammer |
| 15. März | Der Minister für auswärtige Angelegenheiten des Haschemitischen Königreichs Jordanien, Nasser Judeh |
| 22. März | Die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe, Robert Bradtke, Igor Popow und Jacques Faure
Die Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses, des Wirtschafts- und Umweltausschusses und des Ausschusses für die menschliche Dimension, Tacan Ildem, Eustathios Lozos und Thomas Greminger |
| 29. März | Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland
Die Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatović |
| 19. April | Der Beauftragter für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, Konstantin Dolgow |
| 17. Mai | Der Generalsekretär der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM, Waleri Tschetschelaschwili |
| 14. Juni | Der Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten von Albanien, Edmond Haxhinasto |
| 20. Juni | (Sondersitzung) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, Kostjantyn Hryschtschenko |
| 21. Juni | Die Beauftragte für Medienfreiheit, Dunja Mijatović |
| 12. Juli | Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE, Knut Vollebæk |

20. September Der Stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten von Georgien,
Sergi Kapanadse
Der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der turksprachigen
Nationen, **Ramil Chassanow**
11. Oktober Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, **Riccardo
Migliori**
25. Oktober Der Stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten von
Aserbaidshan, **Aras Asimow**
1. November Der Stellvertretende Minister für auswärtige Angelegenheiten von Armenien,
Ashot Hovakimian
Die Kovorsitzenden der Genfer Gespräche, **Pádraig Murphy, Antti Turunen**
und **Philippe Lefort**
8. November Der Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte,
Janez Lenarčič
Die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe, **Robert Bradtke, Igor Popow** und
Jacques Faure
Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den
Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, **Andrzej Kasprzyk**
15. November Die Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die
Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung, **Richterin Catherine
McGuinness, Senator Adil Achmetow** und **Rabbi Andrew Baker**
Der Leiter der Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des
Grenzschatzes zwischen der Republik Moldau und der Ukraine (EUBAM),
Udo Burkholder
22. November Der Minister für auswärtige Angelegenheiten von Andorra,
Gilbert Saboya Sunyé
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten, **Knut Vollebæk**
29. November Der Generalsekretär der Organisation der islamischen Zusammenarbeit,
Ekmeleddin İhsanoğlu
Beauftragte für Medienfreiheit, **Dunja Mijatović**
20. Dezember Der Generalsekretär des Kooperationsrats der turksprachigen Nationen,
Halil Akinci

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Die Schaffung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) im Jahr 1992 war bahnbrechend für die Stärkung der Sicherheit im militärischen Bereich in der OSZE. Bis heute hat dieses beschlussfassende Organ, das sich aus Delegierten aus den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammensetzt, nichts von seiner Einzigartigkeit und Relevanz eingebüßt. Das breite Spektrum von Dokumenten und Maßnahmen des Forums trägt wesentlich zur Sicherheit unserer Region bei.

UNSERE WURZELN

Als das FSK am 22. September 1992 erstmals zusammentrat, hatte kaum einer der Teilnehmer eine genaue Vorstellung davon, wie es weitergehen würde. Es waren stürmische Zeiten: Der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Entstehung neuer souveräner Staaten. Das auf dem Gipfeltreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1992 in Helsinki eingerichtete Forum sollte die Sicherheitsbeziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten auf eine neue Basis stellen, deren Grundlage gemeinsame und kooperative Sicherheitsansätze waren.

Der österreichische Bundesminister für Verteidigung, Werner Fasslabend, eröffnete mit seiner Erklärung die erste Sitzung, und der österreichische Botschafter Martin Vukovich forderte als erster FSK-Vorsitzender alle Teilnehmer auf, mit der Arbeit zu beginnen. Und so geschah es.

Die Abteilung FSK-Unterstützung des OSZE-Konfliktverhütungszentrums unterstützt das Forum durch die Bereitstellung von institutionellem Wissen und berät die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer politisch-militärischen Verpflichtungen. Das OSZE-Kommunikationsnetz ist ein zuverlässiges und sicheres Mittel zur Übermittlung militärischer Informationen zwischen den Teilnehmerstaaten.

Auf den allwöchentlichen Sitzungen erörtern die 56 (nunmehr 57) Teilnehmerstaaten regelmäßig Fragen militärischer Sicherheit. Dabei ging es nicht nur um zwischenstaatliche sondern auch um innerstaatliche Sicherheitsfragen, und das Forum erkannte sehr schnell, dass die neuen Staaten Unterstützung bei der Bewältigung eines neuen Phänomens, nämlich der großen Mengen überschüssiger Kleinwaffen und leichter Waffen, benötigten.

UNSER MANDAT

Das ursprüngliche Mandat des FSK geht auf das Helsinki Dokument 1992 zurück, mit dem auch das Forum geschaffen wurde. Im Laufe der Jahre sind die Aufgaben des Forums gewachsen und umfassen nun eine große Bandbreite politisch-militärischer Fragen, die von traditionellen zwischen- und innerstaatlichen Sicherheitsbelangen bis zur Befassung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen wie dem illegalen Waffenhandel oder der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen reichen.

DER DEKALOG VON HELSINKI

- Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte
- Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt
- Unverletzlichkeit der Grenzen
- Territoriale Integrität der Staaten
- Friedliche Regelung von Streitfällen
- Nichteinmischung in innere Angelegenheiten
- Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-,
Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit
- Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Zusammenarbeit zwischen den Staaten
- Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben

WICHTIGE MEILENSTEINE DES FSK:

1975

Schlussakte von Helsinki

Beginn der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen

1992

Gipfeltreffen von Helsinki

Schaffung des Forums für Sicherheitskooperation als Plattform für den Sicherheitsdialog

1996

Gipfeltreffen von Lissabon – Rahmen für Rüstungskontrolle

Schaffung eines Netzes miteinander verknüpfter und einander verstärkender Rüstungskontrollverpflichtungen; Verknüpfung der gegenwärtigen und künftigen Rüstungskontrollbemühungen zu einer umfassenden Struktur.

1999

Gipfeltreffen von Istanbul – Wiener Dokument 1999

Ziel: Aufbau von Transparenz und Vertrauen. Zusätzliche Aufnahme regionaler Maßnahmen.

2000

Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen

Vorgabe von Normen und Maßnahmen in Bezug auf den Lebenszyklus von Waffen.

2003

Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition

Darstellung der Verfahren für die Lagerung und Vernichtung.

2004

Paket von Ausfuhrkontrollmaßnahmen

Unterwirft MANPADS der Kontrolle, verbessert die Rechtsvorschriften für Waffenvermittlungsgeschäfte und führt die Endverbleibsbescheinigung ein.

2010

Gipfeltreffen von Astana

Modernisierung und Aktualisierung der Übereinkünfte zur konventionellen Rüstungskontrolle und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung.

2011

Wiener Dokument 2011

Förderung der militärischen Vorhersehbarkeit. Alle 56 Teilnehmerstaaten bekennen sich zur Nichtverbreitung.

Die Hauptaufgaben des Forums sind:

- regelmäßige Konsultationen und intensive Zusammenarbeit in Angelegenheiten der militärischen Sicherheit;
- Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen;
- Verminderung von Konfliktrisiken;
- Durchführung vereinbarter Maßnahmen.

Darüber hinaus umfasst die Agenda der wöchentlichen Sitzungen des Forums in Wien auch den sogenannten Sicherheitsdialog, der es den Teilnehmerstaaten erlaubt, Besorgnisse oder Herausforderungen zur Sprache zu bringen und zu erörtern.

UNSERE DOKUMENTE

Im Lauf der Jahre hat die OSZE ein umfangreiches Regime für konventionelle Rüstungskontrolle und Vertrauens- und Sicherheitsbildung aufgebaut, das in anderen Organisationen oder Kontinenten seinesgleichen sucht. OSZE-Übereinkünfte wie das Wiener Dokument 2011, der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und das OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen haben gemeinsam mit dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa und dem Vertrag über den Offenen Himmel ein Netz ineinandergreifender und einander verstärkender Verpflichtungen geschaffen.

Das aktualisierte Wiener Dokument 2011 enthält den umfangreichsten Satz einander ergänzender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM), die die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten im Bereich der politisch-militärischen Sicherheit gestalten. Dazu gehören:

- Transparenzmaßnahmen wie der Austausch von Infos über den Verteidigungshaushalt und die Planung;
- Verifikationssysteme
- Konsultationsmechanismen
- militärische Kontakte wie Besuche von Militärflugplätzen und bei militärischen Einrichtungen und militärischen Verbänden
- militärische Zusammenarbeit.

Als diese Maßnahmen wie z.B. der Austausch militärischer Information oder das Recht, auf dem Territorium eines anderen Teilnehmerstaats Inspektionen durchzuführen, vor ungefähr zwei Jahrzehnten eingeführt wurden, betrachtete man sie als revolutionär. Heute haben sie fast schon Routine-Charakter, und es wird eher darüber diskutiert, welche von ihnen in der Zeit neuer Bedrohungen wie der Verbreitung von Kernwaffen, Drogenhandel und Terrorismus weiterhin gültig sind. Auch wenn es nach wie vor geteilte Auffassungen über die

Darstellung der Bedrohungen gibt, so sind sich doch alle Teilnehmerstaaten über das Ziel vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen einig. Außerdem hilft der kooperative Ansatz zwischen den Staaten bei der Vermeidung von Missverständnissen und trägt zu Sicherheit und Stabilität bei. Daher dienen VSBM auch als Indikatoren der Frühwarnung für potenzielle Konfliktsituationen.

DIE TROIKA

Der FSK-Vorsitz wechselt drei Mal im Jahr. Er legt die Tagesordnung für jede Sitzung fest und bringt relevante Fragen zur Sprache. Der FSK-Vorsitz wird vom designierten und vom vorhergehenden Vorsitz unterstützt, alle drei bilden zusammen die FSK-Troika.

2012 hatten Kirgisistan, Lettland und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien den Vorsitz inne.

UNSERE AKTIVITÄTEN

In den 1990er Jahren wurden die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen allmählich ausgebaut. Heutzutage finden alljährlich etwa 90 Inspektionen, 40 Überprüfungsbesuche und ein halbes Dutzend Besuche von Militärflugplätzen, militärischen Einrichtungen oder Vorführungen von Hauptwaffensystemen oder Großgerät statt. Diese beachtlichen Zahlen zeigen, wie groß das Vertrauen zwischen den Staaten und ihren Streitkräften ist.

Trotz der durch die Umsetzung der VSBM erreichten größeren zwischenstaatlichen Stabilität warten auf die OSZE-Teilnehmerstaaten weitere Herausforderungen im Zusammenhang mit nicht gesicherten und schlecht gelagerten Beständen an Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und konventioneller Munition.

Durch die destabilisierende Verbreitung von SALW und konventioneller Munition bedingte Sicherheitsrisiken verursachen weiterhin ernste Sorgen. Darüber hinaus bereiten die Bestände an überschüssigen Waffen und Munition sowie die Kontrolle des illegalen Handels mit Kleinwaffen vielen Teilnehmerstaaten Probleme. Davon ist allerdings nicht nur der OSZE-Raum betroffen.

Das FSK hat ein Programm zur Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis entwickelt, das Hilfestellung bei der Vernichtung und Lagerverwaltung von Kleinwaffen und leichten Waffen und konventioneller Munition bietet. Bis heute wurden im Zuge dieses Programms 15 Millionen Euro für 40 Projekte bereitgestellt, um Staaten bei der Bewältigung ihrer Probleme mit SALW und konventioneller Munition zu helfen.

Eine der größten Errungenschaften ist die erfolgreiche Entsorgung des flüssigen Raketentreibstoffs Mélange (siehe Kasten).

Seit der Unterzeichnung zweier Dokumente über die Reglementierung von Kleinwaffen und die Kontrolle konventioneller Munition beteiligte sich die OSZE an über 40 Projekten in 17 Ländern.

VERNICHTUNG VON MELANGE

Armenien: 873 t
Montenegro: 120 t
Albanien: 30 t
Ukraine: 9 000 t

FÜR 2013 GEPLANT:

Bulgarien: ± 500 t
Kasachstan: ± 410 t
Ukraine: 7 000 t

ERWARTETES ERSUCHEN:

Kirgisistan: ± 110 t

VERNICHTUNG VON NAPALMPULVER

Serbien: 110 t (läuft bereits)

GEPLANT, SERBIEN:

- Vernichtung überschüssiger Bestände von mit weißem Phosphor gefüllter Munition
- Aufrüstung des technischen Reparaturwerks Kragujevac
- Renovierung zweier militärischer Munitionslagerstätten

IM FOKUS

SICHERE GRENZPATROUILLEN DURCH HUMANITÄRE MINENRÄUMUNG IN TADSCHIKISTAN

Für die Menschen, die an der Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan leben, bedeuten die in den 1990er Jahren verlegten Landminen buchstäblich eine Frage von Leben oder Tod.

Seit 1992 wurden 836 Personen durch Antipersonenminen verletzt, 366 davon tödlich. Besonders gefährdet sind die Grenzschutzbeamten. Zehn Grenzbeamte kamen seit der Übernahme der Grenzüberwachung durch tadschikische Grenztruppen 2005 ums Leben.

Es gibt keine Statistiken darüber, wie viele Schmuggler und Extremisten die Suche nach einer geeigneten Route für ihren Drogen- und Waffenhandel mit dem Leben bezahlen, aber es war klar, dass das Gebiet von Minen gesäubert werden musste.

„Immer wieder hören wir von Kollegen, die auf eine Landmine getreten sind. Das erzeugt einen ungeheuren psychischen Druck auf unsere Männer. Wir versuchen, uns bei den Patrouillen an die Straßen zu halten, aber dann ziehen wir immer wieder gegen die Schmuggler den Kürzeren, da sie bereits Wege durch die Minenfelder gefunden haben“, berichtet Leutnant Dschamsched Ussmanow von den Grenztruppen.

Seit 2009 arbeitet das OSZE-Büro in Tadschikistan mit dem tadschikischen Verteidigungsministerium bei der Landminenräumung im tadschikisch-afghanischen Grenzgebiet

zusammen. 2012 wurden in minenverseuchten Gebieten 279 728 Quadratmeter entmint. Die Einsätze wurden von der humanitären Minenräumgruppe in Zusammenarbeit mit der lokalen NGO *Union of Sappers of Tajikistan* durchgeführt.

In vier Jahren harter Arbeit hat die humanitäre Minenräumgruppe rund 109 Hektar Land entmint. In dieser Zeit fanden und zerstörten sie 1 105 Landminen und nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel.

UNSER DIALOG

Die Dialogplattform besteht nach wie vor. Die Beschlüsse des Forums führen immer wieder zu neuen Projekten. So vereinbarte das Forum dieses Jahr etwa, dass die Teilnehmerstaaten, wenn es in einem Kalenderjahr keine über einer bestimmten Ankündigungsschwelle liegende militärische Übung gibt, das Forum über ihre jeweils größte militärische Aktivität im betreffenden Jahr informieren. Auf diese Weise nehmen Transparenz und Offenheit zwischen den OSZE-Staaten zu.

Wie es bereits seit 20 Jahren Usus ist, treffen sich Botschafter, Delegierte und Militärberater aus den nunmehr 57 Teilnehmerstaaten allwöchentlich, um militärische Aspekte der Sicherheit zu erörtern und Lösungen zu finden. In Verbindung mit den OSZE-Strategien zur Lösung von Spannungen und Konflikten erhöht dieser regelmäßige Kontakt die Sicherheit für alle Teilnehmerstaaten und ihre Bevölkerung.

Auch heute erfüllt das FSK diese wichtige Rolle, indem es sich mit der militärischen Sicherheit unter allen Aspekten beschäftigt und somit eine sicherere Welt für die Zukunft schafft.

KIRGISISTAN, DIE OSZE UND DER 1540-AUSSCHUSS

Mit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion erbt Kirgistan auch eine umfangreiche atomare Infrastruktur. Unzureichend geschützte Uranabfälle und Nebenprodukte aus dem Uranabbau verursachten gravierende Sicherheitsbedrohungen für das Land, seine Einwohner und die Umwelt. Diese Gefahr ging weit über nationale und regionale Grenzen hinaus. Die mögliche Abzweigung von Kernmaterial durch Terroristen stellte ein weiteres Risiko dar.

Zur wirksamen Entschärfung dieser Herausforderungen erarbeitete die Regierung Kirgisistans 2012 gemeinsam mit der OSZE und dem mit der Verhinderung der Verbreitung von Waffen befassten 1540-Ausschuss einen nationalen Aktionsplan, der den physischen Schutz der vorhandenen Lagerstätten und Halden von radioaktiven Rückständen und Uranabfällen sicherstellen soll. Diese Präventivmaßnahmen werden das vom radioaktiven Material ausgehende Risiko für die lokale Bevölkerung stark verringern und auch die Gefahr des illegalen Transfers dieses Materials eindämmen.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

Die Parlamentarische Versammlung vereint 203 Parlamentarier aus der 57 Nationen umfassenden OSZE-Region. Sie bietet ein Forum für Dialog, leitet Wahlbeobachtungsmissionen und stärkt die internationale Zusammenarbeit für die Einhaltung der Verpflichtungen zu politischen, Sicherheits-, Wirtschafts- und Umwelt- sowie Menschenrechtsfragen.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

Generalsekretär: **Spencer Oliver**

Haushalt: **€2 856 000**

www.oscepa.org

Personal: 18 Vollzeitmitarbeiter

7 Research Fellows

2012 beteiligten sich mehr Parlamentarier denn je an den Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Es war ein Jahr, in dem sich die Versammlung in ihren Kernaufgaben Wahlbeobachtung, Konferenzen und parlamentarische Diplomatie stärker den Menschenrechten und demokratischer Staatsführung widmete.

1 763

Personen nahmen 2012 an einer Konferenz der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teil.

+10%

Die Teilnahme an der Jahrestagung der Versammlung stieg 2012 um 10%.

11 Männer / 9 Frauen

2012 wurden doppelt so viele Frauen in Führungspersonen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gewählt, so dass sie nun 9 von 20 Positionen innehaben.

WAHLBEOBACHTUNG

In Zeiten von Haushaltskürzungen und sinkender Beteiligung an internationalen Organisationen entsandte die Versammlung mehr Parlamentarier denn je zuvor zu Wahlbeobachtungen vor Ort.

2012 betraute der Amtierende Vorsitz der OSZE Parlamentarier mit der Leitung zahlreicher Wahlbeobachtungsmissionen, die größte Anerkennung erhielt jedoch die parlamentarische Leitung der Beobachtung der Parlamentswahl in Georgien.

Die von der Versammlung abgegebenen Erklärungen sorgten dafür, dass alle Parteien um die Gunst der Wähler werben konnten, und schufen die Voraussetzungen für eine friedliche Aufnahme des Wahlergebnisses.

In ganz unterschiedlichen Ländern wie den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation und der Ukraine trug die Parlamentarische Versammlung dazu bei, den Standpunkt der Organisation zu Wahlen durch sorgfältige und kritische Wahlbeurteilungen zu verdeutlichen, in denen sie ihre Besorgnis über den Einfluss von Geld in der Politik, die Finanzierung von Parteien aus staatlichen Mitteln und die unausgewogene Berichterstattung in den Medien zum Ausdruck brachte.

Insgesamt übernahm die Versammlung 2012 die politische Führung von 10 Wahlbeobachtungsmissionen in Kasachstan, Russland, Armenien, Serbien, Belarus, Georgien, Montenegro, der Ukraine, den Vereinigten Staaten und Rumänien.

MENSCHENRECHTE

Auf der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung konzentrierte sich der Ausschuss für Menschenrechte auf die Themen Gefängnisreform und Unabhängigkeit der Gerichte im OSZE-Raum. Der Ausschuss befasste sich mit Fragen selektiver Justiz, Haftbedingungen und Aufsicht der Polizei sowie mit Fällen in Belarus, Italien, Russland und der Ukraine, in denen Personen durch die Justiz misshandelt wurden.

Auf der Jahrestagung von Monaco, dem größten Parlamentariertreffen der OSZE seit sieben Jahren, forderten die Delegierten die Freilassung politischer Gefangener und dass die Länder, die den Vorsitz in der OSZE innehaben, durch die Einhaltung ihrer Menschenrechtsverpflichtungen beispielgebend sein sollten. In einer EntschlieÙung zur Rechtsstaatlichkeit wird den Parlamenten die Verabschiedung von Gesetzen empfohlen, durch die im Fall von Verstößen gegen die Menschenrechte das Vermögen der Täter eingefroren und gegen sie Reiseverbote verhängt werden können. Mehrere nationale Parlamente haben seither ihre Rechtsvorschriften in diesem Bereich verbessert und somit den mit Mehrheit verabschiedeten Beschlüssen der Versammlung nachhaltige Wirkung verliehen.

WIRTSCHAFT UND UMWELT

Die Erklärung von Monaco enthielt auch eine aktuelle EntschlieÙung, die vor den negativen Langzeitfolgen der Sparmaßnahmen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen, warnt. Sie forderte die nationalen Regierungen zu mehr „grünen Investitionen“ zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums auf und trat für eine Verstärkung der parlamentarischen Aufsicht über die Wirtschaftspolitik ein. Die Versammlung befürwortete ferner eine Reform des internationalen Systems für Bonitätsbeurteilung im Sinne von mehr Transparenz.

PRÄSIDIUMS- UND PARLAMENTSBESUCHE

Führende Parlamentarier reisten 2012 zu hochrangigen Treffen in über 20 Ländern. Sie schärfen dadurch das Profil der OSZE und rückten den Vorsitz der Ukraine 2013 ins Licht der Öffentlichkeit. In einigen OSZE-Staaten führten die nationalen Parlamente offene Debatten über die Politik der OSZE.

KONFLIKTPRÄVENTION

Die Versammlung unterstützte aktiv die Ziele des irischen Vorsitzes betreffend Konfliktverhütung, Internetfreiheit und gute Regierungsführung. Mit Besuchen in Chişinău und Tiraspol unterstützte die parlamentarische Moldau-Gruppe die Regierungsseite der OSZE in den Verhandlungen über den Status Transnistriens. Die Gruppe förderte vertrauensbildende Maßnahmen, indem sie in enger Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Moldau die Kontakte zwischen den gesetzgebenden Versammlungen beider Seiten intensivierte.

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG UND INTERNETFREIHEIT

Im Zentrum der Herbsttagung der Versammlung in Albanien stand das Thema gute Regierungsführung, und die Sitzungen der Wirtschaftskonferenz in Georgien befassten sich mit der Frage, wie gute Regierungsführung und Zusammenarbeit die wirtschaftliche Entwicklung stimulieren können.

„Das verstärkte Engagement Kirgisistans in der Parlamentarischen Versammlung und die daraus entstandenen neuen Kontakte sind für unsere Demokratie in der instabilen Region Zentralasien von wesentlicher Bedeutung.“

Rosa Aknasarowa, PM, Kirgisistan

Die Versammlung erstellte auch einen Bericht und eine interaktive Landkarte mit der Bezeichnung sOCialSCapE, die soziale Medien und andere Fallstudien aus über 30 OSZE-Staaten einschließt und neue Methoden zur Verstärkung der Online-Einbindung der Zivilgesellschaft beleuchtet.

FLÜCHTLINGE

Die Versammlung verurteilte die Gewalt in Syrien; anschließend daran traf der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, Riccardo Migliori, den Außenminister der Türkei, Ahmet Davutoglu, in Ankara und besuchte ein syrisches Flüchtlingslager. Die Versammlung gab einen Sonderbericht zur Lage der syrischen Flüchtlinge in der OSZE-Region heraus, der politische Empfehlungen enthält, wie auf internationaler Ebene mehr Aufmerksamkeit für die humanitäre Krise erreicht werden kann.

ZUSAMMENARBEIT IM MITTELMEERRAUM

Durch die Abhaltung des Mittelmeerforums während der Jahrestagung und einen Vortrag des libyschen Außenministers verschaffte die Versammlung der OSZE- Partnerschaft im Mittelmeerraum größere Publizität. Die Delegierten erörterten eine mögliche Erweiterung der Mittelmeerpartnerschaft und wie man sich mit den Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum auseinandersetzen soll. Es wurde eine EntschlieÙung verabschiedet, in der die OSZE-Teilnehmerstaaten dazu aufgerufen wurden, den demokratischen Prozess in der Region mit allen Mitteln zu unterstützen.

DIE FELDOPERATIONEN

ÜBERBLICK ÜBER DIE LAUFENDEN FELDOPERATIONEN

Neben den politischen Gremien und ständigen Einrichtungen verfügt die OSZE über fünfzehn Feldoperationen in mehreren Teilnehmerstaaten, deren Aufgabenbereich sowohl Frühwarnung und Konfliktverhütung als auch Hilfestellung für Regierungen und Behörden umfasst. Die Feldoperationen der OSZE tragen zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse nach einem Konflikt bei und unterstützen demokratische Übergangsprozesse.

WIR SIND IN FOLGENDEN REGIONEN PRÄSENT:

Südosteuropa

Präsenz in Albanien

Mission in Bosnien und Herzegowina

Mission im Kosovo

Mission in Montenegro

Mission in Serbien

Mission in Skopje

Osteuropa

Mission in Moldau

Projektkoordinator in der Ukraine

Südkaucasus

Büro in Baku

Büro in Eriwan

Zentralasien

Zentrum in Aschgabat

Zentrum in Astana

Zentrum in Bischkek

Büro in Tadschikistan

Projektkoordinator in Usbekistan

FELDOPERATIONEN – SÜDOSTEUROPA

DIE PRÄSENZ IN ALBANIEN

Leiter der Präsenz: **Botschafter Eugen Wollfarth**

Haushalt: **3 169 600 EUR**

www.osce.org/albania

Projektbüros: 4

Vollzeitpersonal: 22 internationale und 68 örtliche Mitarbeiter

Die Präsenz in Albanien unterstützte die Stärkung der öffentlichen Institutionen des Landes und konzentrierte sich dabei insbesondere auf die Reform in den Bereichen Justiz, Rechtsetzung und Wahlen, den Aufbau parlamentarischer Kapazitäten, die Bekämpfung des Menschenhandels, Polizeiausbildung, Unbrauchbarmachung von Waffen und Munition, Good Governance und die Reform der Eigentumsrechte. Sie setzte sich für unabhängige Medien und die Stärkung gendergerechter und zivilgesellschaftlicher Strukturen ein. Besonders erwähnenswert sind die Abänderungen des Wahlgesetzes, die 2012 auf Grundlage von Empfehlungen des BDIMR/ der OSZE verabschiedet wurden. Als Hilfestellung für die Entscheidungsträger bei der Ausarbeitung der einschlägigen Rechtsvorschriften unterstützte die Präsenz entschlossen den Konsultationsprozess rund um die Wahlreform durch Beratung und die Abhaltung von Diskussionsveranstaltungen für Parlamentarier und Experten, bei denen technische Aspekte der Reform, wie neue Methoden der Stimmabgabe, erörtert wurden.

DAS WICHTIGSTE

förderte Änderungen des Wahlgesetzes

war bei der sicheren Entsorgung von 22 000 t überschüssiger Munition behilflich

absolvierte ein Fünfjahresprogramm für zivile Prozessbeobachtung

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

STÄRKUNG DES POLIZEIDIENSTES

Die Präsenz organisierte Polizei-Fachkurse für interne Ermittlung und Methoden der verdeckten Polizeiarbeit sowie zu Themen wie Internetkriminalität und IT-Forensik. Darüber hinaus war sie bei der Entwicklung von Fortbildungen zu Gleichheit und Diversität im staatlichen Polizeidienst behilflich. Eine im Anschluss an einen Kurs auf strategischer Ebene für Beamte des höheren Polizeidienstes durchgeführte Fortbildung für eine Gruppe von Polizeiausbildern erhöhte die Nachhaltigkeit und sorgte dafür, dass das Thema Diversität in die einschlägigen Lehrpläne Eingang findet.

VERBESSERUNG DES GRENZMANAGEMENTS

Im Wissen, wie wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Auseinandersetzung mit transnationalen Bedrohungen ist, konzentrierte sich die Präsenz auf den Abbau der Hindernisse für die regionale Zusammenarbeit. Die Eröffnung des ersten gemeinsamen Zentrums für den Austausch von Informationen zwischen Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ist ein entscheidender Schritt auf diesem Weg. Das

Angebot an Fachausbildungen wie etwa Sprachkurse sorgt dafür, dass die Wirkung des Zentrums durch die Teilnahme von Polizeibeamten beiderseits der Grenze maximiert wird.

ABSCHLUSS DER VERNICHTUNG ÜBERSCHÜSSIGER MUNITION

Mit ihrer substanziellen Hilfestellung für die sichere Entsorgung von gefährlichen chemischen Abfällen und 22 000 t überschüssiger Munition sorgte die Präsenz dafür, dass Albanien den vorgesehenen Fahrplan für die Unbrauchbarmachung von Munition bis Mitte 2013 einhält.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

UNTERSTÜTZUNG DER DEZENTRALISIERUNG

Im Zuge eines Pilotprojekts unterstützte die Präsenz mehrere Dienststellen der örtlichen Verwaltung bei der Erstellung eines umfassenden Strategieentwicklungsplans, der die nachhaltige Entwicklung in der Region fördern und die Grundlage für leistungsfähigere dezentralisierte öffentliche Dienste schaffen soll. Dieser kommunal ausgerichtete Planungsprozess hat für mehr Transparenz und eine bessere Einbindung der Bürger in die Beschlussfassung örtlicher Verwaltungsbehörden gesorgt und eine Effizienzsteigerung der örtlichen Regierungsstellen bewirkt.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

In Zusammenarbeit mit der obersten Aufsichtsbehörde für die Erklärung und Prüfung von Vermögenswerten (HIDAA) vermittelte die Präsenz in Fortbildungskursen öffentlichen und gewählten Amtsträger berufliches Ethos und Bewusstsein für Interessenskonflikte und Korruption. Darüber hinaus unterstützten wir die HIDAA bei ihren Bemühungen um die Vermeidung von Interessenskonflikten in der öffentlichen Verwaltung und bei der Untersuchung von Korruptionsfällen.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Die Präsenz erstellte mehrsprachige Merkblätter zu den Themen Migrantenrechte und Bekämpfung des Menschenhandels, die an den Grenzübergängen verteilt wurden, und trug durch die Ermöglichung einer Rechtsberatung für illegale Migranten und die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen für Opfer des Menschenhandels zum Schutz der Menschenrechte dieser gefährdeten Personengruppen bei.

FÖRDERUNG EINES BESSEREN UMWELTMANAGEMENTS

Die Präsenz half der Regierung, den internationalen Verpflichtungen zur Einbindung der Bevölkerung in die Umweltplanung nachzukommen, und unterstützte Bemühungen zur Förderung der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der sozialen Verantwortung von Unternehmen in der Rohstoffindustrie.

UNTERSTÜTZUNG DER REFORM DER EIGENTUMSRECHTE

In Zusammenarbeit mit zentralen und lokalen Regierungsbehörden setzte sich die Präsenz für größere Transparenz bei der Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen betreffend die Eintragung von Grundbesitz ein. Indem sie den zuständigen Behörden die Daten samt den gesetzlich erforderlichen Unterlagen für die Eintragung von über 75 000 Grundstücken zugänglich machte, trug sie zur Verringerung der Streitigkeiten und zum Abbau von Bestechungspotenzial bei.

MENSCHLICHE DIMENSION

FÖRDERUNG DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Präsenz schloss ein Prozessbeobachtungsprogramm ab, das der Ermittlung verbesserungswürdiger Bereiche in Zivilverfahren diente. Auf Grundlage der Ergebnisse werden konkrete, umsetzbare Empfehlungen zur Verbesserung von Effizienz und Effektivität der Rechtsprechung erstellt. Sie unterstützte auch den Ausbau der Streitbeilegung in Verwaltungsverfahren, insbesondere durch die Erstellung der allerersten Erhebung der dafür infrage kommenden staatlichen Stellen. So gut wie alle Stellungnahmen der Präsenz wurden in das Gesetz über die Schaffung von Verwaltungsgerichten von 2012 übernommen.

Im Mai unterstützten wir die Veröffentlichung der Berichte der Kommission für den öffentlichen Dienst über die Umsetzung der Rechtsvorschriften für den öffentlichen Dienst, für die sie 22 staatliche Einrichtungen inspiziert hatte. Der Bericht ging im Juni zahlreichen Stellen zu. Zwischen Januar und Juni 2012 wurden der Kommission von Staatsbediensteten 98 Fälle zur Kenntnis gebracht, in denen diese Vorschriften nicht eingehalten wurden. Von Juli bis November 2012 wurden 35 Fälle gemeldet, also nur ein Drittel der in der ersten Jahreshälfte eingegangenen Anzeigen. Die Bekanntmachung der Arbeit der Kommission in den staatlichen Institutionen trug somit zur strengeren Einhaltung der einschlägigen Vorschriften bei.

ERLEICHTERUNG DER WAHLREFORM

Abgesehen von ihrem Eintreten für Abänderungen zum Wahlgesetz unterstützte die Präsenz die Bemühungen der Zentralen Wahlkommission und der in den Wahlprozess eingebunden Vertreter der Zivilgesellschaft um eine vollständige Umsetzung des neuen Wahlgesetzes.

UNTERSTÜTZUNG DES PARLAMENTS

Durch ihren Einsatz für größere Transparenz, Rechenschaftspflicht und Repräsentativität trug die Präsenz zur Stärkung der Volksversammlung bei. Sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene sorgte die Präsenz dafür, dass sich Parlamentarier, Parlamentspersonal und Experten bei eingehenden Diskussionen und Fortbildungsveranstaltungen mit Themen wie dem Ethos der Parlamentarier bis hin zur Modernisierung der Personalverwaltung auseinandersetzten. Im Hinblick auf die verstärkte Einbindung der Bürger in den Gesetzgebungsprozess nahm sich die Präsenz 2012 besonders der Förderung besserer Beziehungen zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern an.

ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT UND GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Die Stärkung der Rolle der Frau in Öffentlichkeit und Politik war der Präsenz ein ganz besonderes Anliegen, ebenso wie die Ausbildung von Frauen zu Beraterinnen, die Frauen im ganzen Land dazu ermuntern sollen, vor Behörden der lokalen Selbstverwaltung mit mehr Nachdruck aufzutreten. Mit unseren Aktivitäten zur Entwicklung der Zivilgesellschaft wollten wir die Bevölkerung auf lokaler Ebene stärker einbinden, um so die althergebrachte Abneigung gegen eine Teilhabe am öffentlichen Leben zu überwinden und Bürgerinitiativen an der Basis zu fördern.

AUSBILDUNGSAKTIVITÄTEN IN ALBANIEN 2012

THEMA:	ANZAHL DER TEILNEHMER:
Umwelt	250
Good Governance	213
Justizreform	138
Bekämpfung des Menschenhandels	125
Grenzkontrolle	79
Gender	75
Polizeireform	73
Reform der Eigentumsrechte	27
Medien	20
Menschenrechte	20
Unterstützung auf Gemeindeebene	15
Bodennutzung	12

FELDOPERATIONEN – SÜDOSTEUROPA

DIE MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Leiter der Mission: **Botschafter Fletcher M. Burton**

Haushalt: **14 492 700 EUR**

www.oscebih.org

Feldmissionen: 14

Vollzeitpersonal: 74 internationale und 436 örtliche Mitarbeiter

Die Mission trat für Erneuerung ein, um den Bedürfnissen der Akteure und den Anforderungen besser gerecht zu werden. Sie verstärkte positive Entwicklungen im Zuge der Regierungsumbildung und des Umschwenkens der internationalen Staatengemeinschaft auf die Förderung des EU-Beitritts, ein Weg, auf dem die Region wichtige Etappen zurücklegte. Mit der Konfliktlösung griff die Mission eine der Hauptprioritäten des irischen Amtierenden Vorsitzes auf und nahm in drei Außenstellen ein Pilotprojekt auf, was sich in Srebrenica als außerordentlich zweckmäßig erwies. Zur Förderung der Umwelt-Agenda eröffnete die Mission in Zusammenarbeit mit den Behörden in Sarajewo das erste Arhus-Zentrum. Um die Durchführung der beiden Durchgänge der serbischen Präsidentenwahlen im Kosovo zu ermöglichen, mobilisierte die Mission 150 Mitarbeiter. In den Bereichen Justiz, Bildung und Parlamente setzten wir uns mit unserer Arbeit für eine weitere Stärkung der Zivilgesellschaft ein. Und schließlich entwickelte die Mission eine völlig neue Methode für Haushalts-einsparungen und den Abbau von Personal, nicht ohne Kollegen auf der Suche nach einem anderen Arbeitsplatz außerhalb der Mission einfühlsame Unterstützung zuteilwerden zu lassen.

DAS WICHTIGSTE

Aufnahme von drei Pilotprojekten zum Konfliktzyklus

Einrichtung des ersten Aarhus-Zentrums in Bosnien und Herzegowina

Beobachtung von 200 Kriegsverbrecherprozessen

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

GRENZMANAGEMENT

Die Mission unterstützte neue Initiativen betreffend die Rolle der Krisenreaktion im Rahmen der Sicherheitspolitik des Landes. Die Veranstaltung eines Regionalforums für umfassendes Grenzmanagement gab Bosnien und Herzegowina die Möglichkeit an einem Dialog über Grenzfragen teilzunehmen, die angesichts des bevorstehenden EU-Beitritts von Kroatien von besonderer Brisanz sind.

RÜSTUNGSKONTROLLE

Um die ordnungsgemäße Verwaltung der im Land vorhandenen Lagerbestände an Waffen, Munition und Sprengstoffen zu fördern, unterstützte die Mission nationale und regionale Rüstungskontrollvorhaben, die in Zukunft auch die Vernichtung überschüssiger Bestände umfassen soll. In Abstimmung mit dem Verteidigungsministerium und den Streitkräften von

Bosnien und Herzegowina arbeitete die Mission Projekte zur Verbesserung der Sicherheit und des Schutzes von Lagerstätten aus.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

Im Rahmen der neuen Umwelt- und Sicherheitsinitiative ENVSEC konnte die Mission das erste Aarhus-Zentrum in BiH seiner Bestimmung übergeben. Das Zentrum entstand in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung von Sarajewo und wird von ehrenamtlichen Mitarbeitern geführt und von der Zivilgesellschaft unterstützt. Das Zentrum veranstaltet nicht nur Seminare für Medien und Beamte der kommunalen Verwaltung, sondern beherbergt auch die erste Rechtsberatung für Umweltrecht, die es gemeinsam mit dem rechtswissenschaftlichen Institut von BiH betreibt. Zum Thema Aarhus-Konvention veröffentlichte die Mission auch ein Handbuch und stellte eine Webseite ins Netz. www.aarhus.ba

DAS AARHUS-KONZEPT:

Zugang zu Informationen



Öffentlichkeitsbeteiligung

Zugang zu den Gerichten

Mit den rund 200 Fortbildungskursen, die die Mission 2012 für alle vierzehn Außenstellen organisierte, erreichte sie über 4 000 Teilnehmer, darunter Regierungsbeamte und öffentliche Bedienstete, Lehrer und zivilgesellschaftliche Organisationen, von denen etwa 55 Prozent Frauen waren

Für rund 200 Richter, Staatsanwälte und Mitarbeiter der Volksanwaltschaft hielt die Mission Einführungsveranstaltungen für neue Rechtsvorschriften und einschlägige internationale Kriterien. Als weitere Themen wurden Menschenhandel und Hassverbrechen, Gewalt in der Familie und Jugendgerichtsbarkeit.

MENSCHLICHE DIMENSION

REFORM DES JUSTIZWESENS

Dem Justizministerium erteilte die Mission Empfehlungen zu Themen wie Zeugenschutz und Zivilprozessordnung. Zum Thema Zugang der Opfer zu den Gerichten hielten wir in Srebrenica eine Outreach-Veranstaltung für die an Rechtsverfahren beteiligten Akteure und Kriegsoffer ab. Ferner veröffentlichte die Mission Daten zu Hassverbrechen und zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, die sie im Zuge ihrer Prozessbeobachtung gesammelt hatte, einschließlich von Empfehlungen für angemessenere Gegenmaßnahmen.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Mit Rat und Tat unterstützte die Mission die örtlichen Behörden bei der Erstellung der staatlichen Strategie und des Aktionsplans für die Bekämpfung des Menschenhandels für den

Zeitraum 2012 – 2015 sowie bei der Ausarbeitung von Änderungsentwürfen für alle vier Strafgesetzbücher.

MENSCHENRECHTE

Empfehlungen der Mission führten dazu, dass ein neues Sozialversicherungsgesetz und ein Gesetz betreffend offene Verbindlichkeiten und Schulden verabschiedet wurden. Durch die beiden Gesetze wurde der Soziale Schutz anhand internationaler Menschenrechtsstandards verbessert. Dem Einsatz der Mission sind die Schließung von vier Sammellagern und das Zustandekommen dauerhafter Alternativlösungen für Binnenvertriebene zu verdanken.

PARLAMENTS-AUFSICHT/UNTERSTÜTZUNG

Zur Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung und der Verstärkung ihrer Aufsicht über die Verteidigungs-, Sicherheits- und nachrichtendienstlichen Behörden veranstaltete die Mission internationale Konferenzen, Besuchsreisen und Seminare.

Die Mission erweiterte ihre Parlamentsunterstützung durch technische Hilfestellung für die Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den vier parlamentarischen Versammlungen auf die Nationalversammlung der Republika Srpska, das Parlament der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie die Versammlung des Distrikts Brčko aus.

BÜRGERBETEILIGUNG

Die Mission sorgte für die Verbindung zwischen den 163 zivilgesellschaftlichen Organisationen, als diese in 35 Kontroll-Koalitionen Aktionen zur Verbesserung der Dienstleistungen für ihre Gemeinschaften durchführten. Zur Verstärkung der Bürgerbeteiligung diente das Projekt „Bürgerakademie“, in dessen Rahmen die Mission 176 Vorträge örtlicher Behörden aus 23 Gemeinden organisierte, die über 1 000 Bürgern die Funktionsweise örtlicher Selbstverwaltung erklärten.

Im Zuge ihres Projekts betreffend Frauen bei Lokalwahlen war die Mission Mitveranstalter von 40 Workshops und Diskussionsveranstaltungen auf Ebene der Gemeinschaften. Die Parteigremien von 58 in Gemeinden vertretenen Parteien verpflichteten sich schriftlich zur Frauenförderung, sodass das Projekt letztlich bewirkte, dass bei den zehn kommunalen Wahlgängen mehr Frauen gewählt wurden.

BILDUNGSWESEN

Die Mission war den Bildungseinrichtungen des herzegowinischen Kantons Neretva bei der kantonweiten Einführung eines Programms zur Gewaltverhütung und eines Verzeichnisses von Integrationsmethoden behilflich. Darüber hinaus machte sich die Mission auch in diesem Jahr zum Anwalt für die Aufnahme alternativer Themen in den Religionsunterricht und hielt Fortbildungskurse für 160 Lehrer. 250 Schuldirektoren erteilte die Mission eine Einführung in die Finanz- und Personalverwaltung an Schulen und 150 Lehrer wurden in Methoden des aktiven Lernens/Unterrichtens unterwiesen, mit dem Ziel, die Einführung des EU-Rahmens für pädagogische Schlüsselkompetenzen zu unterstützen.

FELDOPERATIONEN – SÜDOSTEUROPA

DIE MISSION IM KOSOVO

Leiter der Mission: **Botschafter Jean-Claude Schlumberger**

Haushalt: **21 862 400 EUR**

www.osce.org/kosovo

Regionalzentren: 5

Vollzeitpersonal: 180 internationale und 490 örtliche Mitarbeiter

2012 setzte sich die Mission mit ihrer Arbeit für die Förderung der Menschenrechte und der Rechte der Gemeinschaften sowie von Good Governance im Kosovo¹ ein.

DAS WICHTIGSTE

Ergebnisse der Missionsarbeit:

Rechenschaftspflicht der Polizei

Schaffung sieben neuer örtlicher Ausschüsse für öffentliche Sicherheit in Dörfern mit ethnisch gemischter Bevölkerung

Ausbildungsmaßnahmen für die Bekämpfung von Hassverbrechen für 342 Polizeibeamte, 200 Rechtsanwälte und 9 NGOs

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

POLIZEIREFORM

Um die kosovarische Polizei in ihrer Fähigkeit zur Prävention und Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus zu stärken und sie in der Öffentlichkeit deutlicher als Partner zu positionieren, stellte die Mission spezialisierte Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen bereit. Zur Unterstützung der laufenden beruflichen Weiterentwicklung der kosovarischen Polizei führte die Mission Train-the-trainer-Programme für alle Führungsebenen durch.

Dank dieser Erweiterung ihres Sach- und Fachwissens gelang es der kosovarischen Polizei, mehr als 30 kriminelle Netzwerke zu zerschlagen und im Vergleich zu 2011 die doppelte Menge von Drogen zu beschlagnahmen.

Bei der Verbesserung der polizeilichen Rechenschaftspflicht vollendete die Mission im Oktober eine wichtige Etappe. Nach sechs Jahren OSZE-Unterstützung, die neben der Überprüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen auch Aus- und Fortbildung, Coaching und die Beratung der Mitarbeiter des kosovarischen Polizeiinspektorats umfasste, ist das Inspektorat heute ein professionelles und bestandfähiges Aufsichtsorgan, das ohne direkte Hilfe durch die Mission seinen Aufgaben nachkommt. Die Mission stellte daher ihr Programm zur Unterstützung der Institution ein.

1 Alle Erwähnungen kosovarischer Institutionen und ihrer Leiter beziehen sich auf die Vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen.

„Schon kurz nach der Einsetzung des Ausschusses zeichneten sich bereits erste Ergebnisse ab – vor allem mehr Freizügigkeit und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in allen Dörfern!“

Mirko Popović, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses in Priluzje/Prelluzhë

Zur Verstärkung der Partnerschaft zwischen Polizei und Öffentlichkeit und zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Volksgruppen und deren Sicherheit vor Ort förderte die Mission die Schaffung von sieben neuen örtlichen Ausschüssen für öffentliche Sicherheit in ethnisch gemischten Dörfern sowie in Dörfern mit kosovarisch-serbischer Bevölkerungsmehrheit; sie sorgte auch für eine entsprechende Schulung der Ausschussmitglieder. Dank dieser Aktion gibt es nun insgesamt 33 derartige Ausschüsse.

MENSCHLICHE DIMENSION

RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Bemühungen der Mission um die Förderung der Menschenrechte und die Verbesserung der Abläufe in der Justiz zeitigten auch in diesem Jahr erkennbare Resultate, wie etwa in Fällen häuslicher Gewalt. Der kosovarische Justizrat folgte einer Empfehlung der Mission – an die Amtsgerichte, bei ihren Entscheidungen über Anträge auf Schutzanordnung in akuten Fällen häuslicher Gewalt unbedingt die 24-Stunden-Frist einzuhalten – und sorgte per Anweisung seines Vorsitzenden dafür, dass die Gerichte die gesetzten Fristen strikter einhalten.

In den von ihrem Mandat erfassten Bereichen identifizierte und empfahl die Mission weiterhin Maßnahmen zur verstärkten Angleichung der Rechtsvorschriften an die internationalen Menschenrechte und an rechtsstaatliche Normen. So setzte sich die Mission etwa erfolgreich dafür ein, dass Hassverbrechen als Straftatbestand in das neue Strafgesetzbuch aufgenommen wurden, Bestimmungen, die die Medienfreiheit gefährden, hingegen keinen Eingang fanden.

DIALOG UND TOLERANZ ZWISCHEN DEN VOLKSGRUPPEN

Die Mission organisierte und unterstützte verschiedene Aktivitäten für junge Menschen, die das Verständnis der Volksgruppen füreinander und Toleranz gegenüber der anderen Kultur und Sprache fördern sollten. Sie organisierte unter anderem einen Besuch beim Patriarchat der serbisch-orthodoxen Kirche in Peć, ein archäologisches Sommerlager für Jugendliche aus den verschiedenen Volksgruppen sowie ein Rockkonzert mit Musikgruppen aus der ganzen Region für rund 2 500 Jugendliche aus den verschiedenen Gemeinschaften des Kosovo.

SPRACHENRECHTE

Unterstützt vom Hohen Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE spielte die Mission eine maßgebliche Rolle bei der Schaffung des Büros des Sprachenkommissars, dessen Aufgabe der Schutz der Sprachenrechte und die Bearbeitung von Beschwerden ist. Dank des Lobbyings der OSZE wurde auch eine gesetzliche Bestimmung aufgehoben, die eine Beschränkung der in Ausweisdokumenten zulässigen Schriften bedeutet. Seither haben Angehörige aller Volksgruppen im Kosovo das Recht, dass ihr Name in ihren Ausweispapieren im Alphabet ihrer Sprache geschrieben wird.

PARLAMENT, AUFSICHTS UND ANDERE UNABHÄNGIGE INSTITUTIONEN

Mit einem Online-Tool und einem ausführlichen Leitfaden für zivilgesellschaftliche Partizipation unterstützte die Mission das kosovarische Parlament bei der Verstärkung der Kontrolle der Regierung und ermutigte zu einer verstärkten Einbindung der Zivilgesellschaft. Dem parteiübergreifenden Frauenausschuss der Versammlung war die Mission dabei behilflich, engere Kontakte zu ihren Wählern herzustellen. So wirkte sie etwa an der Durchführung einer öffentlichen Spendenkampagne zur Finanzierung eines Mammografie-Gerätes für die Brustkrebs-Früherkennung mit.

Die Förderung der Mission erstreckte sich auch auf die Stärkung der Kontrollfunktion von Aufsichts- und anderen unabhängigen Einrichtungen wie der Volksanwaltschaft des Kosovo. Nach einer ebenfalls von der OSZE unterstützten internen Umstrukturierung der Institution nahm die Anzahl der gelösten Fälle um 15 Prozent zu.

LOKALE SELBSTVERWALTUNG

Hier leistete die Mission Hilfestellung bei der verstärkten Einbindung der Öffentlichkeit in kommunale Entscheidungsprozesse wie etwa die Haushaltsplanung. Die Gemeinden gaben sich in der Folge größere Mühe, in ländlichen Gebieten öffentliche Anhörungen und Sitzungen abzuhalten und zu fördern, wodurch sich die Zahl der Haushaltsdebatten gegenüber 2011 um 70 Prozent erhöhte. Das besondere Augenmerk galt der Beteiligung von Frauen und einer genderbewussten Haushaltplanung.

230 Anrufe gingen in den ersten drei Wochen nach der Einrichtung des von der Mission finanzierten Notrufs gegen Menschenhandel und häusliche Gewalt ein.

WAHLEN

In den letzten vier Jahren konnte die Zentrale Wahlkommission (CEC) mithilfe der technischen Unterstützung und des Ausbildungsangebots der Mission eigenes praktisches Know-how aufbauen und sich damit nach und nach von der Unterstützung durch die Mission unabhängig machen.

Die Mission stellte dem CEC technische, nicht die Führung der Geschäfte betreffende Beratung zur Verfügung und unterstützte wie bisher eine Arbeitsgruppe, die technische Empfehlungen für die mit der Wahlreform betrauten Parlamentarierausschüsse erarbeitete.

IM FOKUS

WIE MAN IN FÜNF TAGEN EINE WAHL ORGANISIERT

Im ganzen Schulgebäude in Donja Gušterica/Gushtericë e Ulët, einem Dorf im Zentral-Kosovo, roch es nach der frischen Druckerschwärze der OSZE-Plakate, denen die Wählerinformationen zu entnehmen waren. Die Wahlberechtigten sammelten sich vor den Plakaten, um ihr Wahllokal zu finden, in dem sie dann ihren Stimmzettel in die Urnen warfen.

Eine auf den ersten Blick triviale Aktion, die damals allerdings einem kleinen Wunder gleichkam. Erst fünf Tage vorher hatte sich herauskristallisiert, dass die im Kosovo lebenden serbischen Wahlberechtigten für die serbischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen die Möglichkeit zur Teilnahme an den Wahlen erhalten würden.

Dass der Urnengang im Kosovo dann tatsächlich zustande kam, war langwierigen Konsultationen unter der Leitung des Amtierenden Vorsitzenden und stellvertretenden irischen Premierministers Eamon Gilmore und des Generalsekretärs der OSZE, Lamberto Zannier, zu verdanken. In einem seltenen Fall von Einmütigkeit hatten sich die verschiedenen Akteure, zu denen die OSZE jahrelang Vertrauen aufgebaut hatte, darauf verständigt.

Dann war es an der OSZE-Mission im Kosovo, den eigentlichen Urnengang zu organisieren. Mehr als 200 Mitarbeiter der Mission und anderer OSZE-Missionen waren gemeinsam mit 300 Ortskräften rund um die Uhr im Einsatz, um die logistischen Herausforderungen zu bewältigen, wie etwa den sicheren Transport des gesamten Wahlmaterials – Wählerlisten, Stimmzettel, Wahlurnen –, und parallel dazu eine Informationskampagne für die Wähler durchzuführen, die Wahllokale aufzubauen und zu besetzen und schließlich das Material zur Auszählung der Stimmen an die Wahlkommission der Republik Serbien zurückzuschicken.

Doch das Wagnis gelang: Am 6. Mai öffneten 90 Wahllokale zeitgerecht ihre Pforten, sodass rund 110 000 Wahlberechtigte von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen konnten. Zwei Wochen später wurde die Übung für den zweiten Durchgang der serbischen Präsidentschaftswahlen erfolgreich wiederholt. Da war das Ganze nur mehr ein Kinderspiel.

FELDOPERATIONEN – SÜDOSTEUROPA

DIE MISSION IN MONTENEGRO

Leiter der Mission: **Botschafter Lubomir Kopaj**

Haushalt: **2 297 800 EUR**

www.osce.org/montenegro

Vollzeitpersonal: 12 internationale und 32 örtliche Mitarbeiter

Die Mission unterstützte Montenegro bei der Weiterentwicklung seiner Reformen und der Stärkung der Leistungsfähigkeit seiner Institutionen. Im Zuge dessen leistete sie Hilfestellung bei der durchgreifenden Umsetzung der neuen Strafprozessordnung, der dritten Phase des Prozessbeobachtungsprojekts, der Strategie zur Bekämpfung der Korruption und organisierten Kriminalität und dem Ehrenkodex für kommunale Amtsträger. Mit besonderem Nachdruck setzte sich die Mission für die Durchsetzung des Gesetzes über den freien Informationszugang ein. Zur Förderung der Zusammenarbeit in der Region war die Mission der Regierung bei der Erstellung einer Grenzmanagement-Strategie für den Zeitraum bis 2016 behilflich.

DAS WICHTIGSTE

Hilfestellung bei der Reform des Justizwesens

Ausbildung von 100 Teilnehmern in der Erstellung von Umweltverträglichkeitsprüfungen

Ausarbeitung des Gesetzes über freien Informationszugang und dessen Durchsetzung

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

UNBRAUCHBARMACHUNG UND SICHERE LAGERUNG VON WAFFEN

In diesem Jahr wurden rund 600 t instabiler Munition vernichtet, insgesamt also 1 300 t seit Aufnahme des Programms im Jahr 2007, was die von überschüssigen Beständen an Waffen und konventioneller Munition ausgehende Gefahr für die Bevölkerung entsprechend verringerte. Diese Arbeit ist Teil eines laufenden Projekts, das von OSZE, UNDP und der Regierung gemeinsam durchgeführt wird.

Die Mission führte Fachausbildungen für die wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Verbesserung der Grenzüberwachung durch. Darüber hinaus stärkte sie die Fähigkeit der Polizei zur Ermittlung gegen Wirtschaftskriminalität und förderte die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Als das Projekt für bürgernahe Polizeiarbeit ausreichend gefestigt war, übergab die Mission seine Leitung an die Polizeidirektion. Sie leistete Polizeidirektion und Polizeiakademie Hilfestellung bei der Weiterentwicklung der polizeilichen Ausbildung.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

AUFKLÄRUNGSARBEIT

Die Mission veranstaltete eine Reihe von Fortbildungskursen, bei denen über 100 Teilnehmer lernten, wie man strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen erstellt. Der von der Mission betreute Lehrgang für Umweltaktivismus bot theoretischen Unterricht und praktische Übungen für Mitarbeiter politischer Parteien und von Medien.

MENSCHLICHE DIMENSION

GOOD GOVERNANCE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Zur Verbesserung der guten Regierungsführung veranstaltete die Mission Schulungen für kommunale Ethikausschüsse und half den Kommunen bei der Entwicklung von Aktionsplänen zur Bekämpfung von Korruption auf lokaler Ebene.

Das besondere Augenmerk der Mission galt der Gleichstellung der Geschlechter durch eine entsprechende Schulung politischer Parteien, die zu einer Erhöhung des Frauenanteils in der Politik führen sollte, sowie durch die Entwicklung und Förderung von örtlichen Gender-Aktionsplänen sowie eines umfassenden Projekts gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Die Mission organisierte sieben Besuche im Kosovo¹ für Binnenvertriebenen, um diesen bei der Beschaffung der für den dauerhaften Aufenthalt in Montenegro notwendigen Dokumente zu helfen, und entwickelte darüber hinaus Pläne für die Integration der Roma, die 2013 umgesetzt werden sollen.

Auf Ersuchen des Gastlandes sorgte die Mission für ein Rechtsgutachten zur Stärkung der Kapazitäten des Verfassungsgerichtshofs in Menschenrechtsangelegenheiten. Sie war auch der Volksanwaltschaft dabei behilflich, sich zu einem leistungsfähigeren Nationalen Präventions- und Antidiskriminierungsmechanismus zu entwickeln. Dem Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte leisteten wir Hilfestellung bei der korrekten Umsetzung des gesetzlichen Diskriminierungsverbots.

Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit konnten dank der Hilfestellung durch die Mission die Zugänglichkeit, Leistungsfähigkeit und Unabhängigkeit der Justiz erhöht werden, während die Fortsetzung ihres Prozessbeobachtungsprojekts eine weitere Verbesserung bei den Gerichtsverfahren bewirkte. Für die Reform der Strafrechtspflege spielte die Unterstützung der Mission bei der Umsetzung der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuchs eine maßgebliche Rolle und die Mission verließ den Bemühungen des Gastlandes zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität durch ihre Aktivitäten zur Förderung von institutionellem Know-how und institutioneller Zusammenarbeit größere Durchschlagskraft.

Um bessere Bedingungen für Medien und eine offenerere Gesellschaft zu schaffen, war die Mission der Regierung bei der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über den freien Informationszugang behilflich; das montenegrinische Radio und Fernsehen unterstützte sie auf dem Weg zu einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt.

1 Alle Erwähnungen des Kosovo, seines Territoriums, seiner Institutionen oder seiner Bevölkerung sind im Sinne der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.

Eine besonders wichtige Vermittlerrolle spielte die Mission bei der Wiederherstellung von Selbstregulierungsmechanismen für Medienorganisationen. Angehende Journalisten und Journalismus-Studenten machte sie mit vorbildlichen Methoden vertraut. Eine von der Mission initiierte Bürgerbefragung lieferte wertvolle Erkenntnisse über die Medienfreiheit in Montenegro.

FELDOPERATIONEN – SÜDOSTEUROPA

DIE MISSION IN SERBIEN

Leiter der Mission: **Botschafter Peter Burkhard**

Haushalt: **7 268 500 EUR**

www.osce.org/serbia

Anzahl der Außenstellen: 1

Anzahl der Ausbildungszentren: 2

Vollzeitmitarbeiter: 36 internationale und 126 örtliche Mitarbeiter

Mit Unterstützung der Mission machten die Behörden und die Zivilgesellschaft in Serbien in vielen Bereichen des Missionsmandats wesentliche Fortschritte. Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten lag auf der Förderung von Strategien zum Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte, dem Aufbau rechenschaftspflichtiger und leistungsfähiger demokratischer Institutionen und der Verwirklichung und Unterstützung der Medienfreiheit. Besonders erwähnenswert ist die enge Zusammenarbeit der Mission mit den politischen Parteien und den Medien in Südwestserbien im Vorfeld der Kommunal- und Parlamentswahlen, die dazu beitrug, dass der demokratische Prozess ruhig und geordnet verlief. In Südserbien setzte die Mission ihre Unterstützung für die multiethnische Verwaltung fort, die ethnische Albaner und Serben in Bujanovac gemeinsam wahrnehmen, und förderte wieder die Arbeit des albanischen Nationalen Minderheitenrats und des multiethnischen Wirtschaftsministeriums.

DAS WICHTIGSTE

Förderung einer Strategie für bürgernahe Polizeiarbeit

Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Unterstützung für eine nationale Medienstrategie

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

POLIZEIREFORM/KONFLIKTVERHÜTUNG UND KONFLIKTLÖSUNG

Im Mittelpunkt der Bemühungen der Mission stand in diesem Jahr die Verstärkung der bürgernahen Polizeiarbeit und der Rechenschaftspflicht. Mit Unterstützung der Mission entwickelte das Innenministerium eine nationale Strategie für bürgernahe Polizeiarbeit, die die Polizei dazu ermutigt, ihre Partnerschaft mit der Öffentlichkeit zu intensivieren und mit den Gemeinschaften, insbesondere in Minderheitengemeinden, enger zusammenzuarbeiten. Ferner begannen wir mit einer Fortbildungsreihe für Polizeisprecher und Polizeibeamte, die für die Verbindung zu den Gemeinschaften zuständig sind, bei der die Teilnehmer Aktionspläne zur Kriminalitätsbekämpfung in ihren jeweiligen Gemeinschaften entwickelten. Sachverständige der OSZE rieten zur Ausarbeitung einer verbindlichen Haftordnung, die einerseits das Arbeitsumfeld für Polizeibeamte sicherer macht und andererseits die Einhaltung der Menschenrechte von Häftlingen verbessert. Im Auftrag der Mission wurden alljährlich Erhebungen durchgeführt, aus

denen hervorgeht, dass das Vertrauen in die Polizei seit 2008 kontinuierlich zugenommen hat und sie zu jenen staatlichen Institutionen zählt, in die die Bevölkerung das größte Vertrauen hat.

MENSCHLICHE DIMENSION

MINDERHEITENRECHTE

Die Mission förderte die Nichtdiskriminierung und Integration der nationalen Minderheiten in Serbien. In Zusammenarbeit mit der Richterakademie und dem Gleichstellungskommissar unterstützten wir die Ausarbeitung eines Handbuchs für Antidiskriminierungsgesetze und von Lehrplänen für die Ausbildung von Richtern, die mit Ordnungswidrigkeitsverfahren befasst sind.

Für die Leiter kommunaler Jugendbüros organisierten wir eine landesweite Fortbildung für Behandlung von Beschwerden wegen Diskriminierung und für die Förderung der Chancengleichheit in ihren Gemeinden.

„Ich habe gelernt, wie vielfältig unsere Jugend ist und wie wir die örtlichen Jugendbüros inklusiver und offener gestalten können“.

Ein örtlicher Jugendkoordinator und Kursteilnehmer

Zur Unterstützung der Integration der Minderheiten im Land half die Mission dem Innenministerium, in direkten Kontakt zu den Minderheiten zu treten und durch Besuche in seinem Zentrum für polizeiliche Grundausbildung Angehörige nationaler Minderheiten zum Eintritt in den Polizeidienst zu ermutigen. In diesem Jahr übergab die Mission ihr Programm, das es Jugendliche aus Minderheiten ermöglicht, Praktika in staatlichen Institutionen zu absolvieren, an die serbischen Behörden – und unterstützte damit das langfristige Ziel der Regierung, die Minderheiten verstärkt in den öffentlichen Dienst einzubinden.

UNTERSTÜTZUNG DES PARLAMENTS

Die Mission schulte Abgeordnete und Mitarbeiter der Nationalversammlung der Republik Serbien in der Anwendung des neuen eParlament-Systems. Das System wurde mit unserer Hilfe entwickelt und ermöglicht Parlamentariern gleichberechtigten und raschen Zugriff auf Gesetzestexte. Wenn das System Anfang nächsten Jahres voll funktionsfähig ist, wird die Öffentlichkeit die Arbeit der Abgeordneten und Ausschüsse online verfolgen können, wodurch die Transparenz des Parlaments und das Vertrauen zwischen den Bürgern und ihren gewählten Vertretern gestärkt wird.

GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Die Mission richtete ein Sommerkurs-Programm für Frauen aus den Nationalen Minderheitenräten ein, die dort eine Einführung in die Geschlechtergleichstellung und deren Bedeutung für ihre Arbeit in Minderheitengemeinden erhalten.

In Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission im Kosovo wurden darüber hinaus informelle Gespräche zwischen Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und weiblichen Parlamentsabgeordneten aus Belgrad und Priština ins Leben gerufen, die der Vertrauensbildung und Erörterung von Themen dienen sollen, die Frauen beider Länder gleichermaßen betreffen. Das Ziel dieser ersten Veranstaltung, die der Auftakt zu einer Serie von Treffen sein dürfte, war eine

offene Aussprache über die Bedeutung des Engagements der Frauen im öffentlichen und politischen Leben, wobei unter anderem die einschlägige Gleichstellungsgesetzgebung, die regionale Zusammenarbeit in Kultur und Medien und die Rolle von Frauen bei der Korruptionsbekämpfung erörtert wurden.

MEDIENREFORM

Das ganze Jahr hindurch trat die Mission für Medienfreiheit und Internetfreiheit ein. Im Vorfeld der Parlamentswahlen veranstalteten wir eine Reihe von Fortbildungskursen für Journalisten in Wahlberichterstattung, gefolgt von Kursen über die Bedeutung der sozialen Medien und des Internetjournalismus für den Schutz der Medienfreiheit und die Bekämpfung von Korruption. Das Ergebnis war eine ausgewogenere Wahlberichterstattung und ein gemäßigerer Ton sowohl in den nationalen Druckmedien als auch in jenen der Minderheiten.

Die Mission förderte die Medienreform auch dadurch, dass sie sich in enger Zusammenarbeit mit Journalisten, Medienverbänden und dem Ministerium für Kultur und Information für die Umsetzung der Medienstrategie einsetzte. Darüber hinaus unterstützten unsere Experten die Regierung bei der Ausarbeitung von Gesetzen, durch die die Medienlandschaft an internationale Standards herangeführt werden soll. Diese Bemühungen trugen ganz wesentlich dazu bei, den Tatbestand der üblen Nachrede in Serbien zu entkriminalisieren.

RECHTSSTAATLICHKEIT/JUSTIZREFORM

In Fortsetzung der Hilfestellung für den Reformprozess in der serbischen Justiz unterstützten wir die Schaffung von Disziplinarmechanismen und Systemen zur Beurteilung von Richtern und Staatsanwälten. Sie werden für eine Verstärkung der Rechenschaftspflicht und Unabhängigkeit der Richter und damit für die Verbesserung ihrer Arbeit sorgen.

Mithilfe der Mission kam die erste landesweite Erhebung über Geldwäsche in der Privatwirtschaft zustande. Diese Analyse wird es Unternehmern in Zukunft einfacher machen, den Behörden verdächtige Transaktionen zu melden. Parallel dazu führten wir Fortbildungskurse für Staatsanwälte in der Aufdeckung von Geldwäsche im öffentlichen Beschaffungswesen und in Finanzinstitutionen durch. Diese Aktivitäten verbesserten die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwälten, Strafverfolgungsbehörden und der Privatwirtschaft bei der Korruptionsbekämpfung.

UMWELTDIMENSION

Die Mission kooperierte eng mit der serbischen Agentur für Umweltschutz, dem Ministerium für Umwelt, Bergbau und Raumplanung sowie der Zivilgesellschaft bei der Einführung des serbischen „Ökoregisters“, einer landesweiten Datenbank, die der Öffentlichkeit Umweltinformationen zugänglich macht und zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung beiträgt.

AUSBILDUNGSAKTIVITÄTEN IN SERBIEN 2012

THEMA:	ANZAHL DER TEILNEHMER:
Polizeireform	707
Menschenrechte	635
Umwelt	490
Parlamentsreform	335
Kommunalwesen	290
Justizreform	260
Medienreform	241
Strafvollzugsreform	185
Geschlechtergleichstellung	40
Good Governance	38

FELDOPERATIONEN – SÜDOSTEUROPA

DIE MISSION IN SKOPJE

Leiter der Mission: **Botschafter Ralf Breth**

Haushalt: **6 853 300 EUR**

www.osce.org/skopje

Anzahl der Außenstellen: 1

Vollzeitpersonal: 52 internationale und 117 örtliche Mitarbeiter

Zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts unterstützte die Mission die Regierung bei ihrem Reformprozess und der weiteren Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid (OFA). Vermittels ihrer einzigartigen Feldpräsenz nahm sie darüber hinaus auch wieder ihre Frühwarnfunktion wahr, deren Hauptaugenmerk den Entwicklungen im Bereich der Beziehungen zwischen den Volksgruppen galt.

BILDUNGSWESEN

100 angehende Lehrer lernten, wie man in einem multikulturellen Umfeld den Unterricht für mehr als 300 Kinder aller Volksgruppen besser gestaltet.

AUS DIVERSITÄT EINE GESELLSCHAFT SCHAFFEN

Die Mission verstärkte ihre Anstrengungen zur Verwirklichung ihres langfristigen Zieles, der Regierung dabei zu helfen, eine multiethnische Gesellschaft zusammenzuschweißen; diese Bemühungen galten den folgenden Schwerpunkten

Bildungswesen

ausgewogene Vertretung

Dezentralisierung

Verwendung der Sprachen

Antidiskriminierung

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

DIENSTSTELLE FÜR MONITORING

Im ganzen Land sind Monitoring-Referenten im Einsatz, die mit Unterstützung der Außenstelle in Tetovo die verschiedenen interethnischen Entwicklungen laufend überwachten und erneut ihre vertrauensbildende Rolle auf örtlicher Ebene wahrnahmen.

POLIZEIAUFBAU

Polizeiberater beobachteten vor Ort laufend die Arbeit der Polizei und ihre Leistungen. Die Übergabe der mithilfe der Mission geschaffenen Präventionsmechanismen an die örtlichen Behörden ging gut vonstatten – mittlerweile liegt die Führung von 84 lokalen Präventionsräten und von über 150 Bürgerbeiräten in der Eigenverantwortung örtlicher Stellen. Die Mission setzte die begleitende Kontrolle der Arbeit der Gremien fort, die sie im Bedarfsfall beriet.

In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium sorgten wir für fachspezifische Ausbildung in Fragen der Polizeireform, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und grenzüberschreitender Bedrohungen. Dank dieser Fortbildung war die Polizei besser in der Lage, mit interethnischen Zwischenfällen umzugehen.

MENSCHLICHE DIMENSION

Durch ihre Zusammenarbeit mit EU, NATO und der US-Botschaft konnte die Mission ihre Arbeit in den fünf OFA-Schlüsselbereichen Bildungswesen, ausgewogene Vertretung, Dezentralisierung, Antidiskriminierung und Verwendung der Sprachen intensivieren.

PROGRAMMKOORDINIERUNGSBÜRO FÜR INTERETHNISCHE BEZIEHUNGEN

Im Zuge der Umsetzung des OFA arbeitete die Mission erneut eng mit dem Sekretariat zusammen und stimmte sich mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten ab. Das Zusammenwirken ermöglichte es der Mission, sich abzeichnende Entwicklungen in den interethnischen Beziehungen zu erkennen und die Aktivitäten der verschiedenen Anlaufstellen für die fünf Säulen des OFA zu koordinieren.

GOOD GOVERNANCE

Die Mission unterstützte die Regierung und die staatliche Wahlkommission mit technischer und juristischer Beratung bei der Umsetzung der Empfehlungen des BDIMR und der Venedig-Kommission zur Verbesserung des Wahlprozesses. Sie ermöglichte die Einsetzung zweier Arbeitsgruppen der Regierung für Wahlrechtsreform und Wählerverzeichnisse. Die Mission richtete eine regionale Konferenz aus, die sich mit der Rolle der politischen Parteien im Wahlprozess auseinandersetzte, die einerseits bewusstseinsbildend wirken und andererseits eine Brückenfunktion zwischen Bürgern und Institutionen innehaben.

Wir unterstützten die staatliche Kommission für Korruptionsverhütung, unter anderem durch die Erhebung der Korruptionswahrnehmung in der Öffentlichkeit. Im Anschluss daran organisierte die Mission Debatten zu den Ergebnissen der Erhebung in den Medien und der Zivilgesellschaft, in der öffentlichen Verwaltung sowie im Bildungswesen und Sport. Mithilfe einer Konferenz und eines Studienbesuchs in Serbien ermöglichte sie den Austausch nachahmenswerter Methoden mit Ländern wie Moldau, Rumänien, Serbien und Slowenien.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Der Antidiskriminierungs-Kommission und der Volksanwaltschaft sowie der Justiz war die Mission dabei behilflich, ihre Fähigkeiten zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von Chancengleichheit zu verbessern. Die Mission unterstützte auch die Verabschiedung von drei aus der Nationalen Strategie für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung entstandenen Aktionsplänen, die auf die Anliegen von Menschen mit Behinderung, von Angehörigen ethnischer Gemeinschaften und älteren Menschen/Jugendlichen eingehen.

Der Agentur für die Verwirklichung der Minderheitenrechte half die Mission bei der Erfüllung von deren Mandat im Hinblick die Förderung und den Schutz der Rechte kleinerer Gemeinschaften.

Dem Justizministerium leistete die Mission technische Hilfestellung bei der Durchführung des Aktionsplans zur Umsetzung der neuen Strafprozessordnung. Sie sorgte auch für die Fortbildung von Vertretern der Rechtsberufe in der demnächst vorliegenden neuen Strafprozessordnung und arbeitete dazu einschlägige Unterrichtsmaterialien sowie ein Handbuch für die einheitliche Umsetzung der Prozessordnung aus.

In Abstimmung mit dem Ministerium für die Informationsgesellschaft und Verwaltung trug die Mission zur Sicherstellung der Qualität und Einschließlichkeit des Rechtsetzungsprozesses bei und unterstützte die Einführung einer Ex-Post-Evaluierung der Rechtsdurchsetzung. Sie setzte ihre Beobachtung von Prozessen und der Arbeit des staatlichen Justizrates fort.

ROMAFRAGEN

Die Mission unterstützte die nationalen Behörden bei der Durchführung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Raum. Diese Unterstützung führte zur Kapazitätssteigerung der Roma-Informationszentren des Landes, die die Gemeinschaft der Roma über ihre Rechte auf angemessenen Wohnraum und angemessene Beschäftigung informieren. Die Zentren dehnten ihre unentgeltliche Rechtsberatung auch auf den Westen des Landes aus.

DER VON DER MISSION IN SKOPJE UNTERSTÜTZTE PROZESS ZUR ÜBERPRÜFUNG DER UMSETZUNG DES RAHMENÜBEREINKOMMENS VON OHRID (OFA) DURCH DIE REGIERUNG

ZIEL:

Erstellung eines umfassenden Bildes von der Umsetzung des Übereinkommens und den verbleibenden Herausforderungen sowie strategischen Leitlinien für die nationalen Behörden als Grundlage für das mittel- und langfristige Vorgehen zur vollständigen und integrativen Umsetzung des Übereinkommens

PARTNER:

- Kabinett des stellvertretenden Ministerpräsidenten für die OFA-Umsetzung
- Sekretariat für die Umsetzung des OFA
- Auftraggeber (OSZE, EU, US-Botschaft, NATO)

ERSTE PHASE

Quantitativer Prüfbericht, von der Regierung im Juli 2012 vorgelegt

ZWEITE PHASE

Behebung von Mängeln und Lücken im ersten Bericht, mit dem Ziel einer umfassenden Sammlung verlässlicher quantitativer Daten

DRITTE PHASE

Qualitative Überprüfung samt einer kontextbezogenen Dateninterpretation, mit dem Ziel einer internationalen Konferenz über die Umsetzung des OFA zur öffentlichen Präsentation der abgeschlossenen OFA-Überprüfung (abschließende Phase)

FELDOPERATIONEN – OSTEUROPA

DIE MISSION IN MOLDAU

Leiterin der Mission: **Botschafterin Jennifer Brush**

Haushalt: **2 072 900 EUR**

www.osce.org/moldova

Vollzeitpersonal: 13 internationale und 38 örtliche Mitarbeiter

Die Arbeit der Mission stand ganz im Zeichen des Führungswechsels in Transnistrien im Jahr 2011, der zur Wiederbelebung des „5+2“-Formats beitrug und den Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts neue Impulse verlieh.

Mit der Konferenz von Rottach-Egern zeigte sich der neue politische Wille, das Leben der Moldauer auf beiden Seiten des Nistru/Dnjestr zu verbessern. Die erste nach zehn Jahren auf dem Dubliner Ministerrattreffen verabschiedete Erklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrienfrage im „5+2“-Format war ein deutliches Signal an die Verhandler, ihre Arbeit an einem Sonderstatus für Transnistrien auf der Grundlage der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau fortzusetzen.

DAS WICHTIGSTE

Verabschiedung der Erklärung zu den Verhandlungen über den Prozess zur Beilegung der Transnistrienfrage im „5+2“-Format in Dublin

Zusammentreffen führender Politiker beider Seiten auf der Konferenz von Rottach-Egern

Die besten Athleten von beiden Seiten des Dnjestr/Nistru engagieren sich gegen häusliche Gewalt.

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

VERHANDLUNGEN ZUR POLITISCHEN KONFLIKTBEILEGUNG/VERTRAUENSBIILDUNG

Die neue Leiterin der Mission, Botschafterin Jennifer Brush, und der Sonderbeauftragte des Amtierenden Vorsitzes für den Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts, Botschafter Erwan Fouéré, setzten neue Impulse in den „5+2“-Gesprächen. Der moldauische Verhandlungsleiter und Stellvertretende Ministerpräsident Eugen Karpow und die neue transnistrische Chefverhandlerin Nina Shtanski bemühten sich in der ersten Jahreshälfte um den Aufbau von Vertrauen. Wichtige Schritte waren dabei die Treffen zwischen dem moldauischen Ministerpräsidenten Vlad Filat und dem neuen transnistrischen Führer Jewgeni Schewtschuk in Odessa, Chişinău, Tiraspol, Ribnița, Holercani, am Berg Athos sowie in Rottach-Egern am Rand einer von der Mission, dem Vorsitz und der deutschen Regierung veranstalteten Konferenz. Seit Ende des Sommers 2012 kommen die Verhandlungen jedoch langsamer voran, seit man sich schwierigeren Fragen wie Reisefreiheit und Bildung zuzuwenden begann.

Die Mission half gemeinsam mit dem Vorsitz bei der Organisation der fünf „5+2“-Treffen und einer ergänzenden Studienreise der Chefverhandler nach Dublin und Belfast. Die Parteien einigten sich auf die Grundsätze und Verfahren für den Ablauf der Verhandlungen und auf die Tagesordnung für den Prozess. Die Vermittler und Beobachter sowie die Vertreterin des irischen Amtierenden Vorsitzes, die Ministerin für europäische Angelegenheiten, Lucinda Creighton, reisten sowohl nach Chişinău als auch nach Tiraspol.

Die Parteien unterzeichneten Abkommen über die Wiedereröffnung des Eisenbahngüterverkehrs durch Transnistrien und die Atommüllentsorgung. In der Folge kamen sie außerdem überein, den Dialog über Menschenrechtsfragen zu verstärken und ein gemeinsames Forum für den Dialog mit der Zivilgesellschaft und den Medien von beiden Seiten des Nistru/Dnjestr einzurichten. Nun wird über Fragen des Fernmeldewesens und der Reisefreiheit verhandelt, etwa über die Öffnung der Brücke in Gura Bîcului/Bytschok, die Kennzeichentafeln für Fahrzeuge aus Transnistrien und Transportgenehmigungen für transnistrische Firmen, die in die Ukraine pendeln. In den ersten elf Monaten des Jahres 2012 kamen elf Arbeitsgruppen für Vertrauensbildung 25mal zusammen, ein noch nie da gewesenes Tempo.

GEMEINSAME KONTROLLKOMMISSION

Die zur Überwachung des Waffenstillstandsabkommens von 1992 eingerichtete Gemeinsame Kontrollkommission (JCC) trat das ganze Jahr hindurch regelmäßig zusammen. Vertreter der Mission nahmen an allen Treffen teil und führten den Vorsitz in einer Untergruppe zu nicht der Friedenssicherung dienenden Posten in der Sicherheitszone. Das Jahr 2012 begann mit einem tödlichen Zwischenfall an einem der Kontrollposten der Friedenssicherungsgruppen, der die Arbeit der JCC stark beeinflusste und dessen Untersuchung Ende 2012 noch im Gange war.

MENSCHLICHE DIMENSION

MENSCHENRECHTE

Die Mission arbeitete bei ihrer Beurteilung der aktuellen Lage in den von Moldau verwalteten Schulen in Transnistrien eng mit dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten zusammen. Ein weiteres wichtiges Thema war die im Rahmen des Schuloptimierungsprozesses erfolgte Schließung von Schulen in Moldau, in denen in Minderheitensprachen unterrichtet wurde.

Die Mission überwachte in enger Zusammenarbeit mit dem Leitenden Sachverständigen der Vereinten Nationen für die Menschenrechte in Transnistrien, Thomas Hammarberg, die Menschenrechte in Transnistrien, besuchte Haftanstalten und verfolgte Einschüchterungsaktionen gegen Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen, denen die Mission auch mit juristischer Beratung zur Seite stand. Am rechten Ufer unterstützte die Mission örtliche Kommissionen, die sich den Verhältnissen in Hafteinrichtungen widmen.

Als Hilfestellung für die Schaffung eines gemeinsamen Forums der Zivilgesellschaft unterstützte die Mission Gruppierungen auf beiden Seiten des Nistru/Dnjestr durch Seminare, Studienreisen und andere Maßnahmen. Die Mission beobachtete die Wahlen zur Nationalversammlung in Gagausien und versuchte wiederholt, sich in Gagausien wieder zu etablieren.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

In enger Zusammenarbeit mit dem Büro der OSZE-Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels engagierte sich die Mission in der Verhütung des Handels mit Kindern ohne elterliche Betreuung in Moldau und war diesbezüglich auch in Transnistrien aktiv. Sie veranstaltete in Moldau ferner eine 16-tägige Kampagne gegen geschlechtsspezifische Gewalt, in der sie in einem intensiv beworbenen und weit verbreiteten Video moldauische Spitzensportler gegen häusliche Gewalt auftreten ließ.

Das Dokumentarspiel Casa M über Opfer von häuslicher Gewalt wurde erstmals in Gagausien aufgeführt, in Transnistrien wurde die Aufführung hingegen verboten.

JUSTIZREFORM/RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Mission arbeitete mit dem BDIMR an einem neuen Parteienfinanzierungsgesetz. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem BDIMR sowie mit dem Obersten Justizrat organisierte sie Arbeitstagungen über die Leistungsbeurteilung von Richtern und über andere Themen der Justizreform.

Die Mission betrieb weiter die Justizreformstrategie für die Jahre 2011 bis 2015 und unterstützte die Generalstaatsanwaltschaft mit technischer und Expertenhilfe. Ferner organisierte sie eine internationale Konferenz über die Verstärkung der Unabhängigkeit der nationalen Anklagebehörde.

MEDIENFREIHEIT

Die Mission unterstützte Medien auf beiden Seiten des Nistru/Dnjestr. Wir organisierten eine Studienreise von Medienvertretern aus Chişinău, Bender und Tiraspol nach Dublin und Belfast. Die Mission war der wichtigste Fürsprecher im Verfahren gegen die der Verleumdung beschuldigte Tageszeitung Ziarul de Gardă und befasste sich gemeinsam mit der Medienbeauftragten mit der Schließung des Fernsehsenders NIT TV. Leider war den Bemühungen zur Förderung der Ausstrahlung von Sendungen zwischen Moldau und Transnistrien bisher kein Erfolg beschieden.

FELDOPERATIONEN – OSTEUROPA

DER PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE

Projektkoordinatorin: **Botschafterin Madina Jarbussynowa**

Haushalt: **2 744 200 EUR**

www.osce.org/ukraine

Vollzeitpersonal: 3 internationale und 48 örtliche Mitarbeiter

Die Projektkoordinatorin unterstützte die Ukraine in Zusammenarbeit mit der Regierung und der Zivilgesellschaft des Landes bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen, indem sie Hilfeleistung bei innerstaatlichen Reformen leistete, sich für die Stärkung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Freiheiten einsetzte, sich im Kampf gegen den Menschenhandel engagierte, für die Gleichstellung der Geschlechter eintrat und die Beseitigung explosiver Kampfmittelrückstände förderte.

DAS WICHTIGSTE

Vernichtung von 83 000 Sprengkörpern, Räumung von 204 Hektar Land

Verbesserung der staatlichen Hilfe für Menschenhandelsopfer: Erstmals erhielten 11 Opfer Aufenthaltsstatus.

Produktion von 3 TV-Werbeinschaltungen, 4 Radiospots sowie von Plakaten und Broschüren zum Thema Wahlrecht

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

Zur Unterstützung des Katastrophenschutzministeriums bei der Beseitigung explosiver Kampfmittelrückstände entwickelte und produzierte die Projektkoordinatorin ein Video und einen Zeichentrickfilm für Schüler der Sekundarstufe, um sie auf die Gefahren von Kriegsrelikten aufmerksam zu machen, die auch heute noch Leib und Leben der Menschen bedrohen.

Im Zuge der laufenden Reform der Streitkräfte war die Feldoperation erneut bei der sozialen Wiedereingliederung entlassener und zur Entlassung anstehender Militärangehöriger behilflich. Die 2004 begonnenen Projektaktivitäten werden nun schrittweise dem Gastland übertragen.

Wir unterstützten die Bemühungen des OSZE-Sekretariats, der Ukraine bei der sicheren Beseitigung der toxischen Raketentreibstoffkomponente Mélange zu helfen. 2012 wurden in der Ostukraine in Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium rund 2 500 t dieser gefährlichen Substanz beseitigt.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium in der Umwelterziehung wurde 2012 mit dem Ziel fortgesetzt, ukrainischen Jugendlichen in der Sekundarstufe ein besseres Verständnis für nachhaltige Entwicklung und Umweltbewusstsein zu vermitteln und ihnen die Wichtigkeit der Umwelt für die menschliche Sicherheit vor Augen zu führen.

Die Projektkoordinatorin unterstützte die ukrainischen Behörden außerdem bei der Förderung des Einsatzes von e-Government-Tools in zwei Regionen. Diese Bemühungen tragen zu mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz in Entscheidungsprozessen bei und erleichtern den Bürgern den Zugang zu örtlichen Diensten.

MENSCHLICHE DIMENSION

2012 entwickelten wir im Vorfeld der Parlamentswahlen in Zusammenarbeit mit der Zentralen Wahlkommission der Ukraine eine Wählerinformationskampagne, die auch gemeinsam durchgeführt wurde. Umfragen vor und nach dem Wahlgang ergaben, dass die Wähler ihren Wissensstand in allen in der Kampagne angesprochenen Themen verbessert hatten, etwa hinsichtlich des Abstimmungsverfahrens, der Erstellung der Wählerverzeichnisse oder der Verhinderung von Stimmenkauf. Ein Online-Schulungsprogramm, das mit Unterstützung der Projektkoordinatorin ausgearbeitet wird, soll in Zukunft die Grundlage für die landesweite Ausbildung von Mitgliedern der Wahlausschüsse bilden.

Wir unterstützten die Entwicklung der Zivilgesellschaft durch Ausbildungsseminare über öffentliche Jahresberichte und die neuen NGO-Registrierungsverfahren.

Im Bereich der Medienentwicklung organisierten wir ein Fortbildungsprogramm für Journalisten und Strafverfolgungsbehörden, um einerseits deren Zusammenarbeit und andererseits die Umsetzung von Gesetzen, die den Informationszugang regeln, zu verbessern. Anhand von Schulungsseminaren in der ganzen Ukraine und Erfahrungsberichten aus anderen OSZE-Ländern unterstützte die Projektkoordinatorin überdies die Bemühungen der ukrainischen Rundfunkbehörde, ihren Rechtsrahmen an neue, konvergierende audiovisuelle Medien anzupassen.

Das Büro der Projektkoordinatorin beteiligte sich an der Ausarbeitung eines Entwurfs der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Juristenausbildung in der Ukraine. Wir förderten die Menschenrechtserziehung und sensibilisierten Sekundarschüler und Studenten durch einschlägige Kurse.

Das Büro der Projektkoordinatorin unterstützte die jeweils zuständigen Parlamentsausschüsse juristisch und half der Justiz bei der Anpassung der Rechtsvorschriften des Landes an internationale Normen und die OSZE-Verpflichtungen. Dazu begutachteten Mitarbeiter 48 Gesetzesentwürfe und hielten Seminare für Parlamentarier, Vertreter der Rechtsberufe und Richter ab.

Die Projektkoordinatorin beteiligte sich auch an den Bemühungen des Landes um Einführung einer kostenlosen Rechtshilfe durch Beratung bei der Reform der diesbezüglichen rechtlichen Rahmenbedingungen und durch Aufklärungsarbeit über das neue unentgeltliche System.

In Sachen Verwaltungsrechtspflege war es der Projektkoordinatorin ein Anliegen, durch die Abhaltung von Richterfortbildungen eine einheitlichere Spruchpraxis der Verwaltungsgerichte in der Ukraine zu fördern. Wir unterwiesen auch Richter der Verwaltungsgerichte in einheitlicher Rechtsauslegung, auch hinsichtlich der Wahlgesetze, in der Formulierung von Rechtsgutachten sowie von qualitätsvollen und konsequenten Entscheidungen, um die Menschenrechte besser zu schützen.

Dank der früheren Bemühungen des Büros der Projektkoordinatorin um die Schaffung nationaler Überwachungsmechanismen gegen Folter und Misshandlung änderte die Ukraine die Rechtslage und ihre Politik, um ein verbessertes Ombudsmann-Modell im Land einführen zu können.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS UND DER INTERNETKRIMINALITÄT UND FÖRDERUNG DER GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Das 2012 in der Ukraine verabschiedete neue staatliche Programm zur Bekämpfung des Menschenhandels und die behördlichen Vorschriften bezüglich des nationalen Leitmechanismus wurden unter Mithilfe der Feldoperation ausgearbeitet.

2012 begann mit Grund- und Fortgeschrittenenkursen für Ermittler gegen Internetkriminalität ein neues Projekt zur Bekämpfung dieser Form der Kriminalität. Außerdem wurde in der polizeilichen Fachdienststelle ein Ausbildungs-Übungsraum eingerichtet.

Das Innenministerium genehmigte einen von Mitarbeitern der Projektkoordinatorin zusammengestellten Ausbildungskurs für Polizeibeamte zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt, der an Polizei-Fachhochschulen abgehalten werden soll. Im September 2012 fand der erste Kurs für Polizeikadetten statt, gefolgt von berufsbegleitenden Weiterbildungseinheiten zum selben Thema für Polizeibeamte aus allen Regionen der Ukraine.

AUSZUG AUS DEN AUSBILDUNGSAKTIVITÄTEN DES JAHRES 2012

THEMA DER AUSBILDUNG	ZIELGRUPPE
Umschulung entlassener und zur Entlassung anstehender Militärangehöriger	23 Gruppen von Militärangehörigen in 20 Groß- und Kleinstädten
Lehrmittel für die Unterweisung in nachhaltiger Entwicklung und Umwelterziehung	Rund 2 500 Sekundarschullehrer
Öffentliche Jahresberichte	Über 240 Teilnehmer aus zivilgesellschaftlichen Organisationen
Die Umsetzung der Rechtsvorschriften über das Registrierungsverfahren für zivilgesellschaftliche Organisationen	Rund 550 Vertreter regionaler Justizeinrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen
Mehr Transparenz und Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsorganen und Medienschaffenden	170 Vertreter der Strafverfolgungsbehörden und 55 Journalisten
Anpassung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften an die internationalen Normen und OSZE-Verpflichtungen	200 Richter und 280 Juristen aus der Praxis
Einheitliche Rechtsauslegung und Formulierung von Rechtsgutachten	300 Richter von Verwaltungsgerichten

Menschenrechtserziehung	250 Schüler und Studenten
Umsetzung eines nationalen Leitmechanismus zur Unterstützung von Menschenhandelsopfern	1 800 Sozialarbeiter, Pädagogen, Vertreter der Gesundheitsfachberufe und der Strafverfolgungsbehörden

FELDOPERATIONEN – SÜDKAUKASUS

DAS BÜRO IN BAKU

Leiter des Büros: **Botschafter Koray Targay**

Haushalt: **2 829 900 EUR**

www.osce.org/baku

Vollzeitpersonal: 12 internationale und 27,5 örtliche Mitarbeiter

Das Büro in Baku unterstützte auch in diesem Jahr die staatlichen Behörden und die Zivilgesellschaft von Aserbaidshan bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen. Es half mit, die Kapazitäten der Polizei und der Justiz auszubauen, und förderte die Grundfreiheiten. Weitere Betätigungsfelder im Jahr 2012 waren gute Regierungsführung, Umweltbewusstsein, regionale Wirtschaftsentwicklung und die Gleichstellung der Geschlechter.

DAS WICHTIGSTE

Kostenlose Rechtsberatung für über 700 Unternehmer

Beobachtung von über 500 Gerichtsverfahren und 1 000 Hauptverhandlungen an 63 Gerichten

2 500 Anrufe gingen bei der von der OSZE gesponserten Hotline für häusliche Gewalt ein.

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

MENSCHENHANDEL

Das Büro schaltete sich verstärkt in den Kampf gegen den Menschenhandel ein und wurde dabei von der Regierung entschlossen unterstützt. Dazu erhöhte es seine Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen, die in der Prävention und der Verfolgung der Täter aktiv sind. Ferner leistete das Büro Aufklärungsarbeit in Bezug auf die Identifizierung, den Schutz und die Unterstützung von Menschenhandelsopfern. So half es etwa der Zivilgesellschaft beim Betrieb von Zufluchtsstätten für weibliche Opfer des Menschenhandels und der Ausbeutung als Arbeitskraft und für Straßenkinder. Ferner nahm die erste Schutzeinrichtung des Landes für Zwangsarbeiter über dreihundert Männer in ihre Obhut. Alle diese Maßnahmen trugen zum staatlichen „Nationalen Leitmechanismus und Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels“ bei.

POLIZEIREFORM

Das Büro förderte viele Aktivitäten im polizeilichen Bereich, die zur Zusammenarbeit, Abstimmung und Konsultation zwischen der Regierung, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor bei der Bekämpfung der Internetkriminalität und der organisierten Kriminalität beitrugen und die Beziehungen zwischen der Polizei und den Medien verbesserten.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Das Büro konzentrierte seine Bemühungen auf die Verbesserung der staatlichen Politik im Wirtschaftsbereich, insbesondere im Interesse kleiner und mittlerer Unternehmen, die außerhalb der Erdölbranche tätig sind. Es unterstützte zwei Rechtsberatungszentren, die gemeinsam über 700 Unternehmer kostenlos in ihrer Geschäftstätigkeit berieten. Damit konnten auch die Beziehungen zwischen der Privatwirtschaft und staatlichen Dienststellen verbessert werden.

Im Sinne des neuen Aktionsplans Aserbaidshans gegen Korruption und zur Förderung einer transparenten Regierung war das Büro der Regierung bei der Entwicklung und Überwachung von e-Diensten für die Bürger behilflich. Darüber hinaus erhöhte das Büro die Kompetenz der Regierung, der Richterschaft und des privaten Sektors zur Bekämpfung der Geldwäsche.

Auch im Umweltbereich waren Erfolge zu verzeichnen: Das Büro half mit bei der Fertigstellung des Notfallplans der Regierung gegen die Meeresverschmutzung durch Ölkatastrophen und förderte das Engagement der Bürger für Umwelt- und Sicherheitsfragen.

MENSCHLICHE DIMENSION

MENSCHENRECHTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Über seine Rechtsberatungszentren erteilte das Büro über 3 000 Bürgern unentgeltliche Rechtsberatung und unterstützte Ausbildungs- und Aufklärungsaktivitäten für Vertreter der Rechtsberufe und die Zivilgesellschaft. Die OSZE förderte im ganzen Land den Zugang zur Justiz, indem sie die Bevölkerung dazu ermutigte, verfügbare Rechtsbehelfe in Anspruch zu nehmen.

Das Büro beobachtete über 500 Gerichtsverfahren und 1 000 Hauptverhandlungen an 63 Gerichten und unterstützte landesweit 16 Ausbildungs- und 18 Aufklärungsveranstaltungen für Vertreter der Rechtsberufe, Strafverfolgungsbeamte und zivilgesellschaftliche Organisationen, um die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen und der damit verbundenen internationalen Normen zu verbessern.

OSZE-Mitarbeiter inspizierten 18 Haftanstalten im ganzen Land und setzten auch ihre Zusammenarbeit mit der Volksanwaltschaft fort, die als Nationaler Verhütungsmechanismus nach dem Fakultativprotokoll zur Antifolterkonvention der Vereinten Nationen fungiert.

Entsprechend den im Mai 2012 von Parlament verabschiedeten internationalen Standards war das Büro an der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften über Häftlingsrechte direkt beteiligt.

DEMOKRATISIERUNG

Das Büro unterstützte die Regierung und die Zivilgesellschaft in vielerlei Hinsicht bei der Entwicklung demokratischer Standards: Es lieferte neue Ideen und bewährte Praktiken für die Führung von Schutzhäusern für Opfer von häuslicher Gewalt, half mit, Wahlbeschwerden effektiv zu bearbeiten, leistete Beiträge zur Reform der Journalistenausbildung und sorgte für

eine gewissenhaftere Beachtung der Europäischen Menschenrechtskonvention in den nationalen Gerichten.

Mitarbeiter des Büros schulten über 850 Vertreter der Jugend, der Zivilgesellschaft, politischer Parteien, der Regierung und Journalisten zu Themen wie Beteiligung der Jugend und der Frauen am politischen Leben, interne Organisation politischer Parteien, Interessenvertretung durch die Zivilgesellschaft, investigativer Journalismus und Bürgerjournalismus.

Die Aktivitäten des Büros trugen bereits Früchte: Bis Ende 2012 gingen beim Durchführungspartner des Büros, der eine Hotline für häusliche Gewalt betreibt, etwa 2 500 Anrufe von Opfern und potenziellen Opfern ein, politische Parteien nutzen das bei OSZE-Kursen gewonnene Wissen zur Entwicklung von Kampagnen in den sozialen Medien und junge Leute, die Kurse über die sozialen Medien absolviert haben, geben ihr Wissen schon heute als Fachausbilder in den Regionen weiter.

AUSBILDUNGSAKTIVITÄTEN IN BAKU 2012

THEMA:	ANZAHL DER TEILNEHMER:
Umwelt	564
Demokratisierung	468
Rechtsstaatlichkeit	340
Gender	203
Bekämpfung des Menschenhandels	195
Medienreform	170
Polizeireform	150
Strafvollzugsreform	142
Bekämpfung von Geldwäsche	120
Wirtschaftliche Entwicklung	70
Justizreform	70

FELDOPERATIONEN – SÜDKAUKASUS

DAS BÜRO IN ERIWAN

Leiter des Büros: **Botschafter Andrei Sorokin**

Haushalt: **2 792 600 EUR**

www.osce.org/yerevan

Vollzeitpersonal: 7 internationale und 40 örtliche Mitarbeiter

Das Büro unterstützte auch 2012 die von der Regierung als vordringliche Entwicklungsbereiche eingestuften Initiativen des Landes zur Reform der Wirtschaft, Polizei und Justiz. Es unterstützte darüber hinaus die Parlamentswahlen im Mai, auf die 2013 die Präsidentschaftswahlen folgen werden.

DAS WICHTIGSTE

Modernisierung der Polizeiausbildung

Start des „Guillotine-Mechanismus“

Unterstützung von Wahlinitiativen

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

Das Büro verstärkte die Aktivitäten der bürgernahen Polizeiarbeit, indem es ein Modellprojekt für die gesamte Stadt Eriwan durchführte. Die Polizei hielt im ganzen Land „Tage der offenen Tür“ ab, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei zu fördern. Außerdem unterstützte das Büro die Weiterbildung der Polizei durch seine Hilfestellung für die Aktualisierung und Modernisierung der Lehrpläne. Besondere Aufmerksamkeit widmete es der praktischen Ausbildung von Polizeieinheiten für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Der Kontakt Armeniens zum Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte wurde verstärkt und in enger Zusammenarbeit mit beiden befasste sich das Büro mit Fragen der Menschenrechte im Militär und der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

Aufgrund eines Präsidentenerlasses startete das Büro den sogenannten „Guillotine-Mechanismus“, mit dessen Hilfe bürokratische Hürden in den Versorgungsdiensten, im Gesundheits- und im Transportwesen beseitigt werden sollen. Gemeinsam mit der Regionalverwaltung in Syunik arbeitete es an einer Strategie zur Diversifizierung der Wirtschaft.

Das Büro unterstützte auch weiter die 15 Aarhus-Zentren. Die ENVSEC-Initiative förderte ein Programm zur Vergabe von Kleinkrediten und ein regionales Projekt zur Bekämpfung von Waldbränden. Das Büro führte eine von der US-Regierung finanzierte Machbarkeitsstudie für die Sanierung einer DDT-verseuchten Deponie in Eriwan durch.

Die Schwerpunkte des Büros im Bereich der Korruptionsbekämpfung bildeten berufsethische Schulungen für öffentliche Bedienstete sowie die Kontrolle des Notariatswesens und der Standesämter. Fragen der Korruptionsbekämpfung standen auch auf der Tagesordnung eines armenisch-georgischen Jugendaustauschprogramms.

MENSCHLICHE DIMENSION

Das Büro leistete Hilfestellung für die armenische Strategie für die Rechts- und Justizreform 2012 – 2016. Durch gezielte Fortbildungskurse und die Vermittlung vorbildlicher Praktiken wurde die fachliche Kompetenz von Richtern, Staatsanwälten, Strafvollzugsbeamten und Rechtsanwälten gesteigert. Das Büro half auch bei der Abfassung der Strafprozessordnung durch die Bereitstellung internationaler Expertise.

Das Büro in Eriwan veranstaltete Fortbildungsseminare für mehr als 17 000 Teilnehmer – von Polizeibeamten bis zu Vertretern der Zivilgesellschaft. Zu den breit gefächerten Themen zählten unter anderem berufsbildende Kurse für Strafgefangene, Debattier-Kurse für Jugendliche und Unterweisungen für Wahlbeobachter.
--

Weitere Fördermaßnahmen betrafen die Unabhängigkeit der Richterschaft, Standards für faire Gerichtsverfahren, die Einführung von Bewährungshilfe sowie die Menschenrechtserziehung und die Sensibilisierung für die Menschenrechte. Das Büro trägt auch weiterhin zur Überwachung der Menschenrechte bei und unterstützt zu diesem Zweck die Zivilgesellschaft und die Volksanwaltschaft, wobei das Hauptaugenmerk auf der Kontrolle geschlossener Einrichtungen und der Einhaltung der Antifolterkonvention liegt.

Die OSZE setzte sich ferner für die Medienfreiheit in Armenien ein und unterstützte zu diesem Zweck das Verleumdungs- und das Rundfunkgesetz.

Mit seiner Arbeit zu Genderfragen gelang es dem Büro, den Anteil der Frauen in den Kommunalverwaltungen der Region Syunik spürbar zu erhöhen – 17 Prozent der öffentlichen Bediensteten der örtlichen Verwaltung in der Region Syunik sind Frauen. Der nationale Durchschnitt liegt bei etwa 3 Prozent.

Dank der Unterstützung des Büros für die armenischen Nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung des Menschenhandels bzw. zur Migrationssteuerung verbesserte sich die gegenseitige Abstimmung zwischen den Akteuren und es wurden Änderungen an der strategischen Planung bis 2015 vorgenommen.

WAHLEN

Das Büro leistete maßgebliche Unterstützung für die Parlamentswahl und begann mit den Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahl 2013. Wir förderten die Wahlrechtsreform, durch die das Wahlverfahren an die internationalen Standards herangeführt werden soll. Schwerpunkte der Arbeit waren: Stärkung des Zentralen Wahlausschusses, Ausbildung der Wahlhelfer, der Polizei und der Behörde für die Wählereintragung. Weitere Aktivitäten betrafen die Hebung des öffentlichen Bewusstseins, die Überwachung der Medien und die Unterstützung der Volksanwaltschaft. Dieses Projekt wird mit Hilfe der Europäischen Union finanziert.

DER GUILLOTINE-MECHANISMUS

Als eine seiner wichtigsten Leistungen im Berichtsjahr sieht das Büro die erfolgreiche Koordinierung eines von mehreren Gebern finanzierten und unter der Federführung der Regierung durchgeführten Projekts zur raschen Vereinfachung der Rechtsvorschriften unter der Bezeichnung „Guillotine-Mechanismus“ an.

Kurz gesagt geht die Regierung daran, dem Bürokratismus ein Ende zu machen. Im Zuge des auf zwei Jahre angelegten Projekts werden rund 24 örtliche Experten mithilfe internationaler Berater 24 000 Rechtsnormen durchforsten. Rechtliche Bestimmungen, die als wirtschafts- oder bürgerfeindlich, überholt oder widersprüchlich beurteilt werden, werden gestrichen.

Die Regierung geht davon aus, dass durch das Projekt die Verwaltungskosten um ein Viertel sinken werden.

FELDOPERATIONEN – ZENTRALASIEN

DAS ZENTRUM IN ASCHGABAT

Leiter des Zentrums: **Botschafter Ivo Petrov**

Haushalt: **1 473 200 EUR**

www.osce.org/ashgabat

Vollzeitpersonal: 6 internationale und 19 örtliche Mitarbeiter

Aufbauend auf der erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Regierung und den OSZE-Institutionen weitete das Zentrum seine Aktivitäten aus und befasst sich nun auch mit der Förderung der Konfliktverhütung an den Land- und Seegrenzen, von Good-Governance-Konzepten und des Zugangs zu Umweltinformationen. Es unterstützte auch Rechtsreformen, die Medienentwicklung und die Zivilgesellschaft.

Im Vordergrund standen dieses Jahr neue Projekte betreffend die Überwachung der Seegrenze, die Sicherheit auf Flughäfen, das Strafvollzugssystem und häusliche Gewalt.

DAS WICHTIGSTE

Entwicklung von Masterplänen zur Gewährleistung der Sicherheit auf Flughäfen

Unterstützung bei der Überwachung der Seegrenze

Organisation einer wichtigen Medienkonferenz

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

GRENZMANAGEMENT

Zu Verbesserung der Sicherheit auf Flughäfen förderte das Zentrum die Überprüfung der Sicherheitsprotokolle der internationalen Flughäfen Aschgabat und Turkmenbaschy und arbeitete für beide Flughäfen innovative, den Anforderungen der ICAO entsprechende Masterpläne für Flughafensicherheit aus. Es sorgte für die Ausbildung von 22 Flughafensicherheitsbeamten in modernen Sicherheitsmanagementkonzepten für Flughäfen und Flugplätze.

Das Zentrum förderte die behördenübergreifende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Drogen durch zwei Veranstaltungen, bei denen die wirksame Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Drogenbekämpfungsstellen bei Festnahmen im Zusammenhang mit Drogen delikten erörtert wurde. Bei einem Besuch an der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko konnten leitende turkmenische Polizeibeamte und Drogenfahnder beobachten, wie Behörden in anderen Ländern bei der Drogenbekämpfung und beim Schutz ihrer Grenzen vorgehen.

KONFLIKTVERHÜTUNG UND KONFLIKTLÖSUNG

Die OSZE war erstmals auch bemüht, die fachliche Kompetenz von Sicherheitsbeamten der Marine und des Grenzschutzes Turkmenistans zur Verhütung von Zwischenfällen und im Konfliktmanagement an den Seegrenzen zu steigern. Das Zentrum sorgte auch für Ausbildung zu diesem Thema. Es veranstaltete eine Diskussionsrunde für entsprechendes Fachpersonal aus den vier am Kaspischen Meer gelegenen OSZE-Teilnehmerstaaten zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit auf See.

RÜSTUNGSKONTROLLE

Das Zentrum unterstützte technische Seminare als Hilfestellung für Turkmenistan bei der weiteren Verbesserung der Sicherheit, Sicherung und Verwaltung seiner Lagerbestände an Kleinwaffen, leichten Waffen und konventioneller Munition und bei der Verringerung der Unfallgefahr in Munitionslagern.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

ENERGIE

Das Zentrum widmete sich in Form eines Workshops über den grenzüberschreitenden Gashandel weiter der Förderung der Energiediplomatie. Bei dieser Veranstaltung sollte Vertretern der Erdöl- und Erdgasindustrie, der Energiewirtschaft, der Privatwirtschaft und des Finanzsektors das nötige Wissen vermittelt werden, um als Verhandler, politische Entscheidungsträger und Berater im Energiebereich agieren zu können.

UMWELT

Das Zentrum unterstützte die Regierung bei der Umsetzung der Aarhus-Konvention, indem es im Rahmen seines Aarhus-Zentren-Projekts in Ashgabat eine Bibliothek und eine Datenbank der turkmenischen Umweltgesetze und einschlägiger internationaler Dokumente zur Nutzung durch die Bürger einrichtete.

Das Zentrum unterstützte im Rahmen seines Projekts betreffend geografische Informationssysteme (GIS) Fortbildungskurse für nationale Experten aus den Regionen Achal und Lebap und stellte örtlichen Wasserbehörden Ausrüstung und Software zur Verfügung.

Das Zentrum unterstützte die Errichtung und Verstärkung einer Brücke im Dorf Garaul in der Region Achal, um die Gefahr von Murenabgängen zu verringern und die Wiederurbarmachung von degradiertem Land zu fördern.

BEKÄMPFUNG VON GELDWÄSCHE

Das Zentrum förderte einen Ausbildungsworkshop über internationale Mechanismen, Instrumente und bewährte Praktiken gegen die Geldwäsche für 20 hochrangige Regierungsvertreter.

AUSBILDUNGSAKTIVITÄTEN IN ASCHGABAT 2012

THEMA:	ANZAHL DER TEILNEHMER:
Menschenrechte	123
Medienreform	97
Bekämpfung des Menschenhandels	62
Strafvollzugsreform	54
SALW und konventionelle Munition	38
Sicherheit auf See	37
Energiesicherheit	31
Flughafensicherheit	22
Bekämpfung der Geldwäsche	20
Konfliktlösung	15
Gesetzesreform	7

MENSCHLICHE DIMENSION

MENSCHENRECHTE

Das Zentrum war dem Nationalen Institut für Demokratie und Menschenrechte dabei behilflich, sein System zur Behandlung von Bürgermitteilungen betreffend die Menschenrechte zu verbessern. Zu diesem Zweck vermittelte es Besuche bei ähnlichen Einrichtungen in Estland und in den Niederlanden und stellte die Datenbanksoftware zur Behandlung der Mitteilungen zu Verfügung.

Durch die Veranstaltung von Kursen über Häftlingsrechte und Studienbesuchen in Justizvollzugsanstalten in Dänemark und Norwegen setzte sich das Zentrum weiter für die Einhaltung internationaler Standards im Strafvollzug ein. Ferner veröffentlichte es den paragrafenweisen ersten Kommentar zur Strafprozessordnung und erörterte ihn mit den zuständigen Stellen.

2012 erhielten 142 Bürger juristische Beratung und Unterstützung.

Gemeinsam mit dem BDIMR veranstaltete das Zentrum Schulungskurse für Exekutivbeamte über den Schutz der Menschenrechte bei der Bekämpfung des Terrorismus. Außerdem hielt es in drei Hochschuleinrichtungen Vorträge über die Menschenrechte.

Das Zentrum hielt Ausbildungskurse in der Abfassung von Rechtstexten, koordinierte Kommentare zu dem von BDIMR ausgearbeiteten Gesetz über politische Parteien und stellte die Software zur Speicherung der innerstaatlichen Gesetze und Beschlüsse zur Verfügung.

WAHLEN

Das Zentrum organisierte eine Studienreise für Wahlfunktionäre nach Frankreich, wo sie sich ein Bild von der Organisation der Parlamentswahlen machen konnten, und koordinierte die Kommentare zu dem vom BDIMR ausgearbeiteten Wahlgesetz.

GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG UND HÄUSLICHE GEWALT

Das Zentrum veranstaltete ein Seminar über häusliche Gewalt für Vertreter nationaler Institutionen. Darüber hinaus unterstützte es den öffentlichen Verein „Keik Okara“ bei der Eröffnung und Verwaltung der ersten Schutzeinrichtung für Opfer von häuslicher Gewalt und beim Betrieb der 2009 eingerichteten Hotline für häusliche Gewalt.

Das Zentrum half „Keik Okara“ mit finanzieller Unterstützung durch die norwegische Regierung bei der Durchführung eines Projektmanagementkurses für 16 zivilgesellschaftliche Organisationen, die anschließend selbst sechs kleine Projekte zum Thema Geschlechtergleichstellung in Ashgabat und in den Regionen durchführten.

MENSCHENHANDEL

Das BDIMR und das Zentrum unterwiesen Strafverfolgungs- und Justizbeamte in Fragen der Menschenrechte.

MEDIEN

Mitarbeiter des Zentrums beteiligten sich mit fachkundiger Beratung an der Ausarbeitung des neuen Mediengesetzes. Das Zentrum arbeitete außerdem im Rahmen eines von der deutschen Regierung finanzierten Projekts an der Modernisierung der Journalistenausbildung und half Turkmenistan bei der Einführung von Online-Medien.

Vom 5. – 6. Juli 2012 unterstützte das Zentrum die Durchführung der vom Büro der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit organisierten 14. Zentralasiatischen Medienkonferenz „Von altbekannten zu Online-Medien – bewährte Praktiken und Perspektiven“ in Turkmenistan.

FELDOPERATIONEN – ZENTRALASIEN

DAS ZENTRUM IN ASTANA

Leiterin des Zentrums: **Botschafterin Natalia Sarudna**

Haushalt: **2 148 400 EUR**

www.osce.org/astana

Vollzeitpersonal: 6 internationale und 22 örtliche Mitarbeiter

Die Aktivitäten des Zentrums im Berichtsjahr wurden von verschiedenen Überlegungen bestimmt, darunter die Umsetzung umfassender strategischer Reformen in Kasachstan, der im Land vor sich gehende demokratische und sozioökonomische Übergangsprozess, die Bemühungen Kasachstans zur Erhöhung der nationalen und regionalen Sicherheit und die Notwendigkeit, sich mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, etwa auch in Bezug auf Afghanistan, auseinanderzusetzen.

DAS WICHTIGSTE

Organisation des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks

Förderung von Demokratie und Transparenz im Umweltbereich

21 Veranstaltungen zur Förderung des Kampfes gegen den Menschenhandel

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

Das Zentrum organisierte eine Reihe von Veranstaltungen für Strafverfolgungsorgane, den Grenzdienst, den Zollkontrollausschuss und den Nationalen Sicherheitsausschuss zu den Themen Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, illegaler Handel mit Drogen und deren Vorläuferstoffen und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Es setzte seine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium fort und organisierte regionale Veranstaltungen zum Wiener Dokument 2011, zum Verhaltenskodex und über die Verringerung des Explosionsrisikos. Ferner koordinierte das Zentrum die Maßnahmen zur Beseitigung der in Kasachstan gelagerten Raketentreibstoffkomponente Mélange.

Gemeinsam mit anderen OSZE-Präsenzen in der Region war das Zentrum wieder Gastgeber des beliebten Seminars des Zentralasiatischen Jugendnetzwerks, das dieses Jahr neben den üblichen regionalen Sicherheitsfragen auch Herausforderungen im Umweltbereich gewidmet war. Einer der Höhepunkte der Aktivitäten des Zentrums im Jahr 2012 war eine internationale Konferenz, bei der Wissenschaftler, Regierungsvertreter und NGO-Vertreter über die Umsetzung der in der Gedenkklärung von Astana 2010 bekräftigten OSZE-Verpflichtungen diskutierten.

Im Rahmen seiner Bemühungen zur Förderung der demokratischen Entwicklung und zur Stärkung der Zivilgesellschaft führte das Zentrum in Zusammenarbeit mit dem BDIMR ein Projekt durch, mit dem das politische Parteiensystem in Kasachstan gestärkt werden sollte. In

diesem Zusammenhang koordinierte es eine Untersuchung über die Tätigkeit der politischen Parteien, organisierte eine Studienreise nach Polen für eine Gruppe von Vertretern politischer Parteien und der Regierung und vermittelte mehr als 50 Parteimitgliedern auf Seminaren in Astana und Almaty das nötige Know-how für wirksame Parteibildung.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

Auf der Tagesordnung des Zentrums zu Fragen der guten Staatsführung (Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Korruption, Wiedererlangung von Vermögenswerten und Arbeitsmigration) standen sechs Großprojekte für Vertreter des Parlaments, der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Finanzpolizei, der nationalen Steuerfahndungsstelle, von Banken und der Zivilgesellschaft. Die Mitgliedschaft Kasachstans in der Egmont-Gruppe und sein steigendes Ansehen in der GRECO-Gruppe unterstrichen die Aktualität der Bemühungen des Zentrums.

Das Zentrum ergänzte die beiden im Rahmen der Transparenzinitiative in der Rohstoffwirtschaft unternommenen Maßnahmen durch ein Pilotprojekt über soziale, Arbeitsmarkt- und nachhaltige Entwicklung entlang der Baustelle der Westeuropa-Westchina-Autobahn. Es half mit bei der Schaffung von „Expertenräten für Transparenz und nachhaltige Entwicklung“, die es der Öffentlichkeit in den kommenden Jahren ermöglichen sollen, auf Entwicklungsfragen Einfluss zu nehmen. An diesen vom Verkehrs- und Kommunikationsministerium unterstützten Aktivitäten wirken die Zivilgesellschaft, Kommunalverwaltungen und Baufirmen maßgeblich mit.

Zur Förderung einer integrierten Wasserbewirtschaftung startete das Zentrum ein neues regional ausgerichtetes Projekt über Oberflächen- und Grundwasser. Gemeinsam mit regionalen Organisationen wirkte das Zentrum an der Einrichtung eines neuen Ausbildungszentrums für die Wasserbewirtschaftung im Aral-Syr-Darja-Becken und im Einzugsgebiet der Flüsse Tschu und Talas in Qysylorda mit.

Das Zentrum unterstützte das ganze Jahr hindurch die Bemühungen Kasachstans beim Umstieg auf eine grüne Wirtschaft, insbesondere durch Förderung der *Green Bridge Initiative* des Landes und durch Unterstützung bei der Ausarbeitung einer diesbezüglichen nationalen Strategie. Es ermutigte zur Umsetzung der Aarhus-Konvention und förderte die Aktivitäten der Aarhus-Zentren in verschiedenen Regionen.

MENSCHLICHE DIMENSION

Die Arbeitsschwerpunkte des Zentrums waren die Verhütung von Menschenhandel, die Unterstützung für die Strafverfolgungsorgane, die Strafverfolgungskapazitäten der Justiz und der Schutz gefährdeter Gruppen. Landesweit wurden 21 Veranstaltungen durchgeführt, die folgenden Themen gewidmet waren: Aufklärung über die Gefährdung von Kindern in Waisenhäusern und Sonderschulen, Fortbildung von Richtern in Fallklassifizierung und Beweiswürdigung und Unterstützung verschiedener staatlicher Dienststellen bei der Früherkennung und dem Schutz von Menschenhandelsopfern.

Das Zentrum stellte gemeinsam mit dem BDIMR fachkundige Beratung und technische Unterstützung zur Verfügung, insbesondere zur Reform der Strafrechtspflege. Wir organisierten mehrere Besprechungen mit der Generalstaatsanwaltschaft, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft über die Entwürfe zum Strafgesetzbuch und zur Strafprozessordnung.

Wir brachten uns auch in die laufenden Bemühungen zur Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit ein und konzentrierten uns dabei auf die Achtung der Menschenrechte sowie der Meinungs-, Versammlungs- und Glaubensfreiheit.

Das Zentrum widmete sich außerdem der Entwicklung der Massenmedien des Landes und bildete Journalisten aus, vermittelte den Dialog und half bei der Ausarbeitung der Mediengesetze. Es war Gastgeber des dritten Zentralasiatischen Internetentwicklungsforums für Journalisten, Rechtsanwälte, NGO-Vertreter und Regierungsbeamte aus der Region und anderen Landesteilen, die über Trends, Neuerungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Regulierung des Internets diskutierten. Ferner unterstützte es Ausbildungskurse in verschiedenen Regionen für kasachischsprachige Journalisten über neue Medientools sowie Arbeitstagungen über Umweltberichterstattung.

FELDOPERATIONEN – ZENTRALASIEN

DAS ZENTRUM IN BISCHKEK

Leiter des Zentrums: **Botschafter Sergei Kapinos**

Haushalt: **6 715 100 EUR**

www.osce.org/bishkek

Vollzeitpersonal: 26 internationale und 89 örtliche Mitarbeiter sowie 31 Mitarbeiter für die Initiative für kommunale Sicherheit

Die Kirgisische Republik setzte 2012 ihre Reformagenda unter der neuen politischen Führung fort. In Verfolgung des vordringlichen Ziels der wirtschaftlichen Erholung ergriff Kirgisistan zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas. Unter der neuen Verfassung von 2010 kam das Land bei der Umstrukturierung und Festigung der politischen Institutionen und der Justiz gut voran. Die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Wandels unter Einhaltung der Rechenschaftspflicht in den Entscheidungsprozessen bildete den strategischen Schwerpunkt der Arbeit des Zentrums in Bischkek.

DAS WICHTIGSTE

Konfliktlösung auf Gemeindeebene durch kommunale Mediatoren

Mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in Bergbauprojekten durch neue Gesetze über die Nutzung unterirdischer Ressourcen

Ziviles Monitoring von Hafteinrichtungen gegen Folter

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

KONFLIKTVERHÜTUNG UND KONFLIKTLÖSUNG

Ein vom Zentrum eingerichtetes Netz von Mediatoren legte örtliche Konflikte bei und untersuchte deren mögliche Ursachen auf Gemeindeebene. Dank einer engen Zusammenarbeit mit den Behörden konnte die Nachhaltigkeit des Netzes, das auf Nordkirgisistan ausgedehnt wurde, gesichert werden. Jugendliche unterschiedlicher ethnischer Abstammung aus verschiedenen Regionen des Landes beteiligten sich an den territorialen Jugendräten, in denen sie gemeinsam Aktivitäten unternahmen und die Rolle der Jugend für Frieden und Versöhnung diskutierten. In der vom Konflikt schwer getroffenen Stadt Osch im Süden des Landes organisierten Mitglieder des Jugendrates Schulveranstaltungen zum Thema Toleranz und führten in nationalen Theatern Stücke auf, die die Botschaft der interethnischen Aussöhnung vermittelten. Die Jugendräte treffen regelmäßig mit der Stadtverwaltung zusammen und stellen dadurch sicher, dass die Stimme der neuen Generation bei örtlichen Entscheidungen gehört wird.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

GOOD GOVERNANCE

Ein mithilfe des Zentrums ausgearbeitetes Gesetzespaket erhöht die Transparenz und sieht die Mitsprache der betroffenen Gemeinden vor, um Konflikten im Zusammenhang mit der Erschließung von Rohstoffvorkommen vorzubeugen. Das Zentrum stärkte auch die örtlichen Kapazitäten zum Abbau von Spannungen um Boden und Wasser. Transparentere Verfahren für die Verpachtung landwirtschaftlicher Nutzflächen verringerten das Konfliktpotenzial und verhalfen den Kommunen zu höheren Einnahmen, wodurch mehr in öffentliche Dienstleistungen investiert werden konnte. *Wassernutzergemeinschaften sanierten mit Unterstützung des Zentrums Bewässerungssysteme und verringerten damit den Verlust von Bewässerungswasser in ihren Kommunen um nahezu die Hälfte.* Die Gemeinschaften erhöhten außerdem ihre Gebühreneinnahmen um bis zu 80 Prozent, wodurch sie Schulden tilgen und in dringend benötigte Sanierungsarbeiten investieren konnten. In Wasseranalyse ausgebildete Studenten stellten den Kommunen ihre Analyseergebnisse zur Verfügung und förderten damit fundierte Diskussionen über den Umweltzustand und den Bedarf an öffentlichen Investitionen.

MENSCHLICHE DIMENSION

MENSCHENRECHTE

Das Zentrum beteiligte sich an der Ausarbeitung einer neuen staatlichen Strategie für die Strafvollzugsreform im Einklang mit internationalen Standards. Die öffentliche Kontrolle in geschlossenen Anstalten wurde verstärkt, nachdem das Zentrum eine neue Vereinbarung zwischen den zuständigen staatlichen Dienststellen und der Zivilgesellschaft über zivile Inspektionen in Hafteinrichtungen vermittelt hatte. Im Rahmen des Polizeireformprojekts wurden Polizeibeamte in Menschenrechtsfragen unterwiesen, und es wurde ein den internationalen Standards entsprechendes Polizeireformkonzept gefördert. Ferner entsprach das Zentrum einem amtlichen Ersuchen, die Expertenberatung und Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Ausarbeitung eines neuen Justizreformkonzepts zu koordinieren. Anhand dieses Konzepts wurden neue Richter ausgewählt, auch jene der Verfassungskammer, die seit 2010 unbesetzt war. Zum Thema Genderfragen leistete das Zentrum Hilfestellung bei der Ausarbeitung einer Nationalen Strategie für Geschlechtergleichstellung und eines nationalen Aktionsplans für die Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit. Ferner war das Zentrum bei der Formulierung eines neuen Gesetzes über friedliche Versammlung im Sinne der OSZE-Verpflichtungen beratend tätig.

DIE INITIATIVE FÜR KOMMUNALE SICHERHEIT (CSI)

Seit der Einführung der Initiative für kommunale Sicherheit im Jahr 2011 arbeiten internationale Polizeiberater Hand in Hand mit ihren örtlichen Kollegen an der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Polizei und den örtlichen Gemeinden. 2012 erweiterte die CSI ihren Aktionsradius auf nunmehr 11 Verwaltungsbezirke. Sie unterstützte mobile Polizeiwachen, die an allen CSI-Einsatzorten zur Anlaufstelle für Bürger wurden. Die Polizei ging aktiv auf Anliegen der Bürger ein und richtete Mechanismen zur Weiterleitung von Bürgerbeschwerden an andere staatliche Organe und zivilgesellschaftliche Organisationen ein. Die Beschwerdeführer wurden auch über die Behandlung ihrer Anliegen auf dem Laufenden gehalten. Verschiedene polizeiliche

Initiativen, etwa eine Kampagne gegen häusliche Gewalt, aktive Jugendarbeit und Diskussionsrunden mit ethnischen Minderheiten in Dörfern, veranschaulichen, wie erfolgreich die CSI zur Aussöhnung nach dem Konflikt und zur Förderung von auf die vielfältigen Bedürfnisse der Bürger in ihrer Gemeinde abgestimmten polizeilichen Methoden beiträgt. Im November wurde das Zentrum in Bischkek vom Büro des Ministerpräsidenten eingeladen, das CSI-Projekt um weitere drei Jahre bis Dezember 2015 zu verlängern.

IM FOKUS

Azada Hussaini, 26, hat viel erlebt, bevor sie an die OSZE-Akademie in Bischkek kam. Die 1986 im Iran inmitten des Krieges geborene Tochter afghanischer Flüchtlinge kannte im Kindesalter nur ein Leben aus dem Koffer. Auf eine kurze Rückkehr nach Afghanistan folgte ein weiterer Umzug nach Pakistan, dann ein Flug in die USA, wo die energische Studentin an einem kleinen Frauencollege dank großzügiger Stipendien ein Bachelor-Diplom erwarb. Azada hatte stets nur das eine Ziel vor Augen: die endgültige Rückkehr in ihre Heimat Afghanistan und die Verbesserung der Lage in ihrem Land. Nun zählt Azada zum ersten Jahrgang, der den Master-Studiengang für Governance und Entwicklung im Wirtschaftsbereich, der dieses Jahr zum ersten Mal angeboten wurde, abschließt.

Im zehnten Jahr ihres Bestehens bietet die Akademie, die eng mit dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik zusammenarbeitet, nun auch einen postgradualen Studiengang in Politik und Sicherheit an. Gleichzeitig ist sie ein Zentrum für Forschung und regionalen Dialog über internationale Beziehungen, Ökonomie, Journalismus, umfassende Sicherheit, Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – was die Ausbildung Azadas weiter aufwertet.

Azada erzählt, sie habe sich für das Studium in Bischkek entschieden, weil die Studienfächer speziell auf die besonderen Probleme Zentralasiens zugeschnitten seien. Die Studierenden müssten sich nicht mehr abstrakt mit den Problemen befassen, sondern lernten anhand tatsächlicher Beispiele aus ihrer Region mit ihnen umzugehen. „Da kann man wirklich sehen, welche Auswirkungen eine Lösungsstrategie für ein Problem auf das ganze Land hat“, meinte sie.

Da der Studiengang Governance im Wirtschaftsbereich neu ist, konnten die Studierenden ihre Vorstellungen in die Gestaltung des Lehrplans einbringen. Auf Ersuchen der Studierenden wird beispielsweise ausführlicher auf das Thema Handel eingegangen, berichtete der Direktor der OSZE-Akademie, Maxim Ryabkow.

Azada profitiert auch von dem im Studiengang vorgesehenen Praktikum, das einen wichtigen Bestandteil des Masterstudienprogramms bildet. Die Akademie vermittelt somit die praktischen und theoretischen Kenntnisse und das Fachwissen, das Azada so gern zurück nach Kabul bringen möchte.

FELDOPERATIONEN – ZENTRALASIEN

DAS BÜRO IN TADSCHIKISTAN

Leiter des Büros: **Botschafter Ivar Vikki**

Anzahl der Außenstellen: 5

Haushalt: **6 312 500 EUR**

www.osce.org/tajikistan

Vollzeitpersonal: 28 internationale und 130 örtliche Mitarbeiter

In dem Bestreben, die Regierung und die Zivilgesellschaft dazu zu bringen, sich mit Problemen gemeinsam auseinanderzusetzen, verstärkte das Büro den Dialog zu aktuellen politischen und Menschenrechtsfragen. Es unterstützte die Reformprozesse in den Bereichen Gesetzgebung, Polizei und Sicherheit und Justiz, in die die Gesellschaft nun stärker als bisher eingebunden wird. Das Büro hat sich zu einem wichtigen Akteur in der Koordinierung und Kooperation in der Region und mit Afghanistan bei der Minenräumung und Grenzsicherung entwickelt.

DAS WICHTIGSTE

280 Hektar von Landminen geräumt

10 708 Teilnehmer an Veranstaltungen zu Fragen der Menschenrechte und Grundfreiheiten

592 Absolventen der Stabsakademie für Grenzmanagement

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

POLITISCHER DIALOG

Über den tadschikischen Öffentlichen Rat und durch regelmäßige Diskussionsveranstaltungen in seinen fünf Außenstellen bot das Büro eine wichtige Plattform zur Förderung von politischem Pluralismus und unterstützte den Dialog zwischen Vertretern der Regierung, der Zivilgesellschaft, von Religionsgemeinschaften und der Massenmedien. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft, Arbeitsmigration, Genderfragen, den digitalen Rundfunk und das Engagement für Afghanistan. Das Büro intensivierte auch den Dialog mit allen politischen Parteien im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2013.

GRENZMANAGEMENT

2012 hielt das Büro im Ausbildungszentrum Gissar Kurse in Patrouillenplanung und Führungskompetenz für 140 tadschikische und afghanische Grenzsoldaten ab. Sie wurden in der Führung von Patrouillen, Winterpatrouillen, Erster Hilfe und Patrouillenmanagement und -analyse geschult. Zu Förderung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit sorgte das Büro außerdem für die Ausbildung von 108 Vertretern der tadschikischen und kirgisischen Grenztruppen, Polizei und Drogenfahndung in der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, der Verbesserung der Sicherheit von Reisedokumenten und in Methoden der Risikoeinschätzung.

POLIZEIREFORM

Als besonderer Erfolg ist die Ratifizierung einer Vereinbarung zwischen dem Büro und dem Ministerium für innere Angelegenheiten über die Polizeireform durch das Parlament zu werten. Als Kovorsitz der nationalen Lenkungsgruppe für die Polizeireform beaufsichtigte das Büro die Bildung örtlicher zivilgesellschaftlicher Beiräte, die Beiträge zu der Ende 2012 fertiggestellten Nationalen Polizeireformstrategie leisteten. 2013 wird sie der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

GOOD GOVERNANCE

Im Sinne des von der tadschikischen Regierung als nationale Priorität festgelegten Kampfs gegen die Korruption verstärkte das Büro seine Unterstützung für die mit der Korruptionsbekämpfung befassten Organe, darunter die Agentur für staatliche Finanzaufsicht und Korruptionsbekämpfung und der neu geschaffene Nationale Antikorruptionsrat. In ihrer Eigenschaft als Kovorsitz des Geberforums gegen Korruption in Tadschikistan hatte die OSZE maßgeblichen Anteil an der Ausarbeitung eines Entwurfs zur Nationalen Antikorruptionsstrategie für die Jahre 2013 – 2020. Wir waren außerdem als Berater in die Formulierung von zwei neuen Gesetzen über die Überprüfung von Rechtsakten aus Sicht der Korruptionsbekämpfung und über Interessenkonflikte eingebunden. Das Büro wirkte ferner an der Ausarbeitung eines Lehrplans in russischer und tadschikischer Sprache mit, anhand dessen tadschikische Strafverfolgungsbehörden in der Aufdeckung und Untersuchung von Korruptionsfällen und in Korruptionsverhütung ausgebildet werden.

DER KONNEX UMWELT, WASSER, ENERGIESICHERHEIT

Nachhaltiges grenzüberschreitendes Wassermanagement, Energiesicherheit und Umweltsicherheit sind für Tadschikistan und die gesamte zentralasiatische Region Themen von größter Wichtigkeit. 2012 erweiterte das Büro seine Ausbildungskurse in internationalem Wasserrecht und Konfliktbeilegung für Beamte, die in den Sektoren Landwirtschaft, Energie und Wasser des Landes tätig sind. Vom Büro unterstützte interministerielle Expertengruppen legten der Regierung den Entwurf zu einem Aktionsplan zur Entwicklung kleiner Wasserkraftwerke und zu einem nationalen Umweltkodex zur Genehmigung vor. Vier Aarhus-Zentren führten mit Unterstützung der OSZE und unter reger Beteiligung der Zivilgesellschaft Aufklärungskampagnen für eine sichere Umwelt durch.

MENSCHLICHE DIMENSION

MENSCHENRECHTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

2012 verabschiedete die tadschikische Regierung einen unter Beteiligung des Büros ausgearbeiteten Fünfjahresplan zur Förderung der Menschenrechtserziehung. Die Generalstaatsanwaltschaft gab ein Verfahrenshandbuch für die Untersuchung von Foltervorwürfen heraus, das in einem vom Büro geförderten Prozess unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure, des Obersten Gerichtshofs, des Justizrats und weiterer staatlicher Stellen entwickelt worden war.

WAHLEN

Die Zentrale Kommission für Wahlen und Volksabstimmungen erstellte mithilfe eines abgestellten Experten neue Verwaltungsverfahren. Die mit Unterstützung des Büros geschaffene Arbeitsgruppe von Politikerinnen aller in Tadschikistan eingetragenen Parteien setzte sich weiter für verstärkte Mitsprache in der Politik ein und empfing eine Mehrparteiendelegation des kirgisischen Parlaments.

MEDIENENTWICKLUNG

Die mithilfe des Büros geschaffene tadschikische Selbstregulierungsbehörde der Medien vermittelte 25 außergerichtliche Einigungen und vereinigt in sich nun 90 Prozent der Medienunternehmen des Landes. Mit 23 landesweit abgehaltenen Podiumsdiskussionen mit insgesamt 372 Teilnehmern wurde eine breite Diskussion über Medienethik gefördert. Die in Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Medienfreiheit vermittelten bewährten Gesetzgebungspraktiken fanden Eingang in das neue Massenmediengesetz und in Empfehlungen für die Regulierung des digitalen Fernsehens und des Internets.

GENDERFRAGEN

Die im Frauenressourcenzentrum vernetzten Organisationen führten 849 kostenlose Rechtsberatungen und 665 psychosoziale Beratungen durch. 72 Frauen wurden im Schreiben und Lesen, 178 in der Nutzung von Computern und 500 im Nähen unterrichtet, damit sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Ferner nahmen 1 777 Personen an Ausbildungsaktivitäten des Zentrums über Schulunterricht für Mädchen und über Gewalt in der Familie teil.

2012 – EIN GUTES JAHR FÜR DIE STABSAKADEMIE FÜR GRENZMANAGEMENT

Es begann mit dem ersten Stabskurs nach einem aktualisierten, vom Wissenschaftlichen Beirat genehmigten Lehrplan. Das Programm erwies sich als äußerst erfolgreich. Von den 592 Absolventen des Jahres waren 223 aus Afghanistan und 39 waren Frauen.

Die Stabsakademie organisierte 27 Veranstaltungen, darunter drei einmonatige Stabskurse für leitende Beamte und 24 Seminare für Mitarbeiter aus der ganzen OSZE und von externen Partnern.

Es kam zur Bildung von internationalen Partnerschaften mit dem von der Europäischen Union finanzierten und dem UNDP Tadschikistan durchgeführten EU-Grenzschutzprogramm für Nordafghanistan (EUBOMNAF), dem Friedensforschungsinstitut der Universität Tampere in Finnland (TAPRI) und dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

Die Akademie ergänzte ihr Lehrerkollegium um 73 Experten und verfügt nun über insgesamt 190 Lehrbeauftragte, die via LinkedIn professionell vernetzt sind.

FELDOPERATIONEN – ZENTRALASIEN

DER PROJEKTKOORDINATOR IN USBEKISTAN

Projektkoordinator: **Botschafter György Szabó**

Haushalt: **1 949 600 EUR**

www.osce.org/uzbekistan

Vollzeitpersonal: 2 internationale und 18 örtliche Mitarbeiter

Der Projektkoordinator unterstützte die Regierung Usbekistans dabei, für Stabilität zu sorgen, die Wirtschaftsentwicklung und Umweltsicherheit zu stärken und die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in allen drei Dimensionen auf ausgewogene Weise umzusetzen. Bei der Planung und Durchführung der Projektarbeit hielt sich der Projektkoordinator auch in diesem Jahr thematisch an die Prioritäten des Reformprozesses in Usbekistan. Das Hauptaugenmerk galt der Entwicklung kostenwirksamer und dynamischer Projekte, mit denen man auch die Regionen des Landes erreichen kann.

DAS WICHTIGSTE

Einigung auf eine eigenständige Gender-Mainstreaming-Komponente

Hilfestellung bei der Schaffung landwirtschaftlicher Genossenschaften

Anstoß zu einer Debatte über die Teilhabe der Bürger und der Jugend an Zivilgesellschaft und Demokratie

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION

FÖRDERUNG DER ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Mittels Seminaren und Kursen trug der Projektkoordinator dazu bei, der Zivilgesellschaft die Ziele des Reformprozesses in Usbekistan näherzubringen. Sein besonderes Augenmerk galt der Entwicklung der Medien und dem Entwurf zu einem neuen Mediengesetz.

POLIZEIARBEIT

In Fortsetzung seiner Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie veranstaltete der Projektkoordinator mit ihr gemeinsam Workshops zur Verbesserung der Personalschulung für die Strafverfolgungsbehörden.

VERBESSERUNG DES KATASTROPHENSCHUTZES

Wir unterstützten das Katastrophenschutzministerium in seinen Bemühungen zur Verbesserung der Maßnahmen zur Verhütung von Naturkatastrophen und zur Beseitigung von deren Folgen durch ein verbessertes Ausbildungsangebot und die Bereitstellung einer berufsbegleitenden Ausbildung für Mitarbeiter.

BEKÄMPFUNG DES DROGENHANDELS

Der Projektkoordinator stellte den regionalen Außenstellen des nationalen Zentrums für die Analyse von Drogenbekämpfungsdaten Ausbildungsunterlagen und -informationen zur Verfügung. Die Mitarbeiter erhielten eine Einführung in die jüngsten nationalen und internationalen Rechtsvorschriften gegen den illegalen Drogenhandel.

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION

WIRTSCHAFT

Der Projektkoordinator sorgte für Folgemaßnahmen zur Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung im ländlichen Raum und rief einen landesweiten Beratungsdienst für Landwirte ins Leben.

Wir unterstützten die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über erneuerbare Energie mit einer Reihe von Kursen für Parlamentarier und Fachleute und durch die Vorstellung nachahmenswerter Methoden zur Förderung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen aus anderen OSZE-Teilnehmerstaaten.

GOOD GOVERNANCE

Mit Unterstützung des Projektkoordinators konnten usbekische Beamten an den Aktivitäten zur Bekämpfung der Geldwäsche in der Egmont Gruppe, der OECD und der Arbeitsgruppe Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche teilnehmen. Die OSZE war auch bei der Umsetzung internationaler Empfehlungen in Usbekistan behilflich. Wir setzten uns für die Aufnahme von Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen in einen nationalen Aktionsplan ein – die Voraussetzung für die Teilnahme Usbekistans am OECD-Korruptionsbekämpfungsnetz. Der Projektkoordinator veröffentlichte Entscheidungen der erstinstanzlichen Wirtschaftsgerichte, zu denen er gemeinsam mit dem Obersten Wirtschaftsgericht ein Gutachten abgegeben hatte. Informationen über gerichtlich ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Unternehmen können eine bessere Kenntnis der Rechtslage vermitteln und das Vertrauen in gerichtliche Entscheidungen verstärken.

UMWELT

Gemeinsam mit dem Staatlichen Ausschuss für Naturschutz führte der Projektkoordinator ein Monitoring der Schwermetall- und Strahlungsbelastung im Einzugsgebiet des Syr-Darja durch. Die dabei erhobenen Daten werden von entscheidender Bedeutung für ein Frühwarnsystem sowie für Initiativen zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten sein.

Gemeinsam mit der Regierung und Partnern aus der Zivilgesellschaft trugen wir zur Verbesserung der journalistischen Qualität der Umweltberichterstattung und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für diese Fragen bei.

„Es ist uns gelungen, die Debatte über erneuerbare Energie auf die politische Agenda zu bringen und uns über den neuesten Stand der Technik zu informieren.“

Borij Alichanow, Parlamentspräsident und Vorsitzender der Ökobewegung

MENSCHLICHE DIMENSION

MENSCHENRECHTE

Auch in diesem Jahr förderte der Projektkoordinator die Menschenrechte in der Polizei, unterstützte die nationalen Menschenrechtsinstitutionen und stärkte die Kapazitäten der Justiz. Wir waren bei der Veröffentlichung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension in usbekischer Sprache behilflich, um sie Regierungsbeamten, der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

MENSCHENHANDEL

Der Projektkoordinator ermöglichte der Ressortübergreifenden Kommission gegen Menschenhandel, mit größerer Effizienz für die ordnungsgemäße Identifizierung und den Schutz von Menschenhandelsopfern sowie für deren sichere Rückkehr zu sorgen. Zwischen den Herkunftsländern und den Zielländern wurden direkte Kontakte hergestellt und Gespräche in Gang gesetzt; gemeinsam mit dem usbekischen Außenministerium wurden für die Mitarbeiter der Botschaften und Konsulate in den Zielländern Workshops über die Identifizierung von Menschenhandelsopfern abgehalten.

AUSBILDUNGSAKTIVITÄTEN IN USBEKISTAN 2012

THEMA:	ANZAHL DER TEILNEHMER:
Umwelt	305
Medien	265
Justizreform	225
Unternehmertum	200
Menschenrechte für die Polizei	130
Bekämpfung des Menschenhandels	110
Entwicklung der Zivilgesellschaft	100
Drogenbekämpfung	83
Good Governance	80
Verkehr	70
Energie	70
Polizeiarbeit	47
Genderbewusstsein	30

FELDOPERATIONEN – UNTERSTÜTZUNG BEI DER UMSETZUNG BILATERALER ABKOMMEN

DER VERTRETER IN DER GEMEINSAMEN LETTISCH-RUSSISCHEN KOMMISSION FÜR PENSIONIERTE MILITÄRANGEHÖRIGE

Vertreter der OSZE: **Helmut Napiontek**
Haushalt: **9 300 EUR**

Der Vertreter der OSZE setzte seine Hilfestellung für die Umsetzung des 1994 von den Regierungen Lettlands und Russlands geschlossenen bilateralen Abkommens über soziale Garantien für in Lettland ansässige pensionierte Militäranghörige der Russischen Föderation und deren Familien fort. Laut den jüngsten verfügbaren Zahlen beziehen zwischen 10 952 (nach lettischer Zählung) beziehungsweise 13 136 (nach russischen Angaben) Personen Pensionszahlungen aus dem Bundeshaushalt der Russischen Föderation.

AKTIVITÄTEN UND ENTWICKLUNGEN

- Keine anstehenden Einzelfälle
- Fortsetzung der Diskussion über Kostenersatz für medizinische Leistungen
- Unstimmigkeiten in Bezug auf die Auslegung des Abkommens

2012 wurden der Kommission keine Individualbeschwerden von pensionierten Militäranghörigen zur Kenntnis gebracht.

Lettland legte einen Entwurf zu einem neuen Abkommen vor, durch den die derzeitige Regelung für den Kostenersatz für medizinische Leistungen, die pensionierte Militäranghörige bei Einrichtungen des lettischen Gesundheitswesens in Anspruch genommen haben, geändert werden soll. Das bilaterale Abkommen von 1994 sieht vor, dass die Russische Föderation die Kosten für die medizinische Betreuung ihrer pensionierten Militäranghörigen zu übernehmen hat. Die lettischen Behörden sind jedoch der Ansicht, dass die derzeitigen Verfahren für die Rückerstattung der medizinischen Kosten nicht mehr zeitgemäß sind und wollen als Berechnungsgrundlage die tatsächlichen Kosten heranziehen. Zurzeit prüft die Russische Föderation den lettischen Vorschlag, eine Antwort wird in Kürze erwartet.

Wie schon der unterschiedlichen Zählung der pensionierten Militäranghörigen zu entnehmen ist, gibt es noch immer keine nennenswerten Fortschritte in Bezug auf die unterschiedliche Auslegung einiger Bestimmungen des Abkommens durch die Parteien. Nach wie vor gehen die Auffassungen darüber auseinander, wer unter das Abkommen fällt, das heißt, mittels welcher Verfahren festgelegt wird, wer für die Aufnahme in die Liste anspruchsberechtigter pensionierter Militäranghöriger infrage kommt.

Erwartungen, die Kommission könnte 2012 die Erörterung über eine andere Auslegung der strittigen Bestimmungen aufnehmen, haben sich nicht erfüllt. Daher wird der OSZE-Vertreter in

Einzelgesprächen mit den beteiligten Parteien die Frage erörtern, mit welchen Verfahren sich die unterschiedliche Zählung der pensionierten Militäranghörigen vermeiden lässt.

DIE INSTITUTIONEN

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) befasst sich mit fünf großen Themenkreisen: Wahlen, Demokratisierung, Menschenrechte, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie Fragen der Roma und Sinti.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten hat die Aufgabe, auf ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufmerksam zu machen und im frühest möglichen Stadium zu entschärfen.

Der Beauftragte für Medienfreiheit ist die weltweit einzige zwischenstaatliche Instanz zum Schutz und zur Förderung der Medienfreiheit in den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten.

DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Direktor: **Botschafter Janez Lenarčič**

Haushalt: **16 039 300 EUR**

www.osce.org/odihr

www.facebook.com/osce.odihr

www.twitter.com/osce_odihr

Als wichtigste OSZE-Institution für Fragen der menschlichen Dimension bietet das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) den Teilnehmerstaaten und der Zivilgesellschaft Unterstützung, Hilfe und Fachwissen an und fördert damit die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte sowie Toleranz und Nichtdiskriminierung.

WAHLEN

Eine der Hauptaufgaben des BDIMR ist die Unterstützung der Teilnehmerstaaten bei der Abhaltung demokratischer Wahlen. 2012 entsandte das BDIMR Wahlbeobachtungsmissionen in 14 Teilnehmerstaaten.

Das Büro unterstützte die Teilnehmerstaaten auch 2012 bei der Umsetzung der in den Abschlussberichten seiner Missionen ausgesprochenen Empfehlungen zur Verbesserung der Wahlprozesse. Im Berichtsjahr besuchten BDIMR-Mitarbeiter 10 Teilnehmerstaaten, um die Abschlussberichte der Missionen zu übergeben und die darin enthaltenen Empfehlungen zu erläutern. Das BDIMR stellte Sachverständigengutachten zur Reform der Wahlgesetze und Beratung zu konkreten Aspekten des Wahlprozesses zur Verfügung.

Im Rahmen seines Auftrags zur Verbesserung der Wahlbeobachtungsmethodik veröffentlichte das BDIMR zwei neue Handbücher über die Beobachtung der Wählereintragung und über Medienmonitoring. Ferner unterstützte es die Bemühungen der Länder zur Ausbildung von Wahlbeobachtern. In diesem Jahr wurde ein e-Learning-Modul in Englisch und Russisch für Kurzzeitbeobachter vorgestellt. Außerdem hielt das Büro für Beobachter der am Diversifizierungsfonds beteiligten Länder drei Ausbildungsveranstaltungen ab. Dank dieses Fonds konnte das BDIMR die geografische Streuung der Beobachtungsteams inzwischen erheblich ausweiten – 2012 waren 48 Teilnehmerstaaten durch Wahlbeobachter vertreten.

Ein Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension zum Thema demokratische Wahlen und Wahlbeobachtung, das im Juli gemeinsam mit dem irischen Vorsitz in Wien veranstaltet wurde, gab Gelegenheit zur Diskussion und zum Feedback sowie zur Abgabe von Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten und das BDIMR über mögliche Verbesserungen bei der Abhaltung demokratischer Wahlen und die Verfeinerung der Beobachtungsmethodik.

MENSCHENRECHTE

Im Rahmen seiner Überwachungsaktivitäten beobachtete das BDIMR 15 Demonstrationen in vier Teilnehmerstaaten, um sich ein Bild von Problemen sowie von bewährten Verfahrensweisen bei der Einhaltung der einschlägigen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension in Bezug auf die Versammlungsfreiheit zu machen.

Das Büro gab zwei neue Sammlungen von Leitlinien zum Thema Menschenrechtserziehung in der Strafverfolgung und in Sekundarschulen heraus. Damit sollen bewährte Methoden bei der Entwicklung und Umsetzung von Lehrplänen zur Aus- und Weiterbildung in der Strafverfolgung und im Schulwesen gefördert werden.

Das BDIMR stellte seine Leitlinien für die Menschenrechtserziehung in der Strafverfolgung anlässlich einer Veranstaltung im Dezember in Istanbul vor, die gemeinsam von der türkischen nationalen Polizei und der OSZE-Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten organisiert wurde.

Ferner schloss das BDIMR ein gemeinsam mit dem OSZE-Büro in Tadschikistan durchgeführtes Projekt ab, in dem Strafverfolgungsorgane des Landes bei der Entwicklung von Fortbildungskursen über den Schutz der Menschenrechte im Zuge der Terrorismusbekämpfung unterstützt wurden. Bei dem Projekt wurde besonderes Augenmerk auf die nationale Eigenverantwortung gelegt, und der von einer Gruppe bestehend aus zehn erfahrenen örtlichen Ausbildern ausgearbeitete Lehrplan soll in das Ausbildungsprogramm der Polizeiakademie für Strafverfolgungsbeamte und nationales Sicherheitspersonal übernommen werden.

WAHLBEOBACHTUNGSAKTIVITÄTEN IN 2012

LAND	ART DER WAHLEN	DATUM DER WAHLEN
Kasachstan	Vorgezogene Parlamentswahlen	15. Januar 2012
Russische Föderation	Präsidentenwahlen	4. März 2012
Armenien	Parlamentswahlen	6. Mai 2012
Serbien	Parlaments- und vorgezogene Präsidentenwahlen	6. und 20. Mai 2012
Griechenland	Vorgezogene Parlamentswahlen	6. Mai 2012
Frankreich	Vorgezogene Parlamentswahlen	10. und 17. Juni 2012
Niederlande	Vorgezogene Parlamentswahlen	12. September 2012
Belarus	Vorgezogene Parlamentswahlen	23. September 2012
Georgien	Vorgezogene Parlamentswahlen	1. Oktober 2012
Litauen	Vorgezogene Parlamentswahlen	14. Oktober 2012
Montenegro	Vorgezogene Parlamentswahlen	14. Oktober 2012
Ukraine	Parlamentswahlen	28. Oktober 2012
Vereinigte Staaten	Allgemeine Wahlen	6. November 2012
Rumänien	Parlamentswahlen	9. Dezember 2012

ROMA UND SINTI

Das BDIMR befasste sich mit der Ausgrenzung und Segregation der Roma und Sinti im Bildungswesen. Gemeinsam mit dem irischen OSZE-Vorsitz und dem Büro des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten führte es einen Vor-Ort-Besuch in der Tschechischen Republik durch. In seinem anschließenden Bericht empfahl es den tschechischen

Behörden, sich verstärkt um die Beseitigung diskriminierender Hindernisse für den gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung zu bemühen.

Im Februar berichtete ein BDIMR-Vertreter der US-Helsinki-Kommission ausführlich über die Lage und ging dabei auf die bestehenden Probleme in Bezug auf Rassismus und Intoleranz gegenüber der Roma- und Sintibevölkerung ein.

Nach der Verabschiedung des moldauischen Roma-Aktionsplans 2011 – 2015 war das BDIMR den moldauischen Behörden bei deren Maßnahmen zur örtlichen Umsetzung des Plans behilflich. Im Zuge seines Hilfsprogramms hielt das Büro drei regionale Diskussionsveranstaltungen unter Beteiligung örtlicher Behörden und zivilgesellschaftlicher Organisationen der Roma ab.

Das BDIMR veranstaltete ferner ein Beratungstreffen mit über 40 Vertretern der Zivilgesellschaft der Roma und Sinti, bei dem die „Warschauer Erklärung der Roma-, Sinti- und Traveller-Frauen“ verabschiedet wurde. Darin wird die Stärkung der Position der Romafrauen gefordert, um sie in die Lage zu versetzen, zum Motor des Wandels in ihrer Gemeinschaft und Gesellschaft zu werden. Vertreter der Teilnehmerstaaten und von Romafrauenorganisationen bezeichneten Bildung als wichtigstes Werkzeug für die Ermutigung der Romafrauen zur aktiven Beteiligung am öffentlichen und politischen Leben.

48/14 – 48 Teilnehmerstaaten entsandten Wahlbeobachter zu 14 Wahlen.

♀ – **Frauen aus über 200 politischen Parteien diskutierten bei OSZE-Veranstaltungen in 11 Teilnehmerstaaten Fragen der Förderung der Geschlechtergleichstellung.**

19 – Gesetze wurden überprüft.

DEMOKRATISIERUNG

Die OSZE-Teilnehmerstaaten und -Feldmissionen ersuchten auch 2012 um Überprüfung von Gesetzesentwürfen durch das BDIMR, um deren Übereinstimmung mit den Verpflichtungen in den Bereichen Versammlungsfreiheit, politische Parteien, Religions- und Glaubensfreiheit, Informationszugang und Geschlechtergleichstellung zu gewährleisten.

Das BDIMR half Serbien und Moldau bei der Verbesserung der Effizienz und Transparenz ihrer Gesetzgebungsverfahren mit einer Reihe von Workshops und Beratungssitzungen, bei denen wichtige Empfehlungen zu Punkten ausgearbeitet wurden, die in Gesetzgebung und Politik zu beachten sind. Im Februar begann das BDIMR in Belgrad mit einer Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das Regulierungsmanagement und organisierte Workshops über Transparenz und Verbesserungen in der Rechtsetzung. Anschließend an die Prüfung der Gesetzgebungsverfahren in Moldau durch das BDIMR aus dem Jahr 2010 begutachtete das Büro im November den moldauischen Gesetzesentwurf über normsetzende Rechtsakte und erörterte seine Empfehlungen mit den zuständigen Stellen in Chişinău.

In den Bereichen demokratische Staatsführung und politische Mitsprache setzte das BDIMR seine Arbeit betreffend parlamentarische Ethik und Verhaltenskodizes fort. Zur Unterstützung

der Parlamentsprogramme von Feldoperationen organisierte es Konferenzen in Georgien und Albanien über „Normen parlamentarischer Ethik und Verhaltenskodizes“ und stellte eine Hintergrundstudie über „Berufliche und ethische Normen für Parlamentarier“ fertig.

Das BDIMR leistete den OSZE-Teilnehmerstaaten Hilfestellung bei der Erhebung genauer Migrationsdaten auf der Grundlage der Methodik des Index für Migrationspolitik und veranlasste eine Bewertung mit der Türkei.

Das BDIMR verstärkte sein Prozessbeobachtungsprogramm mit zwei Publikationen: der zweiten Auflage von *Trial Monitoring: A Reference Manual for Practitioners* und dem neuen *Legal Digest of International Fair Trial Rights*. Sie werden die Expertise der OSZE und ihrer NGO-Partner in Prozessbeobachtung erweitern und zur Justizreform beitragen.

TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG

Das BDIMR befasste sich auch 2012 mit seinem Schwerpunktthema Verhütung von Hassverbrechen und wirksame Gegenmaßnahmen. Im Rahmen seines Fortbildungsprogramms für Strafverfolgungsbeamte gegen Hassverbrechen veranstaltete das BDIMR Schulungskurse für 115 Strafverfolgungsbeamte in Bulgarien, Kroatien, Polen und Ungarn und ging eine auf lange Sicht angelegte Partnerschaft mit der Ukraine zur Ausbildung von Strafverfolgungsbeamten im Umgang mit Hassverbrechen ein. Außerdem schulte es Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, auch durch Veranstaltungen für Personen afrikanischer Abstammung und Workshops über Hassverbrechen für Menschen mit Behinderungen.

Das BDIMR begann mit der Arbeit an Richtlinien für die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit von Religionsgemeinschaften, mit denen Staaten und der Zivilgesellschaft geholfen werden soll, ungerechtfertigte Einschränkungen oder übertrieben strenge Eintragungsanforderungen zu vermeiden. Berichte von 20 Vertretern verschiedenster Religions- bzw. Glaubensgemeinschaften und internationaler Organisationen waren eine wertvolle Hilfe bei diesem Projekt. Im Interesse der größeren Verbreitung und Nutzung der „Richtlinien für Ausbilder in der Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen – Bekämpfung von Islamfeindlichkeit durch Bildung“ organisierte das BDIMR in Zusammenarbeit mit dem Europarat und der UNESCO zwei Diskussionsveranstaltungen. Es erstellte ein Dokument mit den Empfehlungen der 79 Teilnehmer aus 39 Ländern über die richtige Umsetzung der Richtlinien.

Das Büro organisierte darüber hinaus eine Gesprächsrunde, bei der die Zusammenhänge zwischen der Aufklärung über den Holocaust und der Erziehung zur Bekämpfung von Antisemitismus untersucht wurden. Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen war es, dass eine enge Beziehung besteht, da antisemitische Äußerungen oft mit Holocaust-Leugnung einhergehen.

GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Anhand seines Instrumentariums zur Geschlechtergleichstellung und deren Berücksichtigung in der Reform des Sicherheitssektors veranstaltete das BDIMR sieben Ausbildungsseminare, darunter eines an der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement, für insgesamt 172 Polizei- und Grenzschutzbeamte zu verschiedenen Themen betreffend die Berücksichtigung einer Genderperspektive in der Sicherheitspolitik und in Sicherheitsinstitutionen, etwa Gender Mainstreaming, Gender im Grenzmanagement und das Vorgehen der Polizei in Fällen von häuslicher Gewalt.

Zur Steigerung der Effektivität der nationalen Mechanismen zur Förderung der Frau veröffentlichte das BDIMR ein Handbuch für nationale Menschenrechtsinstitutionen über Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung, das detaillierte politische Empfehlungen enthält. Ferner organisierte es in Albanien, Aserbaidschan und Polen Seminare für Vertreter politischer Parteien über die Mitsprache der Frauen in der Politik, in denen den Teilnehmern Maßnahmen zur Förderung der Frauen als Entscheidungsträgerinnen in Parteien und als Kandidatinnen näher gebracht wurden.

MENSCHENHANDEL

Das BDIMR koordinierte den Austausch von Strategien und Informationen zwischen Vertretern der Rechtsberufe, die Menschenhandelsopfern kostenlose Rechtsberatung und -vertretung anbieten, um den Zugang der Opfer zu den Gerichten und zu wirksamen Rechtsbehelfen zu fördern. Zu diesem Zweck veranstaltete es im April ein Treffen von 45 Vertretern von Anwaltskanzleien, Rechtsberatungsstellen, Pro-bono-Clearingstellen sowie von zivilgesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Organisationen.

IM FOKUS STÄRKUNG DER ROMAGEMEINSCHAFT

In der Grundschule waren die Mitschüler schlecht auf Marina Simeunović zu sprechen, weil sie immer die besten Noten ihrer Klasse hatte. Und das durfte nicht sein, denn Marina ist eine Romni – und noch dazu ein Mädchen.

„Ich kämpfte nicht gegen Windmühlen, sondern wollte lediglich beweisen, dass auch mir etwas zustand. Darin war ich gut, und mit der Zeit wurde ich respektiert,“ erzählte Marina.

Marina war das erste Romamädchen aus seinem Stadtviertel in Novi Sad, das zur Universität ging. Es war ein Riesenschritt für ihre traditionelle Gemeinschaft, in der Frauen Kinder gebären und sich ansonsten um Familienangelegenheit kümmern sollen.

„Meine Cousine, die nur acht Jahre älter ist als ich, durfte nicht zur Universität gehen, obwohl sie eine gute Schülerin war ... ihr Vater erlaubte es ihr nicht,“ meinte Marina, 27, die derzeit Jura studiert.

Sie ist eine der sieben wissenschaftlichen MitarbeiterInnen am Projekt „Vorbildliche Verfahren zur Integration der Roma“ (BPRI), das zu 90 Prozent von der EU finanziert, von OSZE-Teil-

nehmerstaaten gefördert und vom BDIMR durchgeführt wird. Es fördert die Mitsprache und in letzter Konsequenz die Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma.

Marina befasst sich konkret mit einer Frage: Ist die Integration eines Rom/einer Romni in die Gesellschaft schwieriger, wenn er/sie keinen Identitätsausweis besitzt? „Mit dieser Forschungsarbeit hatte ich die Chance, mehr über die Gemeinschaft an sich zu erfahren,“ sagte Marina.

Ein grundsätzlicher Ansatz des BPRI-Projekts besteht darin, die Romagemeinschaft so zu stärken, dass sie selbst für ihre Integration arbeiten und ihre Anliegen vertreten kann. Das hat dazu geführt, dass in diesem Jahr über 400 Roma, die meisten von ihnen aus Nichtregierungsorganisationen, direkt in die BPRI-Aktivitäten eingebunden waren.

Zum Beispiel wurde das Programm zur Untersuchung der Kluft zwischen Politik und Praxis entwickelt, damit junge Roma wie Marina die Auswirkungen bestehender politischer Strategien erforschen können. Die von den wissenschaftlichen Roma-Mitarbeitern erarbeiteten Berichte finden sich auf der BPRI-Website www.bpri-odih.org.

DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Hoher Kommissar: **Botschafter Knut Vollebaek**
Haushalt: **3 399 500 EUR**

Die Institution des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) wurde 1992 geschaffen, um ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen oder in den OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, aufzuzeigen und einer raschen Lösung zuzuführen. Der HKNM befasste sich im Berichtsjahr weiter mit ethnischen Spannungen, mit den Lebensbedingungen von Minderheitengemeinschaften in vielen Teilnehmerstaaten und beriet Staaten hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Volksgruppen. Neben der Begutachtung von Rechtsvorschriften betreffend nationale Minderheiten unterstützte der HKNM mehrere Länder in ihrem bilateralen Dialog zu Fragen nationaler Minderheiten und arbeitete mit internationalen Organisationen in einschlägigen Fragen zusammen.

AKTIVITÄTEN NACH REGIONEN UND LÄNDERN

ZENTRALASIEN

Der HKNM startete für die Region Zentralasien eine Initiative zur weiteren Förderung des zwischenstaatlichen Dialogs zu Fragen der Bildung nationaler Minderheiten und entsandte einen regionalen Bildungsbeauftragten nach Almaty, der die zentralasiatischen Staaten zur Zusammenarbeit in diesem Bereich ermutigen sollte.

KASACHSTAN

Der HKNM setzte seinen Dialog mit den kasachischen Behörden über die Sprachen-, Bildungs- und Integrationspolitik fort. Er begann ein Projekt über „Polizeiarbeit im multiethnischen Kasachstan“, das gemeinsam mit dem kasachischen Innenministerium, der Versammlung des Volkes Kasachstans und dem OSZE-Zentrum in Astana durchgeführt wird. Ein vom HKNM ausgewählter internationaler Experte leitete im Oktober im Almaty und Schymkent zwei Pilotseminare zum Aufbau von Kapazitäten für hohe Polizeibeamte.

KIRGISISTAN

Die problematischen interethnischen Beziehungen in Kirgisistan, die von steigendem Nationalismus, dem Fehlen einer soliden staatlichen Politik und zunehmender Ausgrenzung von Angehörigen nationaler Minderheiten geprägt sind, gaben dem HKNM weiter Anlass zur Sorge. Der HKNM rief die Behörden eindringlich dazu auf, zu verschiedenen Aspekten der interethnischen Beziehungen Rahmenbedingungen für konsequente und nachhaltige politische Strategien zu schaffen, um die Aussöhnung und Integration in der kirgisischen Gesellschaft zu fördern.

USBEKISTAN

Der HKNM stellte Fragen der nationalen Minderheiten im Land und in der Region zur Diskussion, in der die Beziehungen Usbekistans zu seinen Nachbarstaaten und die Herausforderungen für die regionale Sicherheit nach 2014 im Mittelpunkt standen.

KAUKASUS

GEORGIEN

Der HKNM rief die georgischen Behörden dazu auf, Minderheiten stärker als bisher in das öffentliche und politische Leben einzubeziehen, und setzte sich für Reformen zur Förderung von mehrsprachigem Schulunterricht ein. Seine diesbezüglichen Aktivitäten konzentrierten sich auf die intensive Unterweisung der Schüler in Sprache und Kultur sowie auf die Ausarbeitung von Lehrplänen, Schulbüchern und Unterrichtsmethoden. Der HKNM äußerte seine Sorge über die Lage der ethnischen Georgier in den Bezirken Gali und Achalgori und unterstützte weiter die Rückführung der Mescheten und deren Wiedereingliederung.

SÜDOSTEUROPA

SERBIEN

Der HKNM bemühte sich weiter um die Überwindung der Kluft zwischen den Volksgruppen in Südserbien und unterstützte in diesem Sinne unter anderem die multiethnische und mehrsprachige Abteilung der Wirtschaftsfakultät in Subotica. Ferner vermittelte er informelle Konsultationen zwischen der serbischen und der rumänischen Regierung über konkreten Maßnahmen, mit denen den Forderungen der rumänischsprachigen Gemeinde in Bezug auf Bildung, Medien und Religion entsprochen werden kann.

Bei seinen zahlreichen Besuchen im Kosovo¹ bewertete der HKNM die Nachhaltigkeit der Mechanismen zur Gewährleistung der Gemeinschaftsrechte nach der Reduzierung der internationalen Präsenz im Kosovo. Er besuchte auch den Nordkosovo, in dem noch immer ein hohes Konfliktpotenzial besteht. Der HKNM unterstützte auch 2012 die Ausarbeitung von Schulbüchern, unter anderem zu den Themen interkulturelle Erziehung und Albanisch als Zweitsprache.

DIE EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN

Der HKNM engagierte sich weiter für die gesellschaftliche Integration und setzte sich mit Spannungen zwischen den Volksgruppen auseinander. Er legte den Behörden nahe, politische Maßnahmen zur Umsetzung ihrer Integrationsstrategie im Bildungswesen zu ergreifen. Da die Herausforderungen der Integration nicht nur das Bildungswesen betreffen, unterstrich der HKNM die Notwendigkeit, dass Mazedonien eine landesweite Strategie in Ergänzung des Rahmenübereinkommens von Ohrid entwickelt und den sozialen Zusammenhalt stärkt.

OST- UND MITTELEUROPA

UNGARN UND DIE SLOWAKEI

Der HKNM förderte wie bisher den Dialog zu Fragen der bilateralen Beziehungen und zur Lage der nationalen Minderheiten in beiden Ländern, darunter auch die Frage der Doppelstaatsbürgerschaft. Bei seinen Besuchen in beiden Ländern erörterte er innerstaatliche rechtliche und politische Entwicklungen. In Ungarn brachte er unter anderem das Wahlgesetz und das Gesetz über Nationalitätenrechte zur Sprache. In der Slowakei besprach er die neue institutionelle Struktur für den Minderheitenschutz und die Umsetzung der Sprachengesetze.

1 Alle Erwähnungen kosovarischer Institutionen und ihrer Leiter beziehen sich auf die Vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen.

MOLDAU

Im Zuge seiner laufenden Zusammenarbeit mit der moldauischen Regierung empfahl der HKNM, Maßnahmen zur Beendigung der Auseinandersetzungen über Identitätsfragen zu ergreifen und dazu unter anderem eine Integrationspolitik zu entwickeln. Er ersuchte die Regierung auch nachdrücklich, dafür Sorge zu tragen, dass die aktuelle Bildungsreform die besonderen Umstände der nationalen Minderheiten berücksichtigt. Er verfolgte weiter die Situation in den von Moldau verwalteten Schulen in Transnistrien und untersuchte gemeinsam mit der OSZE-Mission in Moldau die Lage. Er empfahl sowohl Chişinău als auch Tiraspol, sich um eine Einigung im Rahmen der „5+2“-Gespräche zur Beilegung des seit Langem andauernden Transnistrienkonflikts zu bemühen.

POLEN

Der HKNM machte sich ein Bild von den Ergebnissen seiner Empfehlungen betreffend die litauische Minderheit und seiner Bemühungen um den Abbau der bilateralen Spannungen mit Litauen in Minderheitenfragen.

UKRAINE

Bei seinem Besuch in der Ukraine äußerte der HKNM seine Besorgnis, dass das kürzlich verabschiedete Sprachengesetz die Gesellschaft weiter polarisieren könnte. Er rief die Behörden außerdem dazu auf, die Verabschiedung und Umsetzung des seit Langem hinausgezögerten Gesetzesentwurfs über ehemalige Deportierte, dessen erste Lesung bereits stattgefunden hat, zu beschleunigen. Er gab in Vorbereitung eines internationalen Forums über die Lage der Krimtataren und anderer ehemaliger Deportierter eine Bedarfserhebung durch unabhängige Experten in Auftrag. Darüber hinaus förderte der HKNM auch im Berichtsjahr den interkulturellen Unterricht auf der Krim und hielt für die Staatsanwaltschaft der Krim Kurse in interethnischer Toleranz ab.

DIE BALTISCHEN STAATEN

Der HKNM engagierte sich weiter in den baltischen Staaten und verfolgte unter anderem die Entwicklungen in Estland und Lettland im Zusammenhang mit Fragen der Staatsbürgerschaft, Sprache, Bildung und Integration.

LITAUEN

Der HKNM begab sich nach Litauen, um zu sehen, inwieweit seine Empfehlungen an die Regierung betreffend die Ursachen der innerstaatlichen und bilateralen Spannungen im Hinblick auf die Lage der polnischen Minderheit Ergebnisse gezeigt hatten. In seinen Unterredungen verwies der HKNM nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Verbesserung des gesetzlichen Rahmens für den Minderheitenschutz und stellte fest, dass das Unterrichtsgesetz bei seiner Anwendung in der Praxis die Lage der Minderheitenschüler nicht verschlechtern dürfe.

NEUE INTEGRATIONSRICHTLINIEN

Am 7. November 2012 stellte der HKNM in Laibach offiziell die *Ljubljana Guidelines on Integration of Diverse Societies* vor. Sie enthalten einen Katalog von Leitsätzen und praktischen Beispielen, die als Hilfsmittel für die Staaten bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer Politik zur Förderung der Integration ethnisch heterogener Gesellschaften gedacht sind. In sie sind 20 Jahre Erfahrung des Hohen Kommissars mit potenziellen ethnischen Konflikten und der Förderung der Integration unter Achtung der Vielfalt eingeflossen.

DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Beauftragte für Medienfreiheit: **Dunja Mijatović**

Haushalt: **1 429 300 EUR**

www.osce.org/fom

www.facebook.com/osce.rfom

Die Sicherheit von Journalisten online und offline, die Gewährleistung eines freien und offenen Internets und die Streichung der üblen Nachrede aus dem Strafgesetzbuch standen auch im Jahr 2012 ganz oben auf der Tagesordnung von Dunja Mijatović, der Beauftragten für Medienfreiheit.

MONITORING UND INTERVENTION

Gemäß ihrem Mandat hat die Medienbeauftragte Entwicklungen im Medienbereich in allen Teilnehmerstaaten zu beobachten und den Ständigen Rat umgehend zu informieren, wenn Verpflichtungen in Bezug auf die Medienfreiheit verletzt werden. 2012 intervenierte sie über 150 Mal in 38 Teilnehmerstaaten aus Anlässen, die von Gewalt gegen Journalisten bis zu straf- oder verwaltungsrechtlich relevanten Schikanen gegen Medien reichten.

SICHERHEIT VON JOURNALISTEN

Die Beauftragte machte auch 2012 auf die extrem schwierige Lage von Journalisten aufmerksam, denen bei der Ausübung ihres Berufs eine Vielzahl von Hindernissen in den Weg gelegt wird. Physische Gewalt, Einschüchterung und Schikanen sind nach wie vor eine Bedrohung für die freie Berichterstattung. Unaufgeklärte Angriffe auf Journalisten und die Verhinderung strafrechtlicher Ermittlungen sind ebenfalls noch immer ein Problem. Im Laufe des Jahres nahm die Beauftragte immer wieder Kontakte zu Vertretern internationaler und Nichtregierungsorganisationen auf, um sich auf diese Weise dafür einzusetzen, dass Minister und Gesetzgeber mit der Frage des Schutzes von Journalisten befasst werden.

Im Juni gab die Beauftragte mit drei internationalen Berichterstattern über freie Meinungsäußerung eine gemeinsame Erklärung über Verbrechen wider die freie Meinungsäußerung heraus, in der die nötigen Maßnahmen beschrieben sind, um der Gewalt gegen Medien ein Ende zu setzen.

Die Statistiken zeichnen ein erschreckendes Bild. Seit dem Amtsantritt der Medienbeauftragten mussten mindestens 140 Medienmitarbeiter nach gewalttätigen Angriffen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Immer wieder kommt es auch zu Morddrohungen; 2012 fand ein Reporter in der OSZE-Region einen gewaltsamen Tod.

Die Beauftragte ist der Meinung, dass ein abgestimmtes Vorgehen internationaler Organisationen gegen diese latente Bedrohung eine von vielen Möglichkeiten darstellt, um der Kultur der Gewalt gegen Medien Einhalt zu bieten.

REGULIERUNG DES INTERNETS

Das Internet als Medium, das Gedanken und Ideen ungehindert und über Grenzen hinweg in die ganze Welt trägt, ist zunehmenden Bedrohungen ausgesetzt. Regierungen, die teilweise nicht gewillt sind, Meinungsfreiheit zuzulassen, wenn sie sich gegen ihre Eigeninteressen richtet, erlassen Gesetze, die den freien Informationsfluss zu behindern drohen. Die Beauftragte steht auf dem Standpunkt, dass unnötige staatliche Eingriffe und

Reglementierungen eine Verletzung der von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die Medienfreiheit darstellen.

Die Beauftragte führte das ganze Jahr hindurch eine OSZE-weite öffentliche Aufklärungskampagne über die zunehmende Bedrohung der Internetfreiheit durch und rief weiter dazu auf, den Zugang zu einem freien Internet zu einem grundlegenden Menschenrecht des 21. Jahrhunderts zu machen. Sie nahm beim Internet Governance Forum 2012 in Baku an mehreren Podiumsdiskussionen und Workshops teil.

Gegen die in der ganzen Region unternommenen Gängelungsversuche verfolgte sie zwei Strategien: Einerseits sprach sie klare Worte bei internationalen Foren und örtlichen Veranstaltungen von Medienverbänden und andererseits stellte sie nationalen Gesetzgebern Rechtsberatung durch Experten für die gesetzliche Regulierung des Internets zur Verfügung.

Die Beauftragte wird sich weiterhin für die Förderung der Medienfreiheit im Internet einsetzen und zu diesem Zweck Anfang 2013 in Wien eine OSZE-weite Fachkonferenz über Internetfreiheit organisieren, bei der politischen Entscheidungsträgern politische Strategien und bewährte Praktiken zur Förderung der Internetfreiheit in der Region vermittelt werden sollen.

AUSBILDUNG UND KONFERENZEN

Die Beauftragte dehnte den Einflussbereich und Aktionsradius ihres Büros weiter aus und organisierte Ausbildungsveranstaltungen und jährliche Medienkonferenzen in der ganzen Region. 2012 veranstaltete sie die Zentralasiatische Medienkonferenz, die erstmals in Aschgabat zum Thema „Von den traditionellen zu den Online-Medien“ stattfand. Im Oktober wurde in Tiflis eine ähnliche Konferenz für Vertreter aus dem Südkaukasus abgehalten.

Die zweite Südosteuropäische Medienkonferenz im September im Belgrad war dem Thema „Was kontrolliert die Medien in Südosteuropa?“ gewidmet.

Angeichts des Bedarfs von Teilnehmerstaaten an technischer Hilfe bei der Rundfunkregulierung hielt die Beauftragte im Laufe des Jahres Master-Kurse in Aschgabat, Tiflis und Istanbul ab, um politische Entscheidungsträger, Medienschaffende, Anwälte und Regulatoren über den jüngsten Stand der Internetregulierung und der Digitalisierung des Rundfunks – zwei außerordentlich wichtige Themen für die Entwicklung und Wahrung der Medienpluralismus – zu informieren.

Ferner veranstaltete sie in Moldau Schulungskurse zu Internetmedien und in Baku zwei Seminare über den Zugang zu staatlichen Informationen bzw. über die Sicherheit von Journalisten, die über öffentliche Demonstrationen berichten.

Insgesamt nahmen an den von der Beauftragten veranstalteten acht Konferenzen und Ausbildungsseminaren über 600 mit Medienfragen befasste Personen aus der ganzen Region teil. (Siehe dazu auch die Berichte der Feldoperationen)

KAMPAGNE GEGEN DIE STRAFRECHTLICHE VERFOLGUNG VON ÜBLER NACHREDE

Die Beauftragte rief weiter zur Entkriminalisierung der die freie Meinungsäußerung einschränkenden Tatbestände Verleumdung, Beleidigung und üble Nachrede auf, die allen, die von ihrem Recht auf Redefreiheit Gebrauch machen wollen, strenge Strafen androhen. Sie

stellte fest, dass allein in den zwei letzten Jahren gegen mehr als 40 Journalisten Anklage wegen Verleumdung erhoben wurde. Wiewohl inzwischen schon 15 Teilnehmerstaaten den Tatbestand der Verleumdung aus ihren Strafgesetzbüchern gestrichen haben, werden diese längst überholten Gesetze noch immer dazu benutzt, um die freie Meinungsäußerung zu beschneiden und Medien mundtot zu machen.

Die Beauftragte wird den Teilnehmerstaaten auch weiterhin bei der Gestaltung von Rechtsvorschriften, in denen die freie Meinungsäußerung nicht mehr mit Gefängnis bestraft wird, mit Rat und Tat zur Seite stehen.

JURISTISCHE UNTERSTÜTZUNG

DIE BEAUFTRAGTE STELLT AUCH WEITERHIN JURISTISCHE UNTERSTÜTZUNG IN FORM AKTUELLER ANALYSEN UND EMPFEHLUNGEN FÜR MEDIENGESETZE ZUR VERFÜGUNG. 2012 WURDE SIE WIE FOLGT AKTIV:

LAND	
Bosnien und Herzegowina	Analysen des Gesetzes über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, des Gesetzes über den öffentlich-rechtlichen Rundfunkdienst, des Rundfunk- und Fernsehgesetzes, des Kommunikationsgesetzes, des Gesetzes über die Ministerien und andere Verwaltungsorgane, des Gesetzes über die Finanzierung der Institutionen, des Gesetzes über Gehälter und Vergütungen und des Rundfunk- und Fernsehgesetzes der Republika Srpska
Kasachstan	Analyse des Gesetzesentwurfs „Über den Schutz von Kindern vor gesundheits- und entwicklungsgefährdenden Informationen“
Kirgisistan	Analyse des Gesetzesentwurfs „Über den Schutz von Kindern vor gesundheits- und entwicklungsgefährdenden Informationen“
Moldau	Analyse des staatlichen Programms für die Digitalisierung des terrestrischen Fernsehens
Russland	Beratung des Obersten Gerichtshofs zu einem Entscheidungsentwurf „Über die Transparenz der Justiz und den Zugang zu Informationen über die Tätigkeit der Gerichte“
Spanien	Analyse des „Gesetzesentwurfs über Transparenz, Informationszugang und Good Governance“
Usbekistan	Analyse der Gesetzesentwürfe „Über Transparenz in der Tätigkeit von Organen der Staatsmacht und Governance“ und „Über Fernseh- und Radiosender“

DAS SEKRETARIAT

DAS SEKRETARIAT DER OSZE

Das vom Generalsekretär geleitete OSZE-Sekretariat bemühte sich auch 2012, die Umsetzung der OSZE-Beschlüsse sicherzustellen und den politischen Dialog und Verhandlungsprozess zwischen den Teilnehmerstaaten zu unterstützen. Es leistete den Teilnehmerstaaten durch vielfältigste, seinem Mandat entsprechende Aktivitäten in allen Dimensionen operative Unterstützung. In enger Zusammenarbeit mit dem irischen Vorsitz unterstützte es diesen bei der Erfüllung der Ziele der Organisation und der Sicherstellung der Kontinuität in ihrer Arbeit. Es sorgte gemeinsam mit allen Durchführungsorganen der OSZE für ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen in der gesamten Organisation.

Das Sekretariat setzt sich aus folgenden Abteilungen und Strukturen zusammen:

- Leitendes Management
- Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Abteilung Externe Zusammenarbeit
- Rechtsdienst
- Abteilung Genderfragen
- Sicherheitsmanagement
- Grenzüberschreitende Bedrohungen
- Büro des Sonderbeauftragten und Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels
- Büro für Innenrevision
- Hauptabteilung Personalressourcen
- Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen
- Konfliktverhütungszentrum
- Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE

DAS BÜRO DES SONDERBEAUFTRAGTEN UND KOORDINATORS FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Sonderbeauftragte und Koordinatorin: **Maria Grazia Giammarinaro**
www.osce.org/cthb

12. Hochrangige Konferenz der Allianz gegen den Menschenhandel

Durchführung von wissenschaftlichen Untersuchungen

Aufsicht über Fortbildungsveranstaltungen in fast allen Feldoperationen

FOTOPROJEKT GEGEN DEN MENSCHENHANDEL IN MOLDAU

Das Büro der Sonderbeauftragten setzte sein höchst erfolgreiches, aus außerbudgetären Mitteln finanziertes Projekt „Verhütung des Handels mit Kindern ohne elterliche Betreuung in der Republik Moldau“ fort, in dem über 120 Internatskinder in Lebenskompetenz unterrichtet werden. Sie lernen dabei unter anderem, wie sie Zugang zu Berufsausbildung, zu Hochschulbildung und zum Arbeitsmarkt erhalten können.

Eine außerordentlich erfolgreiche Aktion war dieses Jahr das von einigen Schülern durchgeführte Fotoprojekt zum Thema Menschenhandel. Dieses OSZE-Projekt wird vom Informationszentrum für Kinderrechte in Moldau in Zusammenarbeit mit dem Unterrichtsministerium und dem moldauischen Ministerium für Arbeit, soziale Sicherheit und Familie durchgeführt und von Andorra, Liechtenstein, Monaco und San Marino finanziell unterstützt.

Die OSZE-Beauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Maria Grazia Giammarinaro, kann auch im dritten Jahr ihrer Tätigkeit auf bemerkenswerte Erfolge verweisen, darunter mehrere produktive Länderbesuche, die Fortsetzung ihrer erfolgreichen Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten und anderer Projekte gegen den Menschenhandel. Außerdem wurde sie mit einem bedeutenden Preis des US-Außenministeriums ausgezeichnet.

In engem Zusammenwirken mit den Teilnehmerstaaten, OSZE-Organen, -Institutionen und -Feldoperationen sowie mit Nichtregierungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen arbeitete sie weiter an der Erhöhung der Durchschlagskraft der Maßnahmen gegen den Menschenhandel. Mit Vorlesungen an Universitäten, Vorträgen auf wichtigen Konferenzen und Interviews mit großen Medien machte sie auf den Menschenhandel als Menschenrechtsverletzung und als grenzüberschreitende Bedrohung der Sicherheit aufmerksam, wobei ihr vor allem der Kinderhandel und der Menschenhandel für die Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskräften ein besonderes Anliegen waren.

Die Sonderbeauftragte absolvierte Länderbesuche in Irland, Bosnien und Herzegowina, Aserbaidschan und Portugal sowie einen Folgebesuch im Vereinigten Königreich, bei dem sie Gespräche mit Ministern, Behörden, der Zivilgesellschaft und Experten führte. Ihre Reisen führten sie in insgesamt 19 Länder, darunter zwei Kooperationspartner, wo sie

Unterredungen mit Regierungsstellen und NGOs führte und an öffentlichen Veranstaltungen teilnahm.

Zur Förderung der vollständigen Umsetzung des OSZE-Aktionsplans und der daraus hervorgegangenen Verpflichtungen sowie im Sinne der 2011 in Wilna verabschiedeten Ministererklärung über die Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel forderte die Sonderbeauftragte die Teilnehmerstaaten auf, sich in ihrem Vorgehen von den Menschenrechten leiten zu lassen, was bedeutet, dass die Opfer auch bei der Bekämpfung des Menschenhandels und insbesondere in Strafverfahren als Inhaber von unter allen Umständen einzuhaltenden Rechten anzusehen sind.

Ein wichtiges Thema war auch die Nichtdiskriminierung, um die es bei der 12. Konferenz der Allianz gegen den Menschenhandel zum Thema „Agenda zur Verhinderung von Menschenhandel: Nichtdiskriminierung und Selbstermächtigung“ ging. Nach Vorträgen renommierter Referenten von Regierungen, internationalen Organisationen und NGOs wurden die Zusammenhänge zwischen der Bekämpfung des Menschenhandels und der Bekämpfung von Diskriminierung erörtert, um die vielfältigen Mechanismen und Muster besser zu verstehen, die aus Opfern von Diskriminierung Opfer von Menschenhandel werden lassen. Die Konferenz untersuchte, auf welche Weise sichergestellt werden kann, dass die Kriterien für die Bekämpfung der Diskriminierung und des Menschenhandels, die Akteure und Strategien einander ergänzen und verstärken und damit die Wirksamkeit der Bemühungen sowohl um die Verhütung als auch um den Schutz erhöhen.

Wissenschaftliche Untersuchungen und veröffentlichte Studien spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Das Büro widmete sich einem bis dahin vernachlässigten Aspekt des Menschenhandels und führte gemeinsam mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte und dem Büro der britischen Helen Bamber Foundation eine Studie über die Zusammenhänge zwischen Menschenhandel und Folter durch, die Anfang 2013 veröffentlicht werden soll. Eine zweite Forschungsarbeit über Menschenhandel für die Zwecke der Organentnahme wird ebenfalls 2013 vorliegen.

Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt des Büros der Sonderbeauftragten im Jahr 2012 bildete die Verhütung der Zwangsdienstbarkeit, etwa auch in Diplomatenhaushalten. Am 21. und 22. Juni fand in Genf der erste einer Reihe von Workshops über die Verhütung von Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsdienstbarkeit in Diplomatenhaushalten statt, die auf Betreiben der Sonderbeauftragten Giammarinaro zustande gekommen waren. Mit der Veröffentlichung eines richtungweisenden Occasional Paper und der Verbreitung von Good Practices hat sie auf diesem Gebiet die Themenführerschaft übernommen. Dieser erste Workshop war der Auftakt zu fünf weiteren Workshops, die in verschiedenen OSZE-Regionen zur Prävention dieser Form des Menschenhandels abgehalten werden sollen. Das Projekt wird derzeit von Österreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten finanziert.

US-Auszeichnung für besondere Verdienste um die Bekämpfung des Menschenhandels 2012

In Anerkennung ihres außerordentlichen Beitrags zur Ausmerzung der modernen Sklaverei nahm die Sonderbeauftragte am 19. Juni 2012 aus den Händen der US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton den US TIP Hero Award, einen von den USA verliehenen Preis für besondere Verdienste um die Bekämpfung des Menschenhandels, entgegen.

Giammarinaro, die seit 1. März 2010 als OSZE-Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels tätig ist, wurde als eine von zehn Persönlichkeiten aus der ganzen Welt vom Außenministerium geehrt: „Sie ist eine unermüdliche und beispielgebende Vorkämpferin für mehr Engagement und größeren Einsatz bei der Bekämpfung des Menschenhandels in der OSZE-Region“, hieß es in der Laudatio.

DIE ABTEILUNG GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN

Koordinator für Aktivitäten gegen grenzüberschreitende Bedrohungen: **Alexei Lyschenkow**
Haushalt: **2 247 500 EUR**

Die OSZE richtete im Januar 2012 die Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen (TNDT) ein, die alle Aktivitäten der Organisation zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen, auch mit den Kooperationspartnern, anderen internationalen und regionalen Organisationen sowie mit der Zivilgesellschaft, koordinieren soll.

Die neue Abteilung vereint unter einem Dach die Gruppe Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung und Grenzmanagement sowie die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten, ergänzt durch einen kleinen Koordinierungsstab.

TNDT:

ATU Gruppe Terrorismusbekämpfung

BSMC Grenzsicherung und Grenzmanagement

SPMU Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten

Koordinierungsstab

DER KOORDINIERUNGSSTAB wirkte an der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen mit, durch die das mit der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien verbundene Konfliktrisiko verringert werden soll, und unterstützte die Teilnehmerstaaten und die Abteilung online beim Informationsmanagement. Wir verstärkten unsere webbasierte Unterstützung für die Schulungs- und Aufklärungsaktivitäten der OSZE, unter anderem durch Entwicklung von e-Learning-Modulen und die Weitergabe bzw. den Austausch von Informationen.

DIE GRUPPE TERRORISMUSBEKÄMPFUNG lieferte auf Ersuchen zusätzliches Know-how, Methoden und Kenntnisse, um die Teilnehmerstaaten besser für die Auseinandersetzung mit terroristischen Bedrohungen zu rüsten. Wir verstärkten auch gemeinsame Bemühungen mit den UN und anderen regionalen Partnern und bauten unsere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft aus. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Weichenstellung für die kommenden Jahre.

Ergebnisse nach Themenbereichen:

- Koordinierte Aktivitäten zu allen Aspekten des Schutzes und der Feststellung der Identität durch Reisedokumente und damit verbundene Prozesse. In Tadschikistan und Kirgisistan wurde ein Projekt zum Anschluss von 25 Grenzkontrollstellen an die INTERPOL-Datenbanken für gestohlene und in Verlust geratene Reisedokumente fortgesetzt. In dem Bestreben, die Anzahl der Teilnehmer am Public Key Directory der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zu erhöhen, wurde in nationalen Workshops in Moldau, Kirgisistan und Albanien über die Vorteile dieses Überprüfungsmechanismus für Reisepässe informiert;
- eine Konferenz über mögliche weitere konkrete Beiträge der OSZE zu den internationalen Bemühungen um die Stärkung der Strafrechtspflegesysteme und -

Institutionen, die sich an rechtsstaatliche Grundsätze halten. Systeme der Strafrechtspflege, die die Menschenrechte achten und rechtsstaatliche Grundsätze einhalten, sind die Voraussetzung dafür, dass Terroristen und ihre Unterstützer vor Gericht gestellt und ihre Opfer angemessen entschädigt werden können;

- vier nationale Seminare, bei denen staatliche Behörden und die Zivilgesellschaft Gelegenheit hatten, sich über Bedrohungen durch gewalttätigen Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen, sowie über entsprechende Gegenmaßnahmen auszutauschen – ein strategischer, doch unter dem Aspekt der Menschenrechte sensibler Bereich im Kampf gegen den Terrorismus. Ferner wurden bei zwei Expertengesprächen, die gemeinsam mit dem BDIMR veranstaltet wurden, Erfahrungen und bewährte Verfahrensweisen in Bezug auf die Rolle und Selbststärkung der Frauen und Jugendlichen in deren Engagement im Kampf gegen gewalttätigen Extremismus besprochen und Empfehlungen erarbeitet. Gemeinsam mit dem BDIMR unterstrichen wir die wichtige Rolle der bürgernahen Polizeiarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus.

DIE GRUPPE STRATEGISCHE POLIZEIANGELEGENHEITEN unterstützte weiter die Teilnehmerstaaten und Durchführungsorgane der OSZE in deren polizeibezogenen Aktivitäten, deren Ziel die Erhöhung der Kapazitäten der Strafverfolgungsbehörden für die wirksame Auseinandersetzung mit den von kriminellen Aktivitäten ausgehenden Bedrohungen, unter gleichzeitiger Beachtung der rechtsstaatlichen Prinzipien sowie der Menschenrechte und Grundfreiheiten, ist.

Ergebnisse nach Themenbereichen:

- „Strategischer Rahmen der OSZE für Aktivitäten im polizeilichen Bereich“ und „OSZE-Konzept zur Bekämpfung der Bedrohung durch illegale Drogen und die Abzweigung von Drogenausgangsstoffen“, beide am 26. Juli 2012 vom Ständigen Rat verabschiedet;
- „Richtlinien für die Menschenrechtserziehung von Strafverfolgungsbeamten“, gemeinsam mit dem BDIMR entwickelt;
- gemeinsam mit dem KVZ durchgeführte Zwischenbewertung der OSZE-Initiative für kommunale Sicherheit (CSI) in Kirgisistan, zur Prüfung der Fortschritte seit der letzten Bewertung im September 2011 und als faktenbezogener Input für eine etwaige Anpassung der CSI an neue Erfordernisse in Kirgisistan;
- Polizeiunterstützung für die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner durch die OSZE und Förderung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in der Region im Vorgehen gegen grenzüberschreitende Bedrohungen;
- zahlreiche Aus- und Fortbildungsaktivitäten in den Teilnehmerstaaten für Vertreter der Strafrechtspflege, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors zu Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels, der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet, der Internetkriminalität und des illegalen Handels mit Drogen und Drogenausgangsstoffen.

DAS REFERAT Grenzsicherung und Grenzmanagement befasste sich weiter mit der Umsetzung des OSZE-Konzepts für Grenzsicherung und -management und unterstützte die OSZE-Feldmissionen durch Anleitungen und Orientierungshilfen für die Stabsakademie für Grenzmanagement.

Ergebnisse nach Themenbereichen:

- ein Expertenworkshop über Grenzziehungskommissionen und drei regionale Workshops zur Förderung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit bei der Verbringung von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck sowie von Kleinwaffen und leichten Waffen (gemeinsam mit der KVZ-Abteilung Unterstützung des Forums für Sicherheitskooperation). Diese Bemühungen ergänzten Aktivitäten in der gesamten OSZE-Region, wie unter anderem die Unterstützung von Grenzreform- und Kapazitätsaufbaubemühungen in Zentralasien und Südosteuropa sowie die Entwicklung von Fortbildungen in Korruptionsbekämpfung in der Ukraine und in Moldau (gemeinsam mit der EU);
- Fortbildungskurse für die Korruptionsbekämpfung in Grenzdienststellen an der Stabsakademie für Grenzmanagement (BMSC) in Duschanbe (Tadschikistan);
- Fortbildungskurse für zentralasiatische und afghanische Grenzbeamte an der BMSC gemäß dem Beschluss MC.DEC/4/11 über das Engagement der OSZE für Afghanistan. Ferner wurde ein Projekt zur Verstärkung der Grenze der zentralasiatischen Teilnehmerstaaten zu Afghanistan und zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und gemeinsamer Grenzpatrouillen in Angriff genommen.

OSZE-TEILNEHMERSTAATEN, DIE ELEKTRONISCHE REISEPÄSSE AUSSTELLEN BZW. AM PUBLIC KEY DIRECTORY DER INTERNATIONALEN ZIVILLUFTFAHRTORGANISATION TEILNEHMEN		
2009	Teilnehmerstaaten gesamt: 56	
	Anteil der Teilnehmerstaaten in Prozent	Anzahl der Teilnehmerstaaten
Elektronische maschinenlesbare Reisepässe	88%	49
Public Key Directory	14%	8
2012	Teilnehmerstaaten gesamt: 57	
Elektronische maschinenlesbare Reisepässe	98%	56
Public Key Directory	36%	20
<i>Zunahme der OSZE-Teilnehmerstaaten, die elektronische Reisepässe ausstellen bzw. am ICAO PKD teilnehmen, 2009-2012</i>		

DAS KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM

Direktor des Konfliktverhütungszentrums und Stellvertretender Leiter des OSZE-Sekretariats: **Botschafter Adam Kobieracki**
Haushalt: **3 366 700 EUR**

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) befasst sich mit den Elementen des Konfliktzyklus, fungiert als Schaltstelle zwischen Wien und den Außenstellen und bildet einen Grundpfeiler für die politisch-militärische Dimension der OSZE.

FRÜHWARNUNG, KONFLIKTVERHÜTUNG, KRISENMANAGEMENT UND KONFLIKTNACHSORGE

Das KVZ als Schaltstelle der Organisation für Frühwarnung sammelt, analysiert und bewertet alle Frühwarnsignale verschiedenster Herkunft. 2012 vernetzten wir die Kontaktstellen der Feldoperationen und anderer Durchführungsorgane.

Als Schaltstelle für Mediationsunterstützung entwickelte das KVZ ein gemeinsames Ausbildungsprogramm für OSZE-Mediatoren und Unterstützungspersonal. Das KVZ begann darüber hinaus, systematisch mit hochrangigen Mediatoren nach Beendigung ihres Einsatzes Nachbesprechungen durchzuführen.

Wir unterstützten den Sonderbeauftragten des irischen Vorsitzes für den Südkaukasus sowohl in seiner Rolle als Kovorsitzender der internationalen Genfer Gespräche, die sich mit den Folgen des Georgienkonflikts im August 2008 befassen, als auch in seiner Funktion als Mitmoderator des zweiten Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) in Ergneti.

Mit 13 ordentlichen und außerordentlichen IPRM-Treffen hielt das KVZ mehr dieser Treffen als in den Vorjahren ab, wodurch die Spannungen vor Ort verringert werden konnten. Im Rahmen der Genfer Gespräche konzentrierte sich das KVZ besonders auf praktische Fragen wie die Wasser- und Gasversorgung.

Im Zusammenhang mit dem Prozess zur Beilegung des Transnistrienkonflikts leistete das KVZ dem Sonderbeauftragten des Vorsitzes in enger Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in Moldau (siehe S. 72) Hilfestellung bei der Führung der „5+2“-Verhandlungen.

Während der Militäraktion und den anschließenden Kampfhandlungen in der Autonomen Provinz Berg-Badachschan in Tadschikistan im Juli koordinierte das KVZ den Informationsfluss zwischen dem Büro in Tadschikistan, dem Vorsitz und anderen Durchführungsorganen und lieferte Analysen zu den Entwicklungen. Außerdem koordinierten wir einen internen Sonderarbeitsstab, der zur Befassung mit den verschiedenen Aspekten der Krise eingesetzt worden war.

WASSERPROJEKTE IM ZUSAMMENHANG MIT DEN GENFER GESPRÄCHEN

Das KVZ hat drei von der EU finanzierte Wasserprojekte an beiden Seiten der Verwaltungsgrenze – am Sonkari-Staudamm (Dammsicherheit), in Snauri (Trinkwasser) und an der Pumpstation Nikossi (Bewässerung) – erfolgreich abgeschlossen. Diese Projekte sind der Beweis dafür, dass die Genfer Gespräche konkrete Ergebnisse zum Nutzen der Bevölkerung beider Seiten zeitigen. Nach dem erfolgreichen Abschluss des ursprünglichen, aus EU-Mitteln finanzierten Projektpakets im Juni 2012 wurden auf Initiative des KVZ mit aktiver Unterstützung des irischen OSZE-Vorsitzes noch weitere Wasserprojekte in Angriff genommen, die das erste Paket vervollständigen und ergänzen sollen.

SCHALTSTELLE ZWISCHEN WIEN UND DEN AUSSENSTELLEN

Das KVZ leistet den Feldoperationen strategische und programmatische Unterstützung, um sicherzustellen, dass ihre Arbeit sowohl ihrem jeweiligen Mandat als auch den politischen Vorgaben aus Wien entspricht. Wir fördern die regionale Zusammenarbeit, einschließlich des Dialogs mit anderen internationalen Organisationen.

Das KVZ war in enger Zusammenarbeit mit der Mission im Kosovo behilflich, die Stimmabgabe für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2012 im Kosovo zu ermöglichen (siehe S. 53).

2012 koordinierte das KVZ die Unterstützung der OSZE für eine erfolgreiche Lösung des regionalen Flüchtlingsproblems in Südosteuropa, wobei es eng mit den drei Feldoperationen zusammenarbeitete. Es nahm an technischen Sitzungen und Vorbereitungstreffen für die erfolgreiche Geberkonferenz im April in Sarajewo teil und sorgte wie bisher für die Abstimmung mit den Kollegen vor Ort, insbesondere durch Beiträge zur Vorbereitung und Durchführung des regionalen Wohnraumbeschaffungsprogramms in Kooperation mit UNHCR.

In Zentralasien waren Mitarbeiter des KVZ wie bisher im Stiftungsrat der OSZE-Akademie in Bischkek, einem Vorzeigeprojekt der OSZE, und im Direktorium der Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe vertreten.

Die Unterstützungsgruppe Programmerstellung und Evaluierung ist die zentrale Anlauf- und Unterstützungsstelle der Organisation für Programm- und Projektmanagement. Sie hilft den Managern bei der strategischen Planung, Entwicklung, Durchführung und Evaluierung ihrer Arbeit.

2012 begannen wir erstmals mit einer intensiven Schulung für Programmleiter aus 12 Durchführungsorganen für die Selbstevaluierung von Programmen und organisierten Fortbildungskurse in Projektmanagement für das Sekretariat und die Büros in Aschgabat, Moldau und Usbekistan. Die Gruppe leistete dem leitenden Management der Missionen in Skopje, im Kosovo und in Moldau Hilfestellung bei der strategischen Planung.

Ferner koordinierten wir die Prüfung von 115 außerbudgetären Projektvorschlägen im Gesamtwert von 36,7 Millionen Euro.

GRUNDPFEILER DER POLITISCH-MILITÄRISCHEN DIMENSION

2012 half die KVZ-Abteilung Unterstützung des Forums für Sicherheitskooperation den Teilnehmerstaaten und Feldoperationen bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen, unter

anderem in den Bereichen Wiener Dokument, Verhaltenskodex, Kleinwaffen und leichte Waffen, Lagerbestände konventioneller Munition und Nichtverbreitung, sowie der Resolution 1540 des UN-Sicherheitsrats.

Die Abteilung

- leitete mehrere Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen sowie konventionelle Munition in Belarus, Georgien, Kasachstan, Serbien und in der Ukraine – letzteres das größte je durchgeführte außerbudgetäre OSZE-Projekt betreffend die Entsorgung von Mélange-Lagerbeständen;
- unterstützte mehr als 10 Teilnehmerstaaten in enger Zusammenarbeit mit dem 1540-Ausschuss der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen bei der Ausarbeitung ihrer nationalen Aktionspläne/Strategien zur Umsetzung der UNSCR 1540;
- führte regionale Workshops zum Aufbau von Kapazitäten durch, um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen Genehmigungs- und Zollbehörden in Bezug auf die Ausfuhr strategischer Güter zu verbessern;
- verstärkte die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in Abrüstungsfragen durch eine Vereinbarung zwischen dem OSZE-Sekretariat und dem UN-Büro für Abrüstungsfragen über die Bildung einer Partnerschaft für Friedens- und Abrüstungsinitiativen und
- entwickelte ein Arbeitsprogramm 2012 – 2015 für das Sekretariat betreffend konventionelle Waffen, SALW und UNSCR 1540.

Das Wiener Dokument der OSZE und weitere Verträge verpflichten die Teilnehmerstaaten zum regelmäßigen Austausch militärischer und anderer Informationen. Das Kommunikationsnetz verbindet derzeit 51 der 57 Teilnehmerstaaten miteinander und erleichtert ihnen den sicheren Austausch dieser Daten. Das KVZ verwaltet dieses außerordentlich verlässliche elektronische Netz, das eine erfolgreiche vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme darstellt und sieben Tage die Woche rund um die Uhr verfügbar ist.

7 TAGE DIE WOCHE RUND UM DIE UHR EINSATZBEREIT

Über sein Lage-/Nachrichtenzentrum fungierte das KVZ rund um die Uhr als operative Schaltstelle zwischen den OSZE-Organen, vor allem in Hinblick auf entstehende Krisen. Das Lagezentrum erstellte tägliche Briefings, Sonderbriefings und Veranstaltungskalender. Darüber hinaus leistete es vor Ort operative Hilfe in Notfällen.

DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVITÄTEN DER OSZE

Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE: **Goran Svilanović**
Haushalt: **1 923 500 EUR**

Das Jahr 2012 stand im Zeichen des 15. Jahrestags des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten (OCEEA) und des 20. Jahrestags des Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE. Beide Ereignisse wurden im September in der Schlussitzung des Forums in Prag und im Oktober auf dem Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension in Wien feierlich begangen.

Dieses Jahr arbeitete das OCEEA eng mit dem irischen Vorsitz zusammen, mit dem Ziel, Fragen der guten Regierungsführung in den Mittelpunkt zu stellen, darunter die Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Krönender Abschluss dieser Kooperation war die Annahme einer Erklärung über gute Regierungsführung auf dem Ministerratstreffen in Dublin im Dezember.

Das zweite Jahr in Folge führte die OSZE den Vorsitz in der Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC), einer Partnerschaft zwischen OSZE, UNEP, UNDP, UNECE, REC und NATO (als assoziierter Partner).

FORUM

„Förderung von Sicherheit und Stabilität durch Good Governance“ war das Thema des Zwanzigsten Wirtschafts- und Umweltforums der OSZE. Die Erörterungen reichten vom Kampf gegen Korruption und Geldwäsche bis zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Auf dem Forum wurde betont, dass zur Förderung von Good Governance die Einbindung der Zivilgesellschaft und eine tragfähigen öffentlich-private Zusammenarbeit erforderlich seien.

GOOD GOVERNANCE

Das OCEEA setzte sich für Good Governance und Transparenz ein, unter anderem durch Bemühungen zur Bekämpfung von Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, und zwar nicht nur über das Forum, sondern auch im Wirtschafts- und Umweltausschuss (EEC), auf dem Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension und in zahlreichen regionalen und multilateralen Foren.

Gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und anderen Partnern half das OCEEA Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption, der Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ und der Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Das OCEEA leistete zahlreichen Staaten Unterstützung bei der Durchführung nationaler Risikobeurteilungen betreffend Geldwäsche. Es gab auch das *OSCE Handbook on Data Collection in Support of Money Laundering and Terrorism Financing National Risk Assessments* heraus. In Zusammenarbeit mit maßgeblichen Partnern veranstaltete das OCEEA ein Seminar über die Offenlegung von Vermögen als Instrument im Kampf gegen Korruption in Zentralasien und ein Seminar über die Auffindung, Sicherstellung und Wiedererlangung gestohlener Vermögenswerte in der OSZE-Region, das eine

Reihe von Expertenempfehlungen zur Unterstützung der Bemühungen der OSZE-Teilnehmerstaaten um die Wiedererlangung von Vermögenswerten zur Folge hatte.

VERKEHR

Das OCEEA gab gemeinsam mit der Abteilung Verkehr der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) das *Handbook of Best Practices at Border Crossings – A Trade and Transport Facilitation Perspective* heraus. Es bietet auf 265 Seiten Referenzmaterial und über 120 Beispiele guter Praxis an Grenzübergängen. Gestützt auf das Handbuch organisierte das OCEEA in der gesamten OSZE-Region eine Reihe von Veranstaltungen zum Kapazitätsaufbau. Es arbeitete auch mit der UNECE bei der Ausarbeitung und Fertigstellung einer Publikation über verschiedene Aspekte der Sicherheit des Binnenverkehrs zusammen. Gemeinsam mit der Weltzollorganisation bot das Büro Ausbildung zur Umsetzung der SAFE-Grundstandards zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels an.

GESCHÄFTS- UND INVESTITIONSENTWICKLUNG

Das OCEEA unterstützte die Geschäfts- und Investitionsentwicklung in der OSZE-Region gemeinsam mit zahlreichen Partnern wie dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, der World Fair Trade Organization und der türkischen Organisation für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KOSGEB). Das OCEEA unterstützte Unternehmerinnen aus Afghanistan, Tadschikistan und Aserbaidschan durch Vermittlung von Kenntnissen in Unternehmensführung und Produktentwicklung, Ausweitung ihrer beruflichen Netzwerke und Verbreiterung ihrer Absatzmärkte.

MIGRATIONSSTEUERUNG

In Fragen der Steuerung der Arbeitsmigration verfolgte das OCEEA wie bisher einen umfassenden und geschlechtersensiblen Ansatz. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR aktualisierte das Büro die englische Fassung des *Gender and Labour Migration Trainer's Manual* der OSZE. Das Büro veröffentlichte auch die russische Fassung der OSZE/IOM-Ausbildungsmodule für die Steuerung der Arbeitsmigration.

Das OCEEA koordinierte den Dialog und den Austausch von Informationen über bewährte Verfahren zur besseren Erfassung vergleichbarer Migrationsdaten und erstellte die Berichte im Anschluss an die 2011 veranstalteten Treffen über Migrationsdaten in Duschanbe, Astana und Bischkek.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Die OSZE setzte sich im Sinne von mehr Entwicklung, Sicherheit und Stabilität weiter für die internationale Zusammenarbeit in Umweltfragen ein. Neben anderen Themen ist der OSZE innerhalb der ENVSEC die verstärkte Einbeziehung von NGOs in Umwelt- und Sicherheitsfragen – unter anderem durch ihr CASE-Programm (*Civic Action for Security and Environment*) in Armenien, Aserbaidschan und Tadschikistan – ein besonderes Anliegen.

In Almaty (Kasachstan) wurde in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des UNECE-Übereinkommens über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten und mit dem OSZE-Zentrum in Astana eine zweitägige Konferenz über die Durchführung der Aarhus-Konvention abgehalten, an der 75 Vertreter von Regierungen, Justiz und Zivilgesellschaft aus Zentralasien und der Mongolei teilnahmen.

Im Anschluss an die Konferenz fand das jährliche Treffen der zentralasiatischen Aarhus-Zentren statt, bei dem in erster Linie die Frage erörtert wurde, auf welche Weise die Aarhus-Zentren die Privatwirtschaft, örtliche Behörden und die Zivilgesellschaft an einen Tisch bringen können. Derzeit gibt es in Zentralasien zwölf Aarhus-Zentren.

Zur Unterstützung des irischen Vorsitzes 2012 und des EEC-Vorsitzes veranstaltete das OCEEA eigene Sitzungen des Wirtschafts- und Umweltausschusses zu den Themen nachhaltige Entwicklung, Energie und Wassermanagement. Im September fand unter Beteiligung internationaler und regionaler Partner ein Workshop über die internationale Reaktion auf Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte Katastrophen statt.

UNTERZEICHNUNG EINER EK/IFS-VEREINBARUNG

Am 11. Dezember unterzeichnete das OCEEA im Namen des Generalsekretärs der OSZE eine Beitragsvereinbarung mit der Europäischen Union zum Thema „Klimawandel und Sicherheit in Osteuropa, in Zentralasien und im Südkaukasus“. Es handelt sich um die erste Zusammenarbeit der OSZE als ENVSEC-Vertreterin mit dem Stabilitätsinstrument der Europäischen Kommission.

PARTNERSCHAFT FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

DIALOG MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IN ASIEN UND IM MITTELMEERRAUM

Der Ministerratsbeschluss von Wilna aus dem Jahr 2011 über die Kooperationspartner brachte neuen Schwung in die Beziehungen der OSZE zu ihren Partnerstaaten und bewirkte eine stärker bedarfs- und ergebnisorientierte Ausrichtung der Kooperationspartnerschaft. Die OSZE bekräftigte ihre Bereitschaft, ihre Erfahrungen bei der Förderung nachhaltiger Sicherheit und der Förderung des demokratischen Wandels durch Umsetzung konkreter und maßgeschneiderter Projekte an Partnerstaaten weiterzugeben.

Die Aufnahme der Mongolei als neuer OSZE-Teilnehmerstaat bezeugte die Bedeutung und Attraktivität der OSZE-Werte und -Ansätze beim Aufbau von Sicherheit. Die Mongolei, seit 2004 asiatischer Kooperationspartner, wurde am 21. November 2012 als 57. Teilnehmerstaat in die OSZE aufgenommen.

BERICHT DES VORSITZES

Der irische Vorsitz versuchte 2012, die Partner so weit wie möglich in OSZE-Veranstaltungen und -Aktivitäten einzubeziehen, und legte ihnen, wann immer es sinnvoll erschien, die Teilnahme an Ausschusssitzungen in allen drei Sicherheitsdimensionen nahe.

Irland unterstützte einen wichtigen, von Thailand veranstalteten Workshop über den Kapazitätsaufbau in Grenzregionen. Ziel dieser Veranstaltung war es, das Wissen über bewährte Methoden zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen auszutauschen und aus den Erfahrungen Thailands zu lernen, das im Umgang mit Bedrohungen, die von illegalen landwirtschaftlichen Kulturen in Grenzregionen ausgehend, auf Projekte zur inklusiven und nachhaltigen Entwicklung setzt.

Der Vorsitz veranstaltete auch gemeinsam mit dem österreichischen Zentrum für internationale Studien und dem litauischen Vorsitz der Asien-Kontaktgruppe ein Seminar, das die Erfahrungen der OSZE als mögliches Beispiel für eine multilaterale Sicherheitskooperation in Nordostasien zum Gegenstand hatte.

Die jährlichen Treffen zwischen der OSZE-Ministertroika und den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum, an denen auch der Generalsekretär der OSZE und die Parlamentarische Versammlung der OSZE teilnehmen, fanden am Rande des Ministerrattreffens von Dublin statt.

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Durch die Aufnahme informeller Konsultationen mit jeder einzelnen Gruppe von Partnern förderte der Generalsekretär der OSZE einen engeren politischen Dialog mit den Partnerstaaten. Die Gespräche mit den Mittelmeerpartnern führten zu einer Liste konkreter Projektideen, die noch näher ausformuliert und auf Ersuchen der Partner einzeln oder in der Gruppe umgesetzt werden sollen. Einige Partner äußerten danach Interesse an einem weitergehenden Dialog mit der OSZE in bestimmten Bereichen: Tunesien mit dem Schwerpunkt auf demokratischem Aufbau und Terrorismusbekämpfung, Marokko in Bezug auf die Stärkung der Stellung der Frauen und Algerien hinsichtlich der Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungen.

Darüber hinaus werden für 2013 geplante regionale Initiativen die Verhütung des Menschenhandels im Mittelmeerraum, die Unterstützung bei der Umsetzung weltweiter Übereinkünfte zur Bekämpfung des Terrorismus und die Aufnahme eines Dialogs und möglicherweise auch einer Zusammenarbeit in Fragen nachhaltiger Energie zum Ziel haben.

Der Generalsekretär traf mit den Außenministern von Israel und Jordanien während ihrer Besuche bei der OSZE zusammen. Ebenso traf er am Rande der UN-Generalversammlung Minister aus Tunesien, Marokko und Thailand. Auch während seiner Reise nach Jordanien und Israel führte er Gespräche mit Ministern. Treffen auf Ministeriebene fanden während der Besuche des Generalsekretärs in Korea und der Mongolei statt. Die Asien-Konferenz der OSZE bot die Kulisse für bilaterale Treffen mit hochrangigen thailändischen Beamten.

Im Zuge des verstärkten Engagements für Afghanistan, mit dem die OSZE beauftragt wurde, stellte der Generalsekretär Einvernehmen unter den maßgeblichen Akteuren über die Reihung von neun Projekten nach Priorität her. Eines davon, das den Unternehmergeist von Frauen stärken sollte, wurde dieses Jahr abgeschlossen. Drei Projekte betreffend Grenzsicherung sind im Laufen. Besonderes Augenmerk galt das ganze Jahr hindurch der Förderung eines regionalen Ansatzes bei Herausforderungen mit Bezug zu Afghanistan.

KONTAKTGRUPPEN

Die regelmäßigen Sitzungen der Kontaktgruppen für Asien und den Mittelmeerraum sorgten für den Fortbestand des Dialogs zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern. In einer gemeinsamen Sitzung erörterten die beiden Gruppen die Frage, auf welche Weise regionale Organisationen bestmöglich zur umfassenden Sicherheit beitragen können und was zur Umsetzung der Ministererklärung von Wilna über die Partner unternommen wird.

DIE KONTAKTGRUPPE FÜR ASIEN

Kooperationspartner in Asien

Afghanistan, Australien, Japan, Republik Korea und Thailand

Vorsitz: Litauen

Die sechs Sitzungen der Kontaktgruppe für Asien im Jahr 2012 unter litauischem Vorsitz boten Gelegenheit zur Fortsetzung des Dialogs über Themen, die beiden Seiten ein Anliegen sind, darunter:

- Drogenbekämpfung
- regionale Zusammenarbeit
- Kampf gegen den Menschenhandel
- Bekämpfung der weltweiten Kriminalität
- neue Bedrohungen und Herausforderungen

Vertreter der asiatischen Kooperationspartner unterrichteten die Teilnehmer regelmäßig über sicherheitsbezogene Aktivitäten in ihren Ländern und mögliche weitere Kooperationsbereiche.

Die OSZE/Thailand-Konferenz 2012, die am 13. und 14. Februar in Chiang Mai stattfand, hatte die „Stärkung der Sicherheit durch regionale Zusammenarbeit – das umfassende OSZE-Konzept und Erfahrungen der asiatischen Kooperationspartner“ zum Thema. Wichtigste Diskussionspunkte waren die Stärkung der regionalen Sicherheit durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die Förderung nachhaltiger Verkehrs- und

Energiesicherheit sowie Schutz und Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und regionaler Ebene.

DIE KONTAKTGRUPPE FÜR DEN MITTELMEERRAUM

Kooperationspartner im Mittelmeerraum

Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien

Vorsitz: Ukraine

Für die Ukraine als Vorsitz der Kontaktgruppe für den Mittelmeerraum stand die Förderung eines offenen und freien, auf Interessen und Prioritäten zugeschnittenen Dialogs mit den Mittelmeerpartnern im Vordergrund.

Das ganze Jahr hindurch leisteten die Mittelmeerpartner mit Berichten von Tunesien, Marokko, Jordanien, Israel und Algerien über die aktuellen Entwicklungen in ihren jeweiligen Ländern und Regionen aktive Beiträge zu den sechs Sitzungen. In den Sitzungen wurden Themen aus den drei Sicherheitsdimensionen der OSZE behandelt, mit dem Ziel, das Wissen über Fragen, die für beide Seiten von Interesse sind, zu erweitern und Informationen darüber auszutauschen.

Die Mittelmeerkonferenz in Rom am 30. und 31. Oktober hatte die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den in demokratischen Übergangs- und politischen Reformprozessen stehenden Mittelmeerpartnern zum Gegenstand. Besondere Aufmerksamkeit galt Fragen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in den Ländern der Mittelmeerpartner. Die Teilnehmer erörterten die Frage, wie die Volkswirtschaften in den Ländern der Mittelmeerpartner mithilfe entsprechender Best Practices der OSZE gestärkt werden können, einschließlich der Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zum Thema nachhaltige Energie. Sie tauschten auch Meinungen aus und sondierten Möglichkeiten für die Zusammenarbeit bei der Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Bedrohungen für die Sicherheit und bei der Förderung der Teilhabe von Frauen am politischen und öffentlichen Leben.

DER PARTNERSCHAFTSFONDS

Aus dem Partnerschaftsfonds der OSZE werden Projekte und die Teilnahme der Partner an OSZE-Aktivitäten finanziert, was zu einer stärkeren Bindung zwischen den Kooperationspartnern und der OSZE beiträgt. Er wird von der Abteilung Externe Zusammenarbeit im Namen des Generalsekretärs verwaltet.

2012 wurde durch die Unterstützung aus dem Fonds die Entsendung junger Diplomaten und Experten aus den Partnerstaaten in das OSZE-Sekretariat und somit ein besseres gegenseitiges Kennenlernen ermöglicht. Der Fonds trug auch zur Verstärkung des Engagements der Organisation für Afghanistan bei, unter anderem durch die Ausbildung junger afghanischer Diplomaten in der Mongolei, durch die Weitergabe der Erfahrungen Thailands mit der Förderung der Entwicklung in Grenzregionen und durch die Finanzierung der Teilnahme von Vertretern Afghanistans an OSZE-Aktivitäten. Außerdem kamen aus dem Fonds finanzielle Mittel für das mit den asiatischen Partnern abgehaltene Seminar über Sicherheitskooperation in Nordostasien und die Erfahrungen der OSZE und für die ersten mit den Partnern im Mittelmeerraum abgehaltenen partizipatorischen Workshops über Umwelt- und Sicherheitsfragen in der südlichen Mittelmeerregion, die von Jordanien ausgerichtet wurden.

2012 wurden im Rahmen des Partnerschaftsfonds drei weitere Projekte entwickelt. Dabei handelte es sich um ein Seminar über Zusammenarbeit zur Verhütung von Menschenhandel in der Mittelmeerregion, einen Workshop über verstärkte Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung im Mittelmeerraum unter Anwendung der weltweiten Rechtsinstrumente gegen Terrorismus und einen Expertenworkshop über Fragen nachhaltiger Energie im südlichen Mittelmeerraum.

Neue Beiträge langten 2012 von Italien, Litauen, Kasachstan, Südkorea, der Schweiz, der Tschechischen Republik und den Vereinigten Staaten ein. Frühere Beiträge aus Ägypten, Belgien, Deutschland, Israel, Kasachstan, der Republik Korea, Litauen, Spanien, Thailand und den Vereinigten Staaten wurden unter anderem auch für die Durchführung von Projekten im Jahr 2012 verwendet.

DER PARTNERSCHAFTSFONDS IN ZAHLEN

Zusagen seit Beginn (2008): 1 126 821 EUR

Neue Zusagen 2012: 130 656 EUR

Geförderte Teilnehmer an OSZE-Aktivitäten aus Partnerstaaten 2012: 15

Entwickelte Projekte seit Beginn: 26

20 abgeschlossen

6 in Durchführung

2012 durchgeführte Projekte: 7

4 neue

3 mehrjährige

DAS ENGAGEMENT DER OSZE FÜR AFGHANISTAN

Die Stabilität in Afghanistan hat unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit in der OSZE-Region, und die Organisation ist der Ansicht, dass den fünf zentralasiatischen Republiken eine Schlüsselrolle dabei zukommt, welche Art von Unterstützung wir diesem Land leisten. Außerbudgetäre Mittel, um die die OSZE ihre Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner ersucht, flossen dieses Jahr in erster Linie in Grenzsicherung und -management, den Kampf gegen die Bedrohung durch illegale Drogen und die Abzweigung von Drogenausgangsstoffen, in die Polizeiarbeit und den Kampf gegen den Terrorismus.

DAS ENGAGEMENT DES BDIMR FÜR DIE PARTNERSTAATEN DER OSZE IM MITTELMEERRAUM

Das BDIMR führte das Projekt „Förderung demokratischer Strukturen bei den Kooperationspartnern der OSZE im Mittelmeerraum“ durch und stellte vier Rechtsgutachten zu Gesetzesentwürfen fertig, auf die Konsultationstreffen in Tunesien folgten. Die Projekte wie auch die Rechtsgutachten boten Unterstützung bei der Formulierung von Gesetzen betreffend Wahlen, Versammlungsfreiheit, Justiz und politische Parteien.

Ein Gutteil der Arbeit des BDIMR in der Region betraf Genderfragen und politische Teilhabe durch Förderung des Austauschs über bewährte Praktiken zwischen der OSZE-Region und

den Mittelmeerpartnern der OSZE. Das BDIMR erstellte für das tunesische Frauen- und Familienministerium einen Überblick über die Rechtsvorschriften betreffend häusliche Gewalt in der OSZE-Region, der in den gegenwärtigen Diskussionen über die Einführung entsprechender Gesetze Beachtung fand.

Im März leistete das BDIMR einen Beitrag zum regionalen Workshop „Verfassungen, Frauen und der arabische Frühling“ in Istanbul, an dem reformorientierte Frauen sowie Vertreter politischer Parteien und der Zivilgesellschaft aus Ägypten, Marokko, Tunesien, der Türkei, dem Westbalkan und dem Vereinigten Königreich teilnahmen. Die Teilnehmer erörterten, auf welchem Wege eine Verfassungs- und Gesetzesreform zustande gebracht werden könne, begleitet von freiwilligen Maßnahmen zur Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter in den politischen Parteien. Der Workshop half bei der Schaffung von Netzwerken zwischen Politikerinnen und der Zivilgesellschaft aus den beiden Regionen, und das BDIMR wurde ersucht, seine Sachkenntnis zur Verfügung zu stellen und sein Instrumentarium im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter vorzustellen.

Übersetzung von 11 Veröffentlichungen ins Arabische im Jahr 2012

DIALOG MIT INTERNATIONALEN, REGIONALEN UND SUBREGIONALEN ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN

Die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen ist ein wichtiges Element in den Lösungsansätzen der OSZE für offene Fragen auf weltweiter und regionaler Ebene. Die Komplexität und Verflechtung der Bedrohungen erfordert heutzutage eine enge Abstimmung zwischen vielerlei internationalen Akteuren. Eine solche Zusammenarbeit trägt zur politischen, finanziellen und operativen Effizienz unserer Aktivitäten bei, fördert den bestmöglichen Einsatz der verfügbaren Mittel und reduziert unnötige Doppelarbeit.

Das Jahr 2012 war geprägt von einer gezielten Verstärkung der pragmatischen, zielorientierten und zunehmend funktionsfähigen Zusammenarbeit mit einer Reihe internationaler, regionaler und subregionaler Organisationen aus dem OSZE-Raum und darüber hinaus.

Der irische Vorsitz lud 66 internationale Organisationen zum Ministerratstreffen 2012 in Dublin ein, wodurch ein starkes Bekenntnis zur Zusammenarbeit signalisiert wurde.

Eine der Prioritäten des irischen Vorsitzes war nämlich die Verstärkung der Zusammenarbeit mit weltweit und regional tätigen Organisationen. Der Vorsitz gab auch ein Reflexionspapier zu diesem Thema in Auftrag.

Der Generalsekretär erweiterte den strategischen Dialog mit internationalen Organisationen auf Führungsebene. Während der 67. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September führte er über 35 bilaterale Gespräche mit Außenministern von OSZE-Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern sowie mit führenden Vertretern verschiedener Organisationen, darunter der Generalsekretär des Europarats, der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und eine Reihe hochrangiger Vertreter der Vereinten Nationen, der EU und der NATO. Im Januar reiste er nach Genf zu Gesprächen mit den Leitern des Büros der Vereinten Nationen in Genf (UNOG), dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) und Vertretern der Internationalen Organisation für Migration (IOM), des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und großer Denkfabriken wie dem Zentrum für humanitären Dialog und dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik.

VEREINTE NATIONEN

Als größte regionale Organisation nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen unterstützte die OSZE in ihren Einsatzgebieten das weltweite UN-Mandat. Dieses Jahr waren die beiden Organisationen um einen politischen Dialog auf hoher Ebene und Synergien auf Arbeitsebene bemüht, wobei sie auf pragmatische, ergebnisorientierte Weise zusammenarbeiteten.

Ein gutes Beispiel war die Rede des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Februar, wo er die Prioritäten Irlands für die OSZE erläuterte und mehrere Bereiche skizzierte, in denen beide Organisationen gemeinsame Anliegen verfolgen.

Der Generalsekretär der OSZE nahm im Juni in New York an der Klausur des UN-Generalsekretärs mit Leitern regionaler und anderer Organisationen teil, die einem Austausch auf hoher Ebene über zwei wichtige Themen dienen sollte: Sofortmaßnahmen zur Verhütung von Konflikten sowie grenzüberschreitende und neu entstehende Herausforderungen für Frieden und Sicherheit. Bei diesem Anlass besprach er mit führenden Vertretern der Vereinten Nationen regionale und fachspezifische Fragen. Im September sprach der Generalsekretär in New York bei hochrangigen multilateralen Veranstaltungen, unter anderem bei dem von den Außenministern Finnlands und der Türkei veranstalteten Arbeitsfrühstück der „Friends of Mediation“ auf Ministerebene und dem „Heart-of-Asia“-Treffen leitender Beamter im Rahmen des Istanbul-Prozesses.

Am 16. Februar nahm der Generalsekretär in Wien an der vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) veranstalteten Dritten Ministerkonferenz des Pariser Paktes zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Opiaten aus Afghanistan teil, wo er auch eine Erklärung abgab. Schwerpunkt der meisten seiner bilateralen Treffen war das Engagement der OSZE für Afghanistan und die Stärkung der regionalen Sicherheit in Zentralasien. Wichtige Gesprächspartner waren hochrangige Regierungsbeamte aus Zentralasien und Afghanistan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und der Stellvertretende beigeordnete Generalsekretär der NATO für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik.

Die Entwicklungen in Zentralasien und Afghanistan waren auch das Schwerpunktthema in der Rede des Generalsekretärs auf der internationalen Konferenz anlässlich des 5. Jahrestags der Gründung des Regionalzentrums der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien (UNRCCA) in Aschgabat im Dezember. Er unterstrich die Bedeutung der Veranstaltung als wichtige Gelegenheit zum Dialog mit und unter den Partnern aus Zentralasien und darüber hinaus.

Das ganze Jahr hindurch war der Generalsekretär um die Festigung der bilateralen Kontakte mit hochrangigen UN-Vertretern anlässlich ihrer Besuche in Wien bemüht, so etwa mit dem Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen im Mai und dem Beigeordneten Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) im April.

Organisationsweit standen alle Abteilungen auf Arbeitsebene in Kontakt mit verschiedenen UN-Organen, wobei sich die Themen auf alle drei Dimensionen bezogen. Auf dem jährlichen UN/OSZE-Treffen auf Mitarbeiterebene, das im Juni in New York stattfand, wurden die Aktivitäten in den Regionen besprochen, in denen beide Organisationen tätig sind, darunter Zentralasien, der Südkaukasus, Osteuropa und der Westbalkan, ebenso wie die Themen Mediation und Konfliktverhütung.

Im März nahmen der Generalsekretär der OSZE und der Exekutivdirektor des UNODC am jährlichen Koordinierungstreffen der beiden Organisationen teil. Dabei wurde neben einer Überprüfung des Gemeinsamen Aktionsplans die Zusammenarbeit in Schwerpunktbereichen erörtert.

Im Dezember stattete die nach UNSCR 1874 (2009) eingesetzte Sachverständigengruppe des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit dem OSZE-Sekretariat einen ersten Besuch ab, der dem gegenseitigen Kennenlernen diente.

EUROPÄISCHE UNION

2012 intensivierte die OSZE ihre Beziehungen zur EU in mehreren Bereichen, einschließlich der Östlichen Partnerschaft. Der Europäische Auswärtige Dienst (EEAS) wie auch die OSZE setzten in den bestehenden Rahmenbedingungen für einen regelmäßigen Dialog neue Schwerpunkte und änderten die Häufigkeit der Kontakte. Die OSZE arbeitete mit der EU in Fragen von beiderseitigem Interesse eng zusammen, so auch zu Langzeitkonflikten in der OSZE-Region.

Der Generalsekretär sprach im März und im November vor dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU und erörterte in einer Reihe von bilateralen Treffen mit hohen Vertretern der Europäischen Kommission und des EEAS Fragen von beiderseitigem Interesse. Im November sprach der Generalsekretär in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Menschenrechte und Sicherheit vor dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments. Er traf auf dem Ministerratstreffen in Dublin mit der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission, Catherine Ashton, und davor im März in Brüssel mit Präsident José Barroso und mit Kommissar Štefan Füle zusammen. Das OSZE/EU-Treffen auf Botschafterebene fand im September statt, und das Ministertreffen zwischen der OSZE-Troika und der EU im Oktober.

„Wir möchten, dass die OSZE eine starke Säule in der europäischen Sicherheitsarchitektur bleibt. Sie können dabei auf die Europäische Union zählen.“

Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

NATO

Die OSZE unterhielt mit der NATO enge Arbeitsbeziehungen in Form eines regelmäßigen politischen Dialogs und regelmäßiger Zusammenarbeit auf Direktoren- und Expertenebene. Auf dem Ministerratstreffen in Dublin bekräftigte die NATO, dass die OSZE ein wichtiger Partner sei, wobei sie betonte, dass das gemeinsame Ziel im Aufbau einer „freien, demokratischen, gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok“ bestehe. Der Generalsekretär besuchte im März das NATO-Hauptquartier. Bei einem Treffen auf Mitarbeiterebene im Juli wurden gemeinsame regionale Anliegen erörtert, etwa Südosteuropa und Zentralasien, die Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) und die Bekämpfung des Menschenhandels.

EUROPARAT

Die OSZE und der Europarat setzten 2012 ihre enge Zusammenarbeit fort, indem sie Informationen austauschten und ihre Tätigkeit in Fragen von gemeinsamem Interesse auf politischer und Expertenebene, auch vor Ort, koordinierten.

Die verstärkte Zusammenarbeit in vier Bereichen – Förderung von Toleranz und Nicht-diskriminierung, Schutz der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, Kampf gegen den Terrorismus und Bekämpfung des Menschenhandels – stand während der beiden routinemäßigen Treffen der Koordinierungsgruppe des Europarats und der OSZE im März in Straßburg und im Oktober in Wien auf dem Prüfstand.

Die beiden Generalsekretäre trafen sich zu bilateralen Gesprächen in Wien und New York, bei denen der komplementäre Charakter der beiden Organisationen und die konkreten, durch Zusammenarbeit erzielbaren Ergebnisse betont wurden. Das OSZE-Sekretariat nahm im Mai

an der 122. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats in Straßburg teil, und das Sekretariat des Europarats war auf dem 19. Ministerratstreffen der OSZE in Dublin vertreten.

ANDERE ORGANISATIONEN

2012 organisierte die OSZE gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit (OIC) in Dschidda (Saudi-Arabien) eine Konferenz über die Entwicklung wirksamer Mediationsverfahren, die zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs über den Einsatz von Mediation in Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktlösung führen sollte.

Im Oktober reiste der Generalsekretär nach Moskau, wo er vor dem Ständigen Rat der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit sprach. Er führte auch Konsultationen mit dem OVKS-Generalsekretär Nikolai Bordjuschka.

Fortgesetzt wurde der Dialog mit der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC), dem Regionalen Kooperationsrat (RCC), dem Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC), der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung (GUAM), der Konferenz über Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA), dem Zentralasiatischen regionalen Informations- und Koordinationszentrum für die Bekämpfung des illegalen Handels mit Suchtstoffen, psychotropen Stoffen und ihren Ausgangsstoffen (CARICC), der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS), der Liga der arabischen Staaten (LAS), der OIC, der Afrikanischen Union (AU), dem Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN) und dem ASEAN-Regionalforum (ARF), der Schanghai-Kooperationsorganisation (SCO), dem Kooperationsrat turksprachiger Staaten (CCTS) und der Parlamentarischen Versammlung der turksprachigen Länder (TURKPA).

DAS SEKRETARIAT

2012 setzte die ABTEILUNG GRENZÜBERSCHREITENDE BEDROHUNGEN (TNTD) die Zusammenarbeit mit dem UNODC auf der Grundlage des Gemeinsamen Aktionsplans von OSZE und UNODC für 2011 und 2012 fort. Als Beispiele seien die Zusammenarbeit bei einem Ratgeber für die Polizeireform im Rahmen der breiteren Reform des Systems der Strafrechtspflege, die gemeinsame Organisation einer Konferenz zur Verhütung der Weitergabe illegaler Drogen an Jugendliche und ein Workshop über die Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten genannt. Darüber hinaus begleiteten Vertreter der TNTD das Exekutivdirektorium des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus (CTED) bei seinen Ortsbesuchen in der OSZE-Region.

Ein aktiver Dialog wurde auch mit der EU und regionalen Organisationen wie dem Europarat, der NATO, der GUS, der OVKS und der SCO über gemeinsame Bemühungen zur Unterstützung von Staaten in der wirksamen Bekämpfung von Terrorismus geführt. Eine enge Zusammenarbeit bestand nach wie vor mit der INTERPOL und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) in Bezug auf die Sicherheit von Reisedokumenten und mit der Weltzollorganisation (WZO) betreffend Containersicherheit und die Sicherheit der Lieferkette. Mit der Vereinigung europäischer Polizeiakademien wurde ein Kooperationsprotokoll zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen polizeilichen Ausbildungseinrichtungen unterzeichnet.

Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements wurden OSZE-weit mit verschiedenen internationalen und regionalen Organisationen besprochen, darunter das

UNODC, die IOM, das Internationale Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD), das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), das Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC), das George Marshall Centre, die WZO und die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex). Viele dieser Organisationen sind der OSZE-Stabsakademie für Grenzmanagement in Tadschikistan angeschlossen und bieten Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern in enger Zusammenarbeit Ausbildungen an.

Im Bereich der Internetsicherheit wurde die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihren verschiedenen Organen, dem Europarat, der NATO und der EU fortgesetzt und ausgebaut. Auch eine Zusammenarbeit mit dem ASEAN-Regionalforum wurde gestartet.

Das KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUM (KVZ) nahm an zahlreichen Konferenzen teil, auf denen ein Informationsaustausch stattfand und Informationen über bewährte Verfahren in den jeweiligen Fachbereichen weitergegeben wurden. Ein Beispiel hierfür ist der im Dezember abgehaltene Workshop *Towards a Strategy for Reconciliation in the OSCE Area* mit Teilnehmern aus der CICA, dem Ostseerat (CBSS), der OIC, dem RCC, der SCO und dem UNRCCA.

Hinsichtlich der regionalen Flüchtlingssituation in Südosteuropa arbeitete das KVZ eng mit UNHCR und der Europäischen Kommission zusammen, um die kollektiven internationalen Bemühungen zur Umsetzung des Regionalen Wohnbauprogramms im Rahmen des Sarajewo-Prozesses zu unterstützen.

Die OSZE führte gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der EU den Vorsitz in vier Runden der Genfer Gespräche, wie es im Sechs-Punkte-Abkommen vom 12. August 2008 vorgesehen ist. Sie ermöglichte auch gemeinsam mit der Überwachungsmission der Europäischen Union (EUMM) 13 Sitzungen im Rahmen des zweiten Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen. Die Bedeutung dieser Zusammenarbeit wurde durch die gemeinsame Anwesenheit der drei Kovorsitzenden im Ständigen Rat der OSZE am 1. November deutlich.

Das Zentralasien-Referat des KVZ unterstützte die Kommunikation und die Treffen zwischen der OSZE, den Vereinten Nationen und den Sonderbeauftragten der EU für Kirgisistan im Gefolge der Krise von 2010.

Der Dienst „Unterstützung von Einsätzen“ (OS) stand im Bereich der Mediationsunterstützung weiterhin in wechselseitiger kooperativer Beziehung zur Gruppe für Vermittlungsunterstützung der Vereinten Nationen, zum EEAS und zur OIC.

OS beteiligte sich auch an anderen Veranstaltungen zur Mediationsunterstützung unter Mitwirkung internationaler und regionaler Organisationen, wie etwa der informellen Podiumsdiskussion bei den Vereinten Nationen im Januar, der Istanbul Mediationskonferenz im Februar und der Vorstellung des von den Vereinten Nationen herausgegebenen Ratgebers *Guidance for Mediators: Addressing Conflict-Related Sexual Violence in Ceasefire and Peace Agreements* im März.

Vertreter internationaler und regionaler Organisationen, unter ihnen CICA, CBSS, OIC, RCC, SCO und UNRCCA, nahmen auch an dem OS-Workshop *Towards a Strategy for Reconciliation in the OSCE Area* im Dezember teil.

Der Dialog mit Vertretern der Internationalen Stabilisierungs- und Friedenskonsolidierungsinitiative (ISPI), an der sich Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Denkfabriken und Wissenschaftler sowie internationale Organisationen wie die AU, der Europarat, die Vereinten Nationen und die Weltbank beteiligen, wurde 2012 fortgesetzt.

Der Generalsekretär der OSZE und der Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) unterzeichneten eine Vereinbarung über die Entwicklung einer Partnerschaft für Frieden und Abrüstungsinitiativen. Die Vereinbarung wird bei der Koordination helfen und die Inangriffnahme gemeinsamer Initiativen betreffend die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) ermöglichen. Das OSZE-Sekretariat und das UNODA unterzeichneten ferner eine Vereinbarung über gemeinsame Aktivitäten bei Projekten zur Förderung der regionalen Umsetzung von UNSCR 1540 (siehe S. 40).

Phase II des gemeinsamen OSZE/UNDP-Projekts zur Unbrauchbarmachung von Munition – eine Komponente des MONDEM-Programms – wurde mit der Vernichtung von über 700 t instabiler und überschüssiger Munition abgeschlossen. Phase II des gemeinsamen Projekts zum Aufbau von Kapazitäten im SALW-Bereich in Belarus wurde erfolgreich umgesetzt. Schließlich wurden in Georgien (650 vernichtete Bomben), Bosnien und Herzegowina und Serbien drei neue gemeinsame Initiativen betreffend SALW und konventionelle Munition gestartet (siehe S. 41). Die OSZE vertiefte auch die Zusammenarbeit mit der EU, die die OSZE-Initiativen zur Verhütung der Verbreitung unerlaubter SALW in der OSZE-Region mit rund 800 000 Euro unterstützte.

Die ABTEILUNG GENDERFRAGEN setzte ihre Zusammenarbeit mit EU, NATO und UN Women fort, insbesondere im Hinblick auf UNSCR 1325 und Aspekte ihrer verbesserten Umsetzung in der gesamten OSZE-Region. Die Abteilung verstärkte ihre Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN DPA) in Bezug auf Methoden zur Einbeziehung von Frauen in Mediations- und Friedenprozesse. Auch die Zusammenarbeit mit der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) wurde mit der Anregung einer Studie über die Verbreitung häuslicher Gewalt in der OSZE-Region intensiviert.

Über die Plattform der Allianz gegen den Menschenhandel arbeitete die SONDERBEAUFTRAGTE UND KOORDINATORIN FÜR DIE BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS (CTHB) mit internationalen Organisationen und NGOs zusammen, wobei der Schwerpunkt auf den größten Herausforderungen wie dem stärkeren Schutz der Kinder, dem Einsatz für die Straflosigkeit der Opfer des Menschenhandels und der Nichtdiskriminierung als Befähigungsstrategie zur Verhütung des Menschenhandels lag.

Die bilaterale Zusammenarbeit mit UNODC, IOM, UNHCR, dem Europarat und anderen internationalen Organisationen und NGOs wurde unter anderem durch gemeinsame Projekte und Veranstaltungen weiterentwickelt. Ein Erfolgsbeispiel dafür war der von der OSZE, dem Europarat, der Interparlamentarischen Versammlung der GUS und dem Exekutivkomitee der GUS in Zusammenarbeit mit den OSZE-Feldoperationen und dem BDIMR im April in St. Petersburg veranstaltete Gemeinsame Runde Tisch gegen Menschenhandel.

Das BÜRO DES KOORDINATORS FÜR WIRTSCHAFTS- UND UMWELTAKTIVITÄTEN DER OSZE (OCEEA) widmete sich in Zusammenarbeit mit mehreren

internationalen Organisationen Sicherheitsbedrohungen in der zweiten Dimension. Zur Förderung von Good Governance und im Kampf gegen Korruption, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung kooperierte das OCEEA im Rahmen verschiedener Initiativen mit dem UNODC, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“, dem Europarat und anderen Organisationen.

Das OCEEA arbeitete auch mit der IOM und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Fragen der Migrationssteuerung, mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) in Verkehrs- und Wasserfragen und mit der WZO in Zollfragen zusammen, ebenso mit dem UNDP-Büro in Afghanistan und der World Fair Trade Organization (WFTO) in Fragen unternehmerischer Initiativen von Frauen. 2012 fungierte der Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE als ENVSEC-Vorsitzender. Das OCEEA kooperierte ferner mit der Europäischen Umweltagentur in Fragen des Klimawandels und in Energiefragen mit der UNECE und dem Vienna Energy Club, dem Organisationen mit Sitz in Wien angehören.

DIE INSTITUTIONEN

Das Zusammenwirken des HOHEN KOMMISSARS FÜR NATIONALE MINDERHEITEN (HKNM) mit Partnerorganisationen und -institutionen bestand in einer engen Zusammenarbeit mit einschlägigen Organen der Vereinten Nationen und des Europarats in Bezug auf den Austausch von Informationen und Fachwissen und der Teilnahme an einschlägigen Veranstaltungen der jeweiligen Institution.

Zivilgesellschaftliche Institutionen, besonders solche, die Minderheitengemeinschaften vertreten, waren für den HKNM wichtige Gesprächspartner während seiner Besuche in verschiedenen Ländern. Der HKNM arbeitete in einigen Ländern auch mit NGOs als Implementierungspartnern zusammen.

Die BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT (FOM) arbeitete mit Sonderberichterstattem der Vereinten Nationen, der OAS und der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker an der Ausarbeitung und Veröffentlichung einer Erklärung über Verbrechen gegen die freie Meinungsäußerung, in deren Mittelpunkt Lösungsmöglichkeiten für das Problem der Verbrechen gegen Journalisten stehen. Die Beauftragte nahm an internationalen Veranstaltungen zum Thema freie Meinungsäußerung, die von der UNESCO organisiert worden waren, und einem vom Europarat organisierten Lenkungsausschuss zum Thema Medien und Informationsgesellschaft teil. Ebenso nahm sie am UN-Forum für Internet-Verwaltung und an einem Treffen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zum Thema Sicherheit von Journalisten teil.

Das BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE (BDIMR) setzte seine enge Partnerschaft mit dem Europarat durch Entsendung von Beobachtern der Venedig-Kommission in einige Expertengremien des BDIMR fort, so etwa in das Expertengremium für das Recht auf friedliche Versammlung, die Kerngruppe von Experten für politische Parteien und den Beirat für Religions- und Glaubensfreiheit. In dem Bestreben, internationalen Standards für die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zum Durchbruch zu verhelfen, arbeitet das BDIMR nun auch mit der Abteilung des Europarats für die Gleichstellung der Geschlechter zusammen.

Das Büro fungierte in Fragen der politischen Teilhabe von Frauen, der Gleichstellung der Geschlechter und der Migration als Partner wichtiger UN-Organen wie UN Women und UNDP. Das BDIMR förderte die Zusammenarbeit mit dem UN-Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und der UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten.

2012 startete das BDIMR das mit 3,3 Millionen Euro dotierte, hauptsächlich von der EU finanzierte zweijährige Projekt „Vorbildliche Verfahren zur Integration der Roma“ (siehe S. 107).

Das BDIMR arbeitete auch mit der Venedig-Kommission bei der juristischen Überprüfung wahlrechtlicher Vorschriften zusammen und widmete sich wie bisher der Wahlbeobachtung in enger Partnerschaft mit den Parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der NATO und mit dem Europäischen Parlament.

Schließlich verstärkte das BDIMR seine Zusammenarbeit und Koordination mit anderen maßgeblichen zwischenstaatlichen Partnern im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, unter anderem mit der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, der FRA und OHCHR.

Die PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE setzte ihre regelmäßige Zusammenarbeit – in erster Linie in Fragen der Wahlbeobachtung – mit dem Europäischen Parlament, den Parlamentarischen Versammlungen der NATO und des Europarats und anderen internationalen parlamentarischen Organisationen sowie mit dem Nordischen Rat fort.

HERAUSRAGENDE BEISPIELE FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT VOR ORT

SÜDOSTEUROPA

Die PRÄSENZ IN ALBANIEN arbeitete mit mehreren Partnerorganisationen, unter ihnen die EURALIUS-Mission der EU zur „Konsolidierung des albanischen Justizsystems“ und UNICEF, an einer Reform der Strafprozessordnung. Die Präsenz organisierte gemeinsam mit dem EU-Partnerschaftsprojekt „Unterstützung bei der Einführung der Bewährungshilfe und von Alternativmaßnahmen zur Haft“ einige Ausbildungsveranstaltungen für Bewährungshelfer. Sie arbeitete mit der Weltbank und dem Regionalen Umweltzentrum im Hinblick auf die Umsetzung der Aarhus-Konvention zusammen und stand beim Projekt „Eigentumsreform“ in engem Kontakt mit der EU. Die OSZE hielt mit der Weltbank und anderen internationalen Gebern vierteljährlich Fachtagungen auf hoher Ebene zur Abstimmung der Standpunkte betreffend die Eigentumsreform in Albanien ab.

Die MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA kooperierte bei Rüstungskontrollinitiativen mit UNDP, NATO und EU, im Rahmen des Strukturierten Dialogs über Fragen der Justiz, zur Unterstützung bei inländischen Kriegsverbrecherprozessen und bei der Bildungsreform arbeitete sie mit der EU, in den Bereichen örtliche Verwaltung, Bildung, Gefängnisreform und Urteilsvollzug mit dem Europarat, in Bezug auf dauerhafte Lösungen für Vertriebene, Flüchtlinge und Rückkehrer mit UNHCR, hinsichtlich Ungleichheiten im Sozialschutzsystem mit der Weltbank und schließlich bei der Bildungsreform mit UNICEF zusammen.

Die MISSION IM KOSOVO war in enger Abstimmung mit der UNMIK und internationalen Partnern wie UNHCR, dem UNDP, der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union (EULEX), dem EU-Büro im Kosovo, der KFOR und dem Europarat tätig, um die Kapazitäten der Institutionen weiter auszubauen, die Zivilgesellschaft zu stärken und die Menschenrechte, insbesondere die Rechte der Volksgruppen, zu fördern.

Die MISSION IN MONTENEGRO arbeitete mit der EU und dem UNDP zusammen, um für Kohärenz und Komplementarität in den Aktivitäten rund um die Justizreform und im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität zu sorgen. Sie agierte in enger Absprache mit der EU, dem Internationalen Hilfs- und Ausbildungsprogramm für die Untersuchung von Verbrechen (ICITAP), dem UNODC, dem DCAF, der Vereinigung südosteuropäischer Polizeichefs (SEPICA), der Regionalinitiative für Migration, Asyl und Flüchtlinge und dem Regionalen Koordinationsrat der Polizei beim Aufbau von Kapazitäten in der Polizeidirektion, ihrer Akademie und dem Innenministerium. Mit UNHCR, der EU und den Unterzeichnerstaaten der Erklärung von Sarajewo bemühte sich die Mission um die Einrichtung des Regionalen Wohnbauprogramms für Vertriebene. Mit der Europäischen Rundfunkunion arbeitete sie bei der Umsetzung von Reformen im Bereich der staatlichen Medien und mit UNDP bei der Durchführung des Programms zur Entmilitarisierung Montenegros zusammen, in dessen Rahmen die Vernichtung von 600 t instabiler Munition koordiniert wurde.

Die MISSION IN SERBIEN arbeitete mit UNDP und anderen UN-Organen beim Start des Kapazitätsentwicklungsprogramms zur Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition für die Republik Serbien (CASM) zusammen. Sie half auch gemeinsam mit UNOHCHR den staatlichen Behörden bei der Umsetzung von Beschlüssen der UN-Vertragsorgane. Gemeinsam mit dem Europarat unterstützte die Mission auch die in Gang befindliche Justizreform, Versammlungsfreiheit und Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und Demokratisierung. In Flüchtlingsangelegenheiten arbeitete die Mission im Anschluss an die Geberkonferenz in Sarajewo mit UNHCR und der EU an dauerhaften Lösungen für die noch verbliebenen hilfsbedürftigen Flüchtlinge. Mit der EU-Delegation in Serbien setzte sie sich für die Justizreform, den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen und wirtschaftliche Transparenz ein.

Im Rahmen der Bemühungen um Überarbeitung des Rahmenabkommens von Ohrid arbeitete die MISSION IN SKOPJE mit der EU, den Vereinigten Staaten, der NATO, der UNESCO und dem UNDP zusammen. Sie kooperierte wie bisher mit EULEX und der KFOR bei der Verbesserung der Grenzsicherung, mit dem DCAF bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und mit ICITAP und der EU bei der Koordinierung der Bemühungen im Zusammenhang mit Polizeireformen. In Fragen der Justizreform arbeitete die Mission mit dem Office of Overseas Prosecutorial Development, Assistance and Training (OPDAT), der EU, UNICEF, dem IKRK, und der American Bar Association Central European and Eurasian Law Initiative (ABACEELI) zusammen.

OSTEUROPA

Die MISSION IN MOLDAU arbeitete im Kampf gegen Menschenhandel, häusliche Gewalt und Diskriminierung eng mit der EU, UN-Organen, der IOM und dem Europarat zusammen, sowie mit der Europäischen Rundfunkunion bei der Reform des staatlichen Fernsehens und Radios und dessen Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Die Mission half bei der Organisation gemeinsamer Veranstaltungen im wissenschaftlichen, kulturellen und Umweltbereich zur Unterstützung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen im Zusammenhang mit den 5+2-Verhandlungen und nahm an diesen Veranstaltungen auch teil.

Der PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE kooperierte mit der NATO bei einem Projekt zur sozialen Anpassung, mit dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung anlässlich einer gemeinsamen Bedarfserhebung zur Umsetzung der Internationalen Normen für Antiminenprogramme, mit der Internationalen Stiftung für Wahlsysteme bei der Ausbildung von Verwaltungsrichtern und mit dem Europarat, der Canadian International Development Agency (CIDA), der IOM, dem UNDP und der NGO La Strada zur Verhütung von Menschenhandel, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Bekämpfung der Internetkriminalität.

SÜDKAUKASUS

Das BÜRO IN BAKU arbeitete bei seinen Projekten betreffend Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie mit der Weltbank, der EU und einschlägigen UN-Organen zusammen, ebenso mit der Internationalen Seeschiff-fahrts-Organisation (IMO) bei einem Projekt zum Schutz vor Ölkatastrophen, mit der UNECE in Bezug auf den Nationalen Grundsatzdialog über Wasserbewirtschaftung, mit der EU bei der integrierten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten und mit dem UNDP bei der Umsetzung von Projekten im Rahmen des Programms *Civic Action for Security and Environment*.

Das BÜRO IN ERIWAN arbeitete mit dem Europarat, der EU-Delegation und der Beratungsgruppe der EU, den Vereinten Nationen und der Weltbank in den Bereichen Wahlen, Korruptionsbekämpfung, Polizeiunterstützung, Menschenrechte, Wirtschaftsreformen, Umwelt, Justizreform, Medien, Genderfragen, Bekämpfung des Menschenhandels und Migration eng zusammen.

ZENTRALASIEN

In Partnerschaft mit dem UNODC setzte sich das ZENTRUM IN ASCHGABAT für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen der Polizei und Drogenbekämpfungsbehörden in Fragen der Methoden zur Fahndung nach illegalen Drogen ein. In Zusammenarbeit mit Experten der Multinationalen Kleinwaffen- und Munitionsgruppe (MSAG) unterstützte es Turkmenistan bei weiteren Verbesserungen im Bereich der Sicherung und Verwaltung von SALW und ihrer Lagerbestände.

Das ZENTRUM IN ASTANA arbeitete eng mit verschiedenen UN-Organen und -Gremien zusammen – mit dem UNODC in Fragen der Strafverfolgung, mit UNOHCHR und UNOHCER betreffend Menschen- und Flüchtlingsrechte, mit der UNECE in Bezug auf Transparenz und nachhaltige Entwicklung, mit der WZO hinsichtlich Handels-erleichterungen, mit der UNESCO in Fragen der Journalistenausbildung und des Klima-

wandels und mit UN Women in Genderfragen. Das Zentrum war auch Partner der IOM im Kampf gegen Menschenhandel und in Fragen der Migrationssteuerung. Besonders ergiebig war seine Zusammenarbeit mit der EU, etwa bei der Justizreform und beim Grenzmanagement im Rahmen des von EU und UNDP betriebenen Grenzschutzprogramms für Zentralasien (BOMCA). In Fragen der integrierten Wasserbewirtschaftung stand das Zentrum in enger Verbindung mit UNRCCA und dem Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees. Außerdem unternahm es Schritte zur Verstärkung seiner Zusammenarbeit mit der CICA in regionalen Sicherheitsfragen.

Das ZENTRUM IN BISCHKEK engagierte sich für Aussöhnung, Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation in enger Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der EU und anderen internationalen Organisationen. Gemeinsam mit UNODA und dem 1540-Ausschuss der Vereinten Nationen half es Kirgisistan bei der Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans für die Umsetzung von UNSCR 1540, Grenzfragen waren Gegenstand der Zusammenarbeit mit EUBOMCA und UNODC. In Wirtschafts- und Umweltangelegenheiten koordinierte das Zentrum seine Tätigkeit mit der OECD und dem UNODC in Fragen der Offenlegung von Vermögen, mit der Weltbank und dem UNODC in Bezug auf die Risikobeurteilung und mit dem UNDP bei grenzüberschreitenden Angelegenheiten. Das Zentrum führte ferner den Kovorsitz in einem Unterausschuss des Koordinationsrats der Entwicklungspartner, dem alle wichtigen in diesem Bereich tätigen internationalen Geber angehören. In der menschlichen Dimension arbeitete das Zentrum mit UNOHCHR in Fragen der Verhütung von Folter, der Rechtsstaatlichkeit, der Justizreformen und der Versammlungsfreiheit zusammen, mit der IOM und dem UNODC bei der Bekämpfung des Menschenhandels, mit UN Women in Bezug auf Gender Mainstreaming, einschließlich der Umsetzung von UNSCR 1325, und mit dem UNODC und der Europäischen Kommission, dem IKRK und Freedom House/USAID bei der Strafvollzugsreform.

Das BÜRO IN TADSCHIKISTAN kooperierte in Fragen der Grenzsicherung und des Grenzmanagements mit dem UNDP, dem EU Border Management Northern Afghanistan (EUBOMNAF), dem UNODC, der IOM und UNHCR, dem Dienst für Antiminenprogramme des UNDP, dem Internationalen Treuhandfonds für die Minenräumung und die Unterstützung der Minenopfer und dem Genfer Internationalen Zentrum für humanitäre Minenräumung. Der politische Dialog war Gegenstand der Zusammenarbeit des Büros mit UNRCCA, EU, UNDP und NATO. In der menschlichen Dimension agierte das Büro in enger Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission des Europarats und UN Women in Fragen der politischen Teilhabe und der Gleichstellung der Geschlechter, mit IOM, ILO, UNHCR und UNODC betreffend Menschenhandel und Zwangsmigration und mit EU, UNICEF, UNOHCHR, IKRK und UNDP zur Förderung der Umsetzung internationaler Menschenrechtsnormen.

Der PROJEKTKOORDINATOR IN USBEKISTAN organisierte in Absprache mit internationalen Organisationen, NGOs und anderen Partnern verschiedene Veranstaltungen in allen drei Dimensionen.

ANHÄNGE

OSZE-GESAMTHAUSHALTSPLAN 2012

AUSGABEN NACH INSTITUTIONEN UND REGIONEN

OSZE-GESAMTHAUSHALTSPLAN 2012 **148,1 Mio. EUR**

SÜDOSTEUROPA **56,9 Mio. EUR**

SEKRETARIAT **38,9 Mio. EUR**

INSTITUTIONEN **20,9 Mio. EUR**

ZENTRALASIEN **18,6 Mio. EUR**

KAUKASUS **8,0 Mio. EUR**

OSTEUROPA **4,8 Mio. EUR**

TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN	BERICHTIGTER HAUSHALT 2012	% DES GESAMT-HAUSHALTS
Sekretariat	38 936 500	26 %
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	16 039 300	11 %
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten	3 399 500	2 %
Beauftragter für Medienfreiheit	1 429 300	1 %
TEILHAUSHALTE FÜR DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN GESAMT	59 804 600	40 %
TEILHAUSHALTE FÜR DIE OSZE-FELDOPERATIONEN		
SÜDOSTEUROPA		
Mission im Kosovo	21 862 400	15 %
Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	14 696 600	10 %
Büro in Zagreb	727 000	0 %
Mission in Serbien	7 268 500	5 %
Präsenz in Albanien	3 169 600	2 %
Mission in Skopje	6 853 300	5 %
Mission in Montenegro	2 297 800	2 %
SÜDOSTEUROPA GESAMT	56 875 200	39 %
OSTEUROPA		
Mission in Moldau	2 072 900	1 %
Projektkoordinator in der Ukraine	2 744 200	2 %
Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige	9 300	0 %
OSTEUROPA GESAMT	4 826 400	3 %
KAUKASUS		
Büro in Eriwan	2 792 600	2 %
Büro in Baku	2 829 900	2 %
Hochrangige Planungsgruppe	245 100	0 %
Minsk-Prozess	927 500	1 %
Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	1 155 300	1 %
KAUKASUS GESAMT	7 950 400	5 %
ZENTRALASIEN		
Zentrum in Astana	2 148 400	1 %
Zentrum in Aschgabat	1 473 200	1 %
Zentrum in Bischkek	6 715 100	5 %
Projektkoordinator in Usbekistan	1 949 600	1 %
Büro in Tadschikistan	6 312 500	4 %
ZENTRALASIEN GESAMT	18 598 800	13 %
TEILHAUSHALTE FÜR DIE OSZE-FELDOPERATIONEN GESAMT	88 250 800	60 %
GESAMTBETRAG	148 055 400	100 %

(Gesamthaushaltszahlen 2012 mit Stand vom 18. Januar 2013)

AUSSERBUDGETÄRE BEITRÄGE

DEN DIMENSIONEN ZUGEWIESEN

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTDIMENSION **0,9 Mio. EUR**

STRATEGIE UND LEITUNG **2,7 Mio. EUR**

MANAGEMENT UND VERWALTUNG **3,1 Mio. EUR**

DIMENSIONENÜBERGREIFEND **5,1 Mio. EUR**

MENSCHLICHE DIMENSION **7,9 Mio. EUR**

POLITISCH-MILITÄRISCHE DIMENSION **18,8 Mio. EUR**

AUSSERBUDGETÄRE OSZE-BEITRÄGE 2012 GESAMT:

38,5 Mio. EUR

DEN INSTITUTIONEN UND REGIONEN ZUGEWIESEN

SEKRETARIAT **20,5 Mio. EUR**

ZENTRALASIEN **5,9 Mio. EUR**

INSTITUTIONEN **4,7 Mio. EUR**

SÜDOSTEUROPA **3 Mio. EUR**

KAUKASUS **2,5 Mio. EUR**

OSTEUROPA **1,9 Mio. EUR**

GEBER	GENEHMIGTE ZUSAGE	%
Albanien	8 040	0,0 %
Andorra	10 000	0,0 %
Australien	70 935	0,2 %
Australian Agency for International Development (AusAID)	289 747	0,8 %
Aserbajdschan	36 515	0,1 %
Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC)	74 299	0,2 %
Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS)	492 688	1,3 %
Canadian International Development Agency (CIDA)	897 894	2,3 %
Dänemark	167 837	0,4 %
Deutschland	2 576 781	6,7 %
Europäische Kommission	1 832 368	4,8 %
Europäische Union	2 111 443	5,5 %
Finnland	296 221	0,8 %
Frankreich	10 500	0,0 %
Internationale Organisation für Migration (IOM)	214 405	0,6 %
Irland	191 360	0,5 %
Italien	60 000	0,2 %
Japan	6 740	0,0 %
Kanada	113 868	0,3 %
Kasachstan	605 000	1,6 %
Liechtenstein	152 252	0,4 %
Litauen	29 000	0,1 %
Luxemburg	152 000	0,4 %
Monaco	274 323	0,7 %
Niederlande	746 891	1,9 %
Norwegen	4 751 232	12,3 %
Norwegian Institute of International Affairs (NUPI)	40 000	0,1 %
Österreich	189 303	0,5 %
Polen	30 127	0,1 %
Schweden	539 280	1,4 %
Schweiz	1 464 408	3,8 %
Südkorea	7 550	0,0 %
Tschechische Republik	20 000	0,1 %
Türkei	218 087	0,6 %
United States Agency for International Development (USAID)	503 243	1,3 %
Vereinigte Staaten	18 655 825	48,4 %
Vereinigtes Königreich	646 839	1,7 %
Weltzollorganisation (WZO)	23 990	0,1 %
GESAMT	38 510 991	100 %

(Stand: 31. Dezember 2012)

GENEHMIGTE AUSSERBUDGETÄRE ZUSAGEN 2004 – 2012

JAHR	BETRAG
2004	21 880 097
2005	28 326 777
2006	24 972 861
2007	29 351 507
2008	28 755 621
2009	21 197 968
2010	25 736 102
2011	15 085 877
2012	38 510 991

OSZE-PERSONAL MIT BEFRISTETEM DIENSTVERTRAG

Nationalität	Kosovo	Bosnien und Herzegowina	Skopje	Serbien	Montenegro	Albanien	Baku	Eriwan	Minsk-Konferenz	Moldau	Ukraine	Astana	Aschgabat	Bishekek	Tadschikistan	Usbekistan	Feldoperationen gesamt	Sekretariat	Beauftragte für Medienfreiheit	HKNM	BDJMR	Sekretariat & Institutionen gesamt	SUMME	
	Armenien	1	2									1				1		5	1			1	1	6
Aserbaidschan	1																1	1					1	2
Belarus	1	1											1				3	2	1		2		5	8
Belgien	1	2													1		4	3					3	7
Bosnien und Herzegowina	8			2											2		12	4	1		2		7	19
Bulgarien	1			1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	1		13	2			1	1	3	16
Dänemark															2	1	3	1			1		2	5
Deutschland	2	4	2	1		2				1		1		3	4	1	21	17	1	1	5		24	45
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	10													1	1		12	1			1	2	14	
Estland			1							2							3			1		1	4	
Finnland	1	1	1														3	2					2	5
Frankreich	5	2	3	1		1	1			1							14	7	2	1	4	14	28	
Georgien	5												1	1	2		9	4		1	2		7	16
Griechenland	5	1	1											2			9	1				1	10	
Irland	6	5	1	2	1										1		16	3			1	4	20	
Island	1																1						1	1
Italien	13	10	2	2		1				1				3	1		33	14			2	16	49	
Kanada	6	1		1		1	1							2			12	9			5	14	26	
Kasachstan											1						1	3		1	2	6	7	
Kirgisistan		1					1										2	1			1	2	4	
Kroatien	8	2	1														11	3				3	14	
Lettland															1		1			1	1	2	3	
Litauen						1											1	2				2	3	
Luxemburg																	0	2				2	2	
Malta	1																1	1				1	2	
Moldau	2	1	1					1				1		1	1		8				2	2	10	
Montenegro	1					1											2						2	2
Niederlande			1														1	2		4	2	8	9	
Norwegen				1		1									2		4	1		3	2	6	10	
Österreich	12	2	1	2	1	2						1			1		22	11			4	15	37	
Polen	4	2			1				1					2	1		11	1			9	10	21	
Portugal	1	2															3	2				2	5	
Rumänien			1					1									2	1			2	3	5	
Russische Föderation	1	1	2	2				1							9	2	18	12	1	1	2	16	34	
Schweden	2	1		3	1					1				3	3		14	4				4	18	
Schweiz				1													1	3	1	1		5	6	
Serbien			1				1							3			5	3			1	4	9	
Slowakei	3	2			1									1			7	2				2	9	
Slowenien				1		1									1		3	1			3	4	7	
Spanien	3	1	5	1		3	1			1			1				16	9				9	25	
Tadschikistan			1											1			2						2	2
Tschechische Republik	1	1				1			1	1		1					6	3				3	9	
Türkei	7	1	4		1									1	1		17	4				4	21	
Turkmenistan														1			1	1				1	2	
Ukraine	1								1			1		2			5	7			3	10	15	
Ungarn	2	1	4	1													9	2	1		2	5	14	
Usbekistan										1							1	2	1			3	4	
Vereinigte Staaten	18	11	3	5	2	3	2	2		3	1	1	1	7	7		66	18	1	2	7	28	94	
Vereinigtes Königreich	14	5	1	5	1	2			2	1				1			32	17		2	6	25	57	
Internationales Personal	148	63	37	32	10	21	10	6	6	13	4	7	6	46	35	3	447	189	10	19	76	294	741	
Ortspersonal	478	427	112	134	32	68	32	51	11	40	53	23	18	116	181	18	1794	195	3	12	75	285	2079	
Personal gesamt	626	490	149	166	42	89	42	57	17	53	57	30	24	162	216	21	2241	384	13	31	151	579	2820	

(Stand: 31. Dezember 2012, einschließlich des aus außerbudgetären Beiträgen finanzierten Personals)

KONTAKT

Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

OSZE-Sekretariat

Wallnerstraße 6

1010 Wien, Österreich

Tel.: +43 1 514 36 60 00

Fax: +43 1 514 36 69 96

info@osce.org

www.osce.org

INSTITUTIONEN

OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

Ulica Miodowa 10

00-251 Warschau, Polen

Tel.: +48 22 520 06 00

Fax: +48 22 520 06 05

office@odih.pl

Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten

Prinsessegracht 22

2514 AP Den Haag,

Niederlande

Tel.: +31 70 312 55 00

Fax: +31 70 363 59 10

hcnm@hcnm.org

OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit

Wallnerstraße 6

1010 Wien, Österreich

Tel.: +43 1 514 36 68 00

Fax: +43 1 514 36 68 02

pm-fom@osce.org

FELDOPERATIONEN

SÜDOSTEUROPA

OSZE-Präsenz in Albanien

Sheshi "Italia"

Sheraton Hotel, 1. Stock

Tirana, Albanien

Tel.: +355 4 223 59 96

Fax: +355 4 224 42 04

pm-al@osce.org

**OSZE-Mission in Bosnien
und Herzegowina**

Fra Andjela Zvizdovica 1
71000 Sarajewo, Bosnien
und Herzegowina
Tel.: +387 33 75 21 00
Fax: +387 33 44 24 79
info.ba@osce.org

OSZE-Mission im Kosovo

OSCE Headquarters
10000 Priština, Kosovo-UNMIK
Tel.: +381 38 24 01 00
Fax: +381 38 24 07 11
fo.omik@osce.org

OSZE-Mission in Montenegro

Bulevar Sv. Petra Cetinjskog 1a
81000 Podgorica, Montenegro
Tel.: +382 20 40 64 01
Fax: +382 20 40 64 31
omim@osce.org

OSZE-Mission in Serbien

Čakorska 1
11000 Belgrad, Serbien
Tel.: +381 11 360 61 00
Fax: +381 11 360 61 12
omis@osce.org

OSZE-Mission in Skopje

Oktomvriška Revolucija bb
MK-1000 Skopje, Die ehemalige
jugoslawische Republik Mazedonien
Tel.: +389 2 323 40 00
Fax: +389 2 323 42 34
info-MK@osce.org

OSTEUROPA

OSZE-Mission in Moldau

108 Mitropolit Dosoftei Str.
2012 Chişinău, Moldau
Tel.: +373 22 22 34 95
Fax: +373 22 22 34 96
moldova@osce.org

**OSZE-Projektkoordinator in
der Ukraine**

16 Striletska St.
01034 Kiew, Ukraine
Tel.: +380 444 92 03 82
Fax: +380 444 92 03 83
osce-ukraine@osce.org

**OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen
lettisch-russischen Kommission
für pensionierte Militärangehörige**

Wieleweg 7
22417 Hamburg, Deutschland
Tel.: +43 664 464 15 62
Fax: +43 1 514 36 61 24
helmut.napiontek@osce.org

SÜDKAUKASUS

OSZE-Büro in Baku

The Landmark III, 96 Nizami St.
Baku, Aserbaidshan
Tel.: +994 124 97 23 73
Fax: +994 124 97 23 77
office-az@osce.org

OSZE-Büro in Eriwan

64/1 Sundukyan Str.
Eriwan 0012, Armenien
Tel.: +374 10 22 96 10
Fax: +374 10 22 96 15
yerevan-am@osce.org

ZENTRALASIEN

OSZE-Zentrum in Aschgabat

Turkmenbashy Shayoly 15
744005 Aschgabat, Turkmenistan
Tel.: +993 12 94 60 92
Fax: +993 12 94 60 41
info_tm@osce.org

OSZE-Zentrum in Astana

10 Beibitshilik St.
Astana 010000, Kasachstan
Tel.: +771 72 32 68 04
Fax: +771 72 32 83 04
astana-kz@osce.org

OSZE-Zentrum in Bischkek

139 Toktogul St.
720001 Bischkek, Kirgisistan

Tel.: +996 312 66 50 15
Fax: +996 312 66 31 69
pm-kg@osce.org

OSZE-Büro in Tadschikistan

18a Ahmadi Donish Avenue
734012 Duschanbe, Tadschikistan
Tel.: +992 372 26 50 14
Fax: +992 372 26 50 19
OiT@osce.org

**OSZE-Projektkoordinator
in Usbekistan**

Afrosiyob Street 12b, 4. Stock
100015 Taschkent, Republik
Usbekistan
Tel.: +998 711 40 04 70
Fax: +998 711 40 04 66/67
osce-cit@osce.org

**Persönlicher Beauftragter des
Amtierenden Vorsitzenden der OSZE
für den Konflikt, mit dem sich die
Minsk-Konferenz der OSZE befasst**

Besiki Business Centre
Zimmer 208, 2. Stock
4 Besiki Street
01084 Tiflis, Georgien
Tel.: +995 32 298 8566
Fax: +995 32 299 8732
prcio@osce.org

**Parlamentarische Versammlung
der OSZE**

Internationales Sekretariat
Tordenskjoldsgade 1
1055 Kopenhagen K,
Dänemark
Tel.: +45 33 37 80 40
Fax: +45 33 37 80 30
osce@oscepa.dk

Herausgegeben von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Büro des Generalsekretärs
OSZE-Sekretariat
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
www.osce.org

© OSZE 2013

Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt dieser Publikation kann für Ausbildungs- und andere nichtkommerzielle Zwecke frei verwendet und kopiert werden, sofern in jeder Reproduktion die OSZE als Quelle genannt wird.

ISBN 978-92-9235-021-5

Redaktion: Alison Langley
Graphische Gestaltung: Source Associates AG, Zürich
Titelbild: OSZE

Druck: Imprimerie Centrale (Luxemburg), gedruckt auf Recyclingpapier

2820 MITARBEITER
148,1 MILLIONEN EURO
57 TEILNEHMERSTAATEN
15 FELDOPERATIONEN

1 ZIEL: SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

OSZE
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa